

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B 15922

Arbeitsnachweise

*Neumann
Regierungsrath
Berlin 1899
H*

und

Schutz der Arbeitswilligen.

Von

D. Weigert.



Berlin 1899.

ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung.

Preis 2 Mark.

Arbeitsnachweise

und

Schutz der Arbeitswilligen

Von

D. Weigert.



Berlin 1899.

ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung.

9



Vorwort.

In der deutschen Industrie ist seit längerer Zeit eine Bewegung im Gange, die auf das Verhältniß von Unternehmern und Arbeitern umgestaltend wirken kann. Zuerst in der Metallindustrie, dann aber auch in anderen Gewerbszweigen, sind von Vereinen größerer und kleinerer Gewerbetreibender Bureaus eingerichtet worden, an welche sich jedes Vereinsmitglied beim Bedarf von Arbeitern zu wenden hat. Ihm werden dann Arbeiter, die sich auf dem Bureau als stellensuchend gemeldet haben, zugewiesen. Da bei völliger Durchführung dieses Systems jeder Arbeiter vor seiner Einstellung das Bureau passieren muß, so hat das Bureau die Möglichkeit, Elemente, die nach seiner Ansicht schädlich wirken, von Fabriken und Werkstätten auszuschließen. Am 5. September v. J. tagte in Leipzig eine vom Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona einberufene Konferenz, die die Einrichtung solcher Bureaus in ganz Deutschland und in allen Gewerbszweigen als erstrebenswertes Ziel der nächsten Zeit hinstellte.

Diese Bewegung nimmt, wie wohl von allen Seiten anerkannt werden wird, insofern einen richtigen Standpunkt ein, als sie die hohe Bedeutung der Arbeitsnachweisfrage erkennt und in den Vordergrund stellt. Ihr Standpunkt ist aber insofern einseitig und also unrichtig, als sie diese Bedeutung nur vom Standpunkte des Arbeitgebers aus betrachtet, ohne zu prüfen, welche Folgen diese Art von Centralisierung für die Arbeiter hat. Die Vertreter dieser Bewegung betonen, daß sie die Ansicht der im Leben stehenden Praktiker wiedergeben, und bezeichnen alle Versuche, für den Arbeitsnachweis eine gemeinschaftliche Verwaltung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schaffen, als Hirngespinnste von Theoretikern.

Demgegenüber glaubt der Verfasser der vorliegenden Arbeit betonen zu sollen, daß er die Erfahrungen, die ihn zu einer abweichenden Ansicht geführt haben, ausschließlich in der Praxis des geschäftlichen Lebens gesammelt hat. Er blickt hierin auf eine mehr als 40jährige Thätigkeit zurück, von denen reichlich ein Vierteljahrhundert der Leitung eigener Fabriken, und zwar in mehr als bloß einer Branche gewidmet waren. Daß seine geschäftliche Thätigkeit ihn niemals an die Spitze von Riesenunternehmungen stellte, sondern sich auf den bescheidenen Umfang mittlerer Betriebe beschränkte, dürfte in den Augen derer, denen es wirklich um praktische Erfahrungen zu thun ist, eher als ein Vorzug, wie als ein Nachteil erscheinen. Auch im wirtschaftlichen Leben, wie im politischen, fällt es großen, mächtigen Herren schwerer, die Wahrheit zu erkennen, als denen, die ohne den Nimbus des Glanzes und der Furcht im täglichen Verkehr dastehen und die Meinungen anderer Stände auf sich wirken lassen. Diese Art ist im deutschen Unternehmertum, Gott sei dank, noch weit verbreitet. Die großen und die kleinen Stumms, die wünschen, daß in allen Fragen der gewerblichen Verwaltung der Arbeitgeber nur befehlen und der Arbeiter nur gehorchen solle, haben kein Recht, im Namen der deutschen Industrie zu reden. Diese Industrie wird vielmehr den Ruf ihrer Tüchtigkeit gerade auch darin bewähren, daß sie für ein Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Fuße der Gleichberechtigung neue moderne Formen schaffen und selbst mitten im Streit nicht vergessen wird, gewisse neutrale Gebiete abzugrenzen. Gerade in der Frage des Arbeitsnachweises haben die mittleren und kleinen Industriellen ein großes Interesse daran, mit der Arbeiterbevölkerung gemeinsam zu arbeiten und diese von der Verbitterung befreit zu sehen, in welche sie infolge der Vergewaltigungen durch Bureaus wie die oben bezeichneten, durch das damit verbundene System der schwarzen Listen u. notwendigerweise verfallen müssen. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß die Gewerbetreibenden dieses angeblich ihr Interesse wahrnehmende System kennen lernen, ebenso wie andere besonnenere Systeme, die an dessen Stelle treten können. Dem will das vorliegende Buch dienen.

Wenn sich der Verfasser seinen Lesern gegenüber als Praktiker bekannt hat, so hat er damit keineswegs in jene Geringschätzung einstimmen wollen, die neuerdings so häufig gegen Theoretiker geäußert wird. Schriften, wie die von Brentano über den Schutz der Arbeitswilligen, von Fastrow über den Arbeitsnachweis u. a. m.

bieten uns Praktikern nicht etwa bloß Anregung zum Nachdenken, sondern auch ganz direkte Belehrung, und wenn sie durch die gleichmäßige Abwägung der Interessen beider Teile uns von mancher uns anhaftenden Einseitigkeit befreien, so sollten wir das nicht damit vergelten, daß, wenn sich wirklich in dem Werke eines Theoretikers einmal Mangel an Kenntniss der Praxis zeigt, wir die Theorie darum über Bord werfen.

Andererseits möchte der Verfasser aber auch die Herren von der Feder, die das Buch ihrer Beachtung würdigen, bitten, ihm einen Mangel an Vertrautheit mit schriftstellerischen Gewohnheiten zugute halten zu wollen. Die benutzten Autoren sind nicht immer unter dem Strich, aber ausnahmslos in dem Litteraturverzeichnis am Schluß gegeben.

Berlin, 26. April 1899.

Der Verfasser.

1. Einleitung

2. Die Bedeutung der Wirtschaftsinformatik

3. Die Entwicklung der Wirtschaftsinformatik

4. Die Aufgaben der Wirtschaftsinformatik

5. Die Methoden der Wirtschaftsinformatik

6. Die Organisation der Wirtschaftsinformatik

7. Die Wirtschaftsinformatik in der Praxis

8. Die Wirtschaftsinformatik in der Zukunft

9. Zusammenfassung

10. Literaturverzeichnis

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Einleitung	1
Privatwirtschaftliche Arbeitsnachweise	2
Berufsgenossenschaftliche Organisationen	2
Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer	4
Arbeitsnachweise des Bundes der Maurer und Zimmermeister in Berlin und des Verbandes deutscher Metall-Industrieller und ihre Prinzipien	6
Beispiele aus der Praxis, wie Arbeitgeber das Koalitionsrecht der Arbeiter auffassen	10
Nachweis, daß viele Ausstände der Neuzeit der Handhabung der von Arbeitgebern geleiteten Arbeits-Nachweise ihre Entstehung verdanken	17
Das Verlangen nach Schutz der Arbeitswilligen	18
Bottschaften Sr. Majestät des Kaisers vom 4. Februar 1890	24
Auszug aus den Verhandlungen über die Arbeitsnachweis-Konferenz der Arbeitgeber-Verbände zu Leipzig am 5. September 1898	28
Herr Generalsekretär Dr. Wendlandt und der Bund der Industriellen	52
Schlußbemerkungen zur Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig vom 5. September 1898	56
„Arbeitsmarkt, Arbeitsnachweis in Deutschland“, von Dr. Jastrow- Charlottenburg-Berlin	58
Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen des Herrn Georg Evers über die im Jahre 1894 bestandenen Arbeitsnachweise, deren Geschäftsumfang	59
Übersicht über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der allgemeinen Arbeitsnachweise pro 1896 von Dr. jur. Rich. Freund	69
Geschäftsberichte des Zentralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin für 1896, 1897, 1898	72
Übersicht der Thätigkeit von unparteiischen und kommunalen Arbeits- nachweisen, zusammengestellt nach dem von Dr. Jastrow-Charlotten- burg-Berlin herausgegebenen „Arbeitsmarkt“ pro 1898	74
Ist der Ausbau von Arbeitsnachweisen notwendig?	80
Sind die Arbeitsnachweise in unparteiischer, von der Parteien Gunst unabhängiger Weise auszugestalten?	81
Ist ein thatsächliches Bedürfnis vorhanden, ein Gesetz zum Schutze der sogenannten Arbeitswilligen zu erlassen?	81
Angaben über die Ausstände in den Jahren 1893—1898	83
Übersicht über die Streiks und Streikvergehen und die daraus resultieren- den Bestrafungen in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1898	84
Schlußwort	89

Die Frage der Arbeitsnachweise ist durch den Übergang der gebundenen in die freie Erwerbsordnung entstanden. So lange die erstere herrschte, war für die freie Erwerbswahl nur wenig Gelegenheit vorhanden. Die landwirtschaftlichen Arbeiten befanden sich zu meist in einem zur Gutsherrschaft abhängigen, seitens der Pflichtigen beliebig nicht lösbaren Verhältnis. Die freie Bewegung, die die städtischen Gewerbe dem Einzelnen gewährten, wurde eng begrenzt durch den maßgebenden Einfluß der gewerblichen Korporationen. Erst mit der Aufhebung der Abhängigkeitsverhältnisse und der damit Hand in Hand gehenden Aufhebung der Korporationen, sowie mit dem Erlaß des Gesetzes über die Freizügigkeit, wurde die Arbeitskraft zu dem, was sie heute ist: einer der Verfügung des Einzelnen unterstehenden Ware, deren Wert durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage beeinflusst wird. Es trat hierdurch das Bedürfnis zu Tage, Angebot und Nachfrage mit einander in Verührung und Beziehung zu bringen, was ein leichtes war, wo der Austausch der Arbeitskräfte auf ein räumlich eng begrenztes Gebiet sich erstreckte, an Schwierigkeiten jedoch in dem Maße zunahm, wo durch Vervollkommen der Verkehrsmittel und der damit verbundenen zunehmenden Beweglichkeit der Bevölkerung der Kreis von Angebot und Nachfrage sich erweiterte.

Die bisher üblichen Arbeitsnachweise zerfielen in:

- I. Privatwirtschaftliche.
- II. Berufsgenossenschaftliche Organisationen.
- III. Kommunale und paritätische Arbeitsnachweise.
- IV. Arbeitsnachweis der Armenverwaltungen und Wohltätigkeitsvereine (letztere scheiden aus dieser Besprechung als nebensächlich aus).

I. Die nach Verfall der gebundenen Erwerbsordnung entstandene Lücke wurde zunächst durch den Betrieb von privatwirtschaftlichen Arbeitsnachweisen auszufüllen versucht. Derselbe hat sich insbesondere im Bereiche der Gesindevermietung in einem Umfang entwickelt, daß es gegenwärtig fast zur Unmöglichkeit geworden ist, einen Diensthofen auf eine andere Weise als durch einen Gesindevermittler zu erhalten. Das Bedürfnis, die Macht der Gesindevermieter zu brechen und durch eine, nicht lediglich auf dem persönlichen Erwerbsinteresse des Vermittlers beruhende Einrichtung zu ersetzen, hat sich seit Jahren in immer mehr steigendem Maße fühlbar gemacht, ohne daß es gelungen wäre, Wandlung in dieser Beziehung zu schaffen. Die Schädigungen, die die gewerbmäßigen Gesindevermittler der Allgemeinheit zufügen, beruhen meistens darin, daß deren Erwerbsinteresse sie veranlaßt, häufigen Dienstwechsel zu begünstigen und dadurch der Ständigkeit der Dienstverhältnisse entgegenzuarbeiten. Die Benutzung von gewerbmäßigen Arbeitsvermittlern wird in Deutschland auch vorzugsweise für Stellenvermittlung des kaufmännischen Hilfspersonals, der Hotel- und Restaurationsangestellten, der landwirtschaftlichen Arbeiter und Bediensteten, der Seeleute, der Schauspieler und solcher Bediensteten, welche besondere Vertrauensstellungen einnehmen, benutzt. In einzelnen Zweigen dieser Stellenvermittlungen hat dieselbe sich jedoch zu einer Ausbeutung des Publikums, sowie zu einer gefährlichen Beeinflussung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern herausgebildet. Durch die R.-G.-D. ist zwar versucht worden, derartigen Mißständen vorzubeugen dadurch, daß man das Gewerbe der Stellenvermittler konzessionspflichtig machte und es einer polizeilichen Kontrolle unterwarf, allein man hat es nicht vermocht, dadurch die Auswüchse der gewerbmäßigen Stellenvermittlung zu beseitigen.

II. Von den berufsgenossenschaftlichen Organisationen wären bei dem Übergange aus der gebundenen in die freie Erwerbsordnung in erster Linie die Innungen berufen gewesen, die Einrichtung von Arbeitsnachweisen in die Wege zu leiten. Leider haben diese, wie auch bei anderen Anlässen auf gewerblichen Gebieten, es unterlassen, die Notwendigkeit und die Bedeutung der Errichtung von Arbeitsnachweisen sich klar zu machen, und als sie damit begannen, waren ihre dahin getroffenen Einrichtungen so primitiver Natur, daß ihr eigentlicher Zweck nie erreicht werden konnte und man an dieser Art von Arbeitsnachweisen höchstens erkennen konnte, wie sie nicht beschaffen sein sollten.

Die Innungen haben bei Errichtung von Arbeitsnachweisen zwei Faktoren unberücksichtigt gelassen. Erstens, daß ein Arbeitsnachweis, dessen Leitung lediglich in den Händen von Arbeitgebern sich befindet, stets des Vertrauens der Arbeiter ermangeln wird. Diesen Fehler einzusehen und durch Hinzuziehung von Gesellen gut zu machen, waren und sind auch noch bis heutigen Tages die Innungsmeister zu befangen, weil sie der Anschauung leben, sie, die die Arbeit vergeben, besäßen auch dadurch das alleinige Recht, die Arbeitsbedingungen selbständig festzusetzen. Wenn solche Anschauungen vor 40 Jahren namentlich bei Innungsmeistern vorherrschten, dürfte man sich darüber nicht wundern, wenn aber heute, nachdem seit 30 Jahren die volle Gleichberechtigung der Arbeiter mit dem Arbeitgeber durch Reichsgesetz gewährleistet ist, solche Ansichten nicht nur ausgesprochen werden, sondern wenn es geschieht, daß auch thatsächlich danach gehandelt wird, dann kann man dies im Interesse des sozialen Friedens nur bedauern.

Zweitens haben derzeit die Innungen auch übersehen, daß sie in ihren freien Vereinigungen nur einen Bruchteil der betreffenden Handwerker repräsentierten, daß sie durch ihre veralteten Satzungen den außenstehenden Handwerksmeistern keinen Anreiz boten, ihren Innungen beizutreten, ja meistens sogar noch durch hohe Aufnahmegebühren den Beitritt erschwerten. Es war von vornherein den von den Innungen errichteten Arbeitsnachweisen somit die Lebensfähigkeit benommen, weil der größte Teil der Handwerksmeister, außerhalb den Innungen stehend, seine Gesellen auf andere Weise sich suchen mußte. Obgleich die Leiter der Innungs-Arbeitsnachweise sehr bald einsahen, daß die Frequenz keinesfalls den Bedürfnissen der Neuzeit entsprach, konnten sie sich dennoch nie zu der Erkenntnis der wahren Ursachen dieser Erscheinung emporschwingen, sondern sie suchten dieselbe dadurch zu erklären, daß sie sich über die unlautere Konkurrenz der inzwischen von den Gewerbegehilfsvereinen begründeten Arbeitsnachweise beschwerten und thatsächlich verlangten, die Reichsregierung möge den § 97 a der R.-G.-D. dahin ergänzen, daß die Errichtung von Arbeitsnachweisen nur den Innungen gestattet sein solle, mithin fortan in denjenigen Orten, wo von Innungen ein Arbeitsnachweis unterhalten werde, der Betrieb eines solchen durch Gesellen oder Fachvereine verboten werden sollte. In diesem Verlangen kam wieder derselbe Mangel an Verständnis für die sozialen Bedürfnisse der Gegenwart zum Ausdruck, durch den die Vertreter der Innungen zu allen Zeiten sich ausze-

zeichnet haben und der höchstens übertroffen wird durch den Geist der Unduldsamkeit, der alle ihre Anträge an die Staatsregierungen beseelte!

Da das Gesetz über die Freizügigkeit zu fast derselben Zeit erlassen wurde, in der die ersten Abschlüsse der Handelsverträge stattfanden, wodurch eine ungeahnte Hebung der Industrie, des Handels und Exports hervorgerufen wurde, mußte naturgemäß eine große Nachfrage an Arbeitskräften eintreten, die mangels einer Centralstelle für Regelung von Angebot und Nachfrage schwer zu befriedigen war. — Man sollte meinen, daß einsichtige Arbeitgeber rechtzeitig die Notwendigkeit der Schaffung eines Arbeitsnachweises hätten erkennen und auch danach streben müssen, diese Erleichterung des Verkehrs zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen. — Zu der damaligen Zeit, wo man die Sozialdemokratie mit ihren vielen Utopien noch aus eigener Anschauung fast garnicht kannte, wäre es niemandem eingefallen, in einem Arbeitsnachweis etwas anderes als eine Erleichterung des Verkehrs zwischen Arbeitgebenden und Arbeitssuchenden zu erblicken, und es würde der gegenwärtigen Generation eine große Anzahl von Ausständen erspart und tausende von Existenzen würden vor wirtschaftlichem Ruin bewahrt geblieben sein, wenn man die Arbeitsnachweise rechtzeitig ihren friedlichen Zwecken zugeführt hätte, statt sie zu einem Tummelplatz politischer Parteien, zu einem Kampfmittel von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber, bezw. umgekehrt ausarten zu lassen.

Die Vereine der Arbeitnehmer haben rechtzeitig die Bedeutung von Arbeitsnachweisen erkannt und dieselben in zahlreicher Weise ins Leben gerufen. Während die sogenannten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in der Gewährung von Arbeitsnachweis eine notwendige Ergänzung ihrer, der Aufgabe der Versicherung im weitesten Umfange, zugewandten Wirksamkeit erblickten, und bei ihnen erst im Laufe der Zeit die Betonung und Geltendmachung der spezifischen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern sich bemerkbar machte, wurden die Gesellenfachvereine überwiegend von sozialdemokratischen Anschauungen und der Vorstellung des Klassen Gegensatzes beherrscht.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sind von Anbeginn ihrer Begründung bis zur Gegenwart bestrebt gewesen, zwischen ihren Mitgliedern und deren Arbeitgebern ein möglichst gutes Einvernehmen herzustellen und sicherlich würde die sozialdemokratische Führerschaft nie den Einfluß bei den Arbeitern erreicht haben, wenn

nicht Ende der sechziger Jahre die Arbeitgeber, und mit ihnen fast ausnahmslos die damalige Presse, die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine als Streit-Vereine in Verruf gebracht hätten. Hierdurch ist den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen die Möglichkeit einer dauernden Beeinflussung der damals beginnenden Arbeiterbewegung, auf Grund der Koalitionsfreiheit genommen und sind die Arbeiter gezwungen worden, sich der Sozialdemokratie in die Arme zu werfen. — Die unter dieser Führung begründeten Arbeitsnachweise dienten nicht nur ihrem eigentlichen Zwecke der Arbeitsverschaffung in parteiischer Weise, indem sie bei Besetzung der offenen Stellen, statt nach der Befähigung, nur nach der Zugehörigkeit zur Organisation fragten, und hiervon den Erhalt der Arbeit abhängig machten, sondern sie benutzten auch die Arbeitsnachweise als Kampfmittel, um die Arbeitgeber in Bezug auf Lohnfragen und Arbeitsbedingungen gefügig zu machen. — Die Führer der Gesellenvereine benutzten die auf diese Weise gebildete Koalition der Arbeitnehmer, um die Arbeitgeber in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu denselben zu bringen.

Bei der bekannten Indolenz vieler Arbeitgeber, gegenüber allen Fragen sozialpolitischer Natur, ist es den sozialdemokratischen Fachvereinen vermöge ihrer centralisierten und straffen Leitung und des ihnen innewohnenden Corpsgeistes leicht geworden, die Oberhand zu gewinnen. Sie haben die solchergestalt gewonnene Macht gemißbraucht und die Arbeitgeber vielfach, namentlich Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre terrorisiert, so daß die Arbeitgeber endlich zu einem gemeinsamen Vorgehen sich aufrafften.

Die von den Arbeitnehmern organisierten Arbeitsnachweise wurden zu Forderungen benutzt, die absolut mit dem zu schließenden Arbeitsvertrage nichts gemein hatten und die darin gipfelten, den Arbeitern eine Berechtigung auszuwirken in die internen Geschäfts- und Dispositionsverhältnisse der Arbeitgeber sich dadurch einzumischen, daß sie ein Mitbestimmungsrecht über:

1. Die Entlassung resp. Wiedereinstellung von Arbeitern, Werkführern und Beamten;
2. die Annahme und Ablehnung von Aufträgen;
3. die Einsetzung eines allgemeinen Arbeiterfeiertages auf den 1. Mai jeden Jahres;
4. die Festsetzung eines Minimal-Arbeitstages;

5. die Abschaffung von Akkord-Arbeiten und Einführung von Minimalwochenlöhnen beansprucht, und durch Arbeitseinstellungen, Sperren, Berrufserklärungen u. d. durchzusetzen suchten.

Erst durch diese mißbräuchliche Benutzung der genossenschaftlichen Arbeitsnachweise, haben einzelne Arbeitgeber Ende der achtziger Jahre zu der Entschliebung sich durchgerungen, sich nach Branchen zu verbinden und der Organisation der Arbeitnehmer eine solche der Arbeitgeber gegenüber zu stellen. — Diese Entschliebung selbst konnte nur als eine weise, durch die Verhältnisse gebotene erachtet werden, und durch sie würden sicherlich mit der Zeit die schroffsten Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemildert worden sein, wenn die Arbeitgeber sich damit begnügt hätten, in weiser Beschränkung nur die Auswüchse der Arbeiter-Forderungen zu bekämpfen und vor allem durch Anerkennung der „Arbeiter-Organisationen“ die Möglichkeit gegeben hätten, bei allen Streitigkeiten durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation in friedlicher Weise dieselben zu schlichten!

Leider waren jedoch viele derjenigen Arbeitgeber, die die Verbände der Arbeitgeber ins Leben riefen, nicht von diesem friedlichen Geiste beseelt, sondern ihre Statuten wurden im Sinne des alttestamentarischen Grundsatzes: „Aug' um Aug'", „Zahn um Zahn“ geschaffen und verfolgten in erster Linie die Aufgabe, die Organisation der Arbeitnehmer zu zerstören.

Der Bund der Maurer- und Zimmermeister, sowie der Verband Deutscher Metall-Industrieller, waren die ersten größeren Arbeitgeber-Verbände, die

1. nach ihren Satzungen nur Arbeiter beschäftigen wollen, die

keiner sozialdemokratischen Vereinigung angehören; und ferner die auf Grund ihrer Satzungen

2. Arbeitsnachweise errichteten, welche ausschließlich von Arbeitgebern geleitet wurden und ihre Mitglieder verpflichteten, nur aus diesen Nachweisen Arbeit zu nehmen.

Sie nahmen außerdem für sich das Recht in Anspruch, Arbeiter zeitweise oder für immer aus allen Verbands-Betrieben auszusperrern, wenn dieselben sich gegen die Arbeitsordnung vergangen hatten. Solche Aussperrungen erfolgten stets ohne

*der Begriff ist definierbar!
nicht als jede Arbeitsnachweise.
Organisationsmerkmal.*

*x in der Organisation ist aber nur ein sehr geringer Teil der Arbeiter
Mitglieder!
Körperbau ist ein sehr wichtiger, funktion in erster Linie
gelenkiger Natur.*

Hinzuziehungen von Arbeitern und sind seit einer Reihe von Jahren aufrecht erhalten worden.

Der Verband Deutscher Metall-Industrieller ist seit Jahren bemüht, sich über ganz Deutschland auszubreiten, um solchergestalt die mißliebigen Arbeiter zu expatriieren.

Daß diese Absichten wirklich vorherrschen und thatsächlich zur Ausführung gelangten, wurde bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamte des Berliner Gewerbe-Gerichtes, aus Anlaß des Former-Ausstandes amtlich festgestellt. — Im Jahre 1891 wurde von der Aktien-Gesellschaft Schwarzkopff & Co. ein Former entlassen, weil er am 18. März 1891 einen Kranz mit roter Schleife auf den Gräbern der März-Gefallenen niedergelegt hatte; infolgedessen, wurde auch von der Geschäftsleitung dieser Gesellschaft dem Arbeitsnachweise des Verbandes Deutscher Metall-Industrieller der Auftrag erteilt, diesen Former für die Werkstätten der Verbandsmitglieder dauernd zu sperren. Daraufhin mußte der solchergestalt auf die schwarze Liste gekelte Arbeiter Berlin verlassen und ging nach dem Auslande. Nach Verlauf von fünf Jahren nach Berlin zurückgekehrt, meldete er sich auf dem Arbeitsnachweise des Verbandes der Deutschen Metall-Industrieller in der Hoffnung, wieder Arbeit zu erhalten, erhielt jedoch den Bescheid, daß er noch gesperrt sei und zur Beseitigung der Sperre den Nachweis erbringen mußte, daß die Direktion der Aktiengesellschaft Schwarzkopff & Co. sein Vergehen gegen die Satzungen des Arbeitsnachweises verziehen habe. — Als Antwort auf das an die genannte Direktion gerichtete Ersuchen um Wiederaufnahme, erhielt der Arbeiter folgenden Brief:

„Auf Ihr w. Schreiben vom gestrigen Tage ersuchen wir zunächst, uns schriftlich die Erklärung abgeben zu wollen, daß Sie sich bei Wiedereinstellung in eine zu dem Verbande der Berliner Maschinen-Fabriken gehörigen Werkstätten zukünftig aller sozialdemokratischen Agitationen, Sammlungen für Streikzwecke, oder Aufhegungen zu Streiks und Beunruhigungen der Arbeiter enthalten wollen, wie daß Sie sozialdemokratischen Verbänden, welche diese Ziele verfolgen, nicht angehören.

Ohne daß Sie eine derartige Erklärung, wie sie eingangs dieses Schreibens Ihnen anheimgestellt ist, abgeben, sind wir nicht in der Lage, Sie unseren Herrn Kollegen zur Einstellung zu empfehlen, was wir im andern Falle gern thun wollen. Eine Versagung derselben schließt jedoch andererseits natürlich

*Toller etc. etc.
Friedrichshagen
Sammlungen?
S. Seite 38.*

nicht aus, daß Sie in allen andern Werkstätten, die nicht zu unserm Verbande gehören, sich um Arbeit bemühen und solche nach Ihrem Belieben annehmen oder ablehnen, denn unsere Vereinigung beschränkt sich nur auf die Mitglieder, welche das Arbeits-Nachweis-Bureau zur Hilfe und zum Schutz und Schirm für bewährte Arbeiter errichtet haben."

Anlässlich der Verhandlungen des Former-Ausstandes vor dem Einigungs-Amte des Gewerbe-Gerichts Berlin wurde zwar festgestellt, daß der Ausstand der Former durch Forderungen entstanden sei, die ungerechtfertigt waren, weil sie mit dem Arbeitsvertrage absolut nichts zu thun hatten, daß jedoch die geltend gemachten Forderungen der Arbeiter ersichtlich nur zu dem Zwecke gestellt worden waren, um Gelegenheit zu haben, einmal vor der Öffentlichkeit feststellen zu lassen, in welcher ungerechtfertigten Weise die Arbeiter der Metall-Industrie durch die Handhabung des Arbeits-nachweises drangsaliert und um das, ihnen durch das Reichsgesetz gewährleistete, Koalitionsrecht gebracht wurden. Dieser Nachweis ist den Arbeitern voll und ganz gelungen, denn es ist als erwiesen zu betrachten, daß der Arbeitsnachweis des Verbandes der Deutschen Metall-Industriellen nicht zu dem Zwecke errichtet worden ist, um seiner friedlichen Bestimmung zu dienen, den Verkehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu erleichtern, sondern lediglich um als Kampfmittel nicht nur gegen renitente Arbeiter, sondern auch zur Zerstörung der von den Arbeitern auf gesetzlicher Basis begründeten Organisationen benutzt zu werden, mit dem ausgesprochenen Voratz, diejenigen Arbeiter, die sich den rigorosen Bestimmungen nicht fügten, nicht nur in Berlin, sondern auch in denjenigen Städten Deutschlands, die analoge Arbeiter-Verbände errichteten, die Einstellung der durch diese schwarzen Listen gekennzeichneten Arbeiter dauernd zu verhindern, und auf diese Weise sie allmählich zu expatriieren.

Der Verband der Arbeitgeber der Schuhfabrikanten Berlins hatte im Jahre 1898 einen Ausstand zu bestehen, der anlässlich einer neuen Arbeits-Ordnung ausgebrochen war, und größere Dimensionen angenommen hatte. Den Bemühungen des Einigungs-Amtes gelang, den Ausstand beizulegen, soweit die einzelnen Bestimmungen der Arbeitsordnung strittig waren. Da jedoch im Laufe der Verhandlungen sich ergab, daß auch in diesem Falle die Art und Weise der Führung des Arbeits-Nachweises unter alleiniger Herrschaft der Arbeitgeber die Schuld an den stetigen Differenzen und Reibungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern

* kein Recht zu politischem Koalitionsrecht ist das Arbeits-nachweis-Bureau!

war, wurde den ersteren anheimgegeben, einen dauernden Frieden dadurch zu begründen, daß sie wenigstens einer Anzahl Arbeitern, die allerdings seit längerer Zeit in einer Verbandswerkstatt gearbeitet haben mußten, eine lediglich beratende Stimme bei der Leitung des Arbeitsnachweises gewähren möchten. Es wurde den Vertretern der Arbeitgeber vor dem Einigungs-Amt namentlich nahe gelegt, daß das Verlangen der Arbeiter, durch ihre Vertreter im Arbeitsnachweise wenigstens von den Vorgängen, die zur zeitweisen und auch gänzlichen Aussperrung von ihren Genossen führten, Kenntnis zu erhalten, nur den Gesetzen und der Billigkeit entspreche, daß es ferner ungerecht sei, Arbeiter einseitig so schwer zu strafen, ohne die Angeschuldigten wenigstens gehört und ihnen Gelegenheit zur Verteidigung gegeben zu haben. — Während die Vertreter der Arbeitgeber vor dem Einigungs-Amt ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gaben, in diesem Sinne zu wirken, wurde in der zu diesem Zwecke berufenen Generalversammlung der Verbandsmitglieder mit großer Majorität ein dahingehender Antrag abgelehnt. — Trotzdem wurden kurz darauf von dem Vorstande drei Preise im Gesamtwerte von Tausend Mark für die Lösung der Aufgabe:

„Wie ist die Arbeitsvermittlung für die Schuh- und Leder-Industrie zur Förderung des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten zu organisieren?“

ausgeschrieben. Man ersieht hieraus, daß selbst dieser Verband sich nicht länger der Überzeugung verschließen kann, daß der Ausschuß der Arbeiter aus der Leitung der Arbeitsnachweise für die Dauer im Interesse der Förderung des sozialen Friedens nicht aufrecht erhalten werden darf. Von den zahlreich eingelaufenen Arbeiten erhielt den ersten Preis von 500 Mark Herr Hermann Eckart, Verwalter des Städtischen Arbeitsnachweises in Freiburg i. B. Den zweiten Preis von 300 Mark Frau Henriette Fürth in Frankfurt a. M. und den dritten Preis von 200 Mark Herr Robert Zahn in Köln-Mippes. Die erste Preisarbeit gipfelt darin, daß die berufsgenossenschaftlichen Arbeitsnachweise einseitige Interessen verfolgten und den Charakter des Streites in sich trügen, wogegen die städtischen beziehentlich gemeinnützigen Arbeitsnachweise sich in friedlichen Bahnen bewegten und einen unparteiischen Charakter hätten. Es sei dabei aber Sorge zu tragen, daß Arbeitern und Unternehmern gleichmäßiger Einfluß auf die Verwaltung eingeräumt wird.

Nurmasse der
x und mir steht es mit den unparteiischen Arbeitsvermittlungsmitteln.²

In der zweiten Preisarbeit wird die Ansicht vertreten, daß den kommunalen Arbeitsnachweisen zwar noch Mängel anhaften, worunter in erster Linie den Leitern derselben die erforderlichen Kenntnisse der einzelnen Branchen abgehen. Diese Übelstände seien aber zu überwinden, sobald die Machtvollkommenheit der einzelnen Arbeitsnachweise absoluter und umfassender ausgestellt werden. Aus diesem Grunde wird die Einführung obligatorischer Arbeitsnachweise empfohlen, in denen unparteiische Vertretung der einzelnen Gewerbe vorgesehen ist.

Die dritte Preis-Arbeit wendet sich entschieden gegen die einseitigen Fabrikanten-Arbeitsnachweise, weil dieselben leicht zu unberechtigten Maßregelungen führen und Augendienerei und Schmarokertum unter den Arbeitern erzeugen. Auffallend ist, daß unter den eingegangenen Arbeiten nicht eine den Standpunkt der Fabrikanten-Vereinigungen vertritt, oder wenigstens deren Standpunkt zu verteidigen sucht. —

Der große Bierboykott der Berliner Brauereien verdankt seinen Ursprung, wie die Geschichte desselben lehrt, auch nur den derzeitigen Arbeitsnachweisen der Arbeiter, denen später die der Arbeitgeber gegenüber gestellt wurden. Der Friede ist lediglich auf der Basis der Begründung eines von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit gleichen Rechten und Pflichten geleiteten Arbeitsnachweises, unter dem Vorstehe eines unparteiischen Obmannes (z. B. Dr. jur. R. Freund) geschlossen worden. — Dieser Arbeitsnachweis hat sich der Art glänzend bewährt, daß die Arbeitgeber nach kaum vierjährigem Bestehen in der letzten Generalversammlung auf die ihnen statutenmäßig gewährten Begünstigungen einhellig verzichteten.

Nachstehend geben wir einige Proben der Versuche von seiten der Arbeitgeber-Verbände, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu entziehen: *(Alle folgende Kündigungen auf Grund des Koalitionsrechts)*

I. die allgemeine Acetylen-Gesellschaft Prometeus, Gesellschaft mit beschr. Haftung zu Leipzig, hat in ihrer vom Rat der Stadt Leipzig geprüften und für zulässig befundenen Arbeitsordnung unter § 10 folgende Bestimmung:

„Außer den gesetzlich vorgeschriebenen Entlassungsgründen ist für uns noch Grund zur sofortigen Entlassung: die Mitgliedschaft beim Metall-Arbeiter-Verbande und die Bewohnung einer Versammlung desselben.“

Diese Arbeitsordnung ist am 27. Oktober 1898 vom Stadtrat zu Leipzig geprüft und für zulässig befunden worden und mit dem 1. November 1898 in Kraft getreten.

II. Am 21. November 1898 fand in Berlin eine Versammlung der Fensterputzer statt, um eine Vereinigung zu begründen zu dem Zwecke einer Lohnaufbesserung. An dem Tage, an dem diese Versammlung stattfand, wurde den Putzern des Instituts Moussi bekanntgegeben, daß jeder Arbeiter, der die Versammlung besuchte, entlassen würde. Ein Arbeiter, der diesem Verbote zuwider handelte, wurde am nächsten Tage entlassen.

Den 12. Dezember 1898 sollte abermals eine Versammlung der Fensterputzer stattfinden. Am Morgen dieses Tages wurde in den Bureauräumen des Instituts von Stuhr durch Anschlag bekannt gegeben:

„Wer die Fensterputzer-Versammlung besucht, wird nicht mehr „beschäftigt.“ —

Auch in diesem Institut wagte es ein Arbeiter das Verbot zu übertreten, er wurde am anderen Tage entlassen. Daß die bestehenden Löhne in den beiden Instituten einer Aufbesserung bedürftig waren, ergibt sich daraus, daß dieselben zwischen 2,25 bis 2,50 Mark pro Tag schwankten.

III. Der Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister fragte beim Ministerium für Handel und Gewerbe an, ob es gesetzlich zulässig, im Falle eines Ausstandes die Namen der im Ausstande befindlichen Arbeiter nach außerhalb bekannt zu geben, um zu verhindern, daß die in Berlin ausständigen Arbeiter anderwärts Arbeit finden und sie dadurch zu zwingen, an ihre alten Arbeitsstätten zurückzukehren. Von seiten des Ministeriums lautete der Bescheid dahin, daß bei Ausständen ein solches Verfahren gesetzlich nicht verboten sei. — Dieser Bescheid kommt einer Genehmigung der Führung schwarzer Listen gleich, denn niemand kann die Arbeitgeber verhindern, fortan jeden Arbeiter, der freiwillig von ihnen austritt, den auswärtigen Kollegen als infolge von Lohndifferenzen u. ausgeschieden, namhaft zu machen.

IV. In der zweiten Hälfte des Jahres 1898 hat sich, unter der Führung des Herrn Max Langhammer, Inhabers der „Chemnitzer Tapeten-Fabrik“ ein Verein Deutscher Tapetenfabrikanten gebildet. Dieser Verein schreibt seinen Mitgliedern nicht nur vor, welche Preise sie beim Verkauf ihrer Fabrikate von den Händlern nehmen, sondern auch den Tapetenhändlern, welche Prozentsätze sie

auf diese Fabrikpreise im Detailhandel zum wenigsten aufschlagen müssen, — und zwar beträgt das Minimum dieses Aufschlages bei geringwertigen Tapeten durchschnittlich 90—100 %; bei besseren über 100 %, bei Tapetenborten 275 %. In den Statuten wird auch bestimmt, an welchen Kreis von Kunden jedes Mitglied verkaufen darf. — Außerdem setzt aber der Verein sich über das Koalitionsrecht der Arbeiter hinweg, und es bringt dieselben auch dann auf die „schwarze Liste“, wenn sie „ordnungsmäßig“ kündigen, um dadurch ihre „Arbeitgeber“ zur Erhöhung des Lohnes oder Abstellung offenkundiger Mißstände zu veranlassen. Der hierauf bezügliche § 40 der Statuten lautet:

+ das heißt nur, man
darf nicht für unordn-
ungsmäßig mit-

Erfolgt bei einem Mitglied des Vereins ein Streit der Arbeiter, wozu eine konplottmäßige, wenn auch sonst ordnungsmäßige Kündigung zur Erzwingung höherer Löhne oder Abstellung mißliebiger Einrichtungen mitgerechnet wird, so darf kein dem Verein angehöriger Kollege, nachdem die Angelegenheit vom Vorstande geprüft und zur Kenntnis der Mitglieder gebracht worden ist, einem Streikenden innerhalb der ersten drei Monate Beschäftigung geben.

V. Der Verein Berliner Hutfabriken wurde im Jahre 1896 von Ausständen heimgesucht, die, wie vorweg bemerkt wird, mit dem § 152 der R.-G.-D. nichts zu thun hatten, da sie weder eine Aufbesserung der Löhne, noch eine Änderung der Arbeitsbedingungen bezweckten, sondern nur Forderungen der Arbeiter betrafen, die mit dem Arbeitsvertrage nichts gemein hatten. Den ersten Ausstand, bei welchem von den Fabrikanten 2500 Arbeiter ausgesperrt worden waren, legte das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Berlin zur Zufriedenheit beider Parteien bei. — Beim zweiten Ausstände wurde die Vermittelung des Einigungsamtes von den Fabrikanten dauernd abgelehnt, obgleich die ausständigen Arbeiter ihr Unrecht einsahen. Von den Ausständigen wurde der größte Teil dauernd ausgesperrt und diejenigen, die wieder eingestellt wurden, mußten vorher einen Revers unterschreiben, dahin gehend, daß sie auf Ehrenwort versicherten, einem sozialdemokratischen Fachverein nicht mehr anzugehören und während der Dauer ihres Arbeitsverhältnisses einer der Verbandsfabriken auch nicht mehr beitreten zu wollen. Diese Bedingung ist ein Bestandteil der Arbeitsordnung der Verbands-Fabriken geworden und geblieben.

VI. Die amtlichen Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten des letzten Jahres geben interessante Aufschlüsse darüber, auf welche Weise die Unternehmer die Reichsgesetze über das Koalitionsrecht hochhalten!

Der Mainzer Beamte (Hessen II, Rhein- und Oberhessen) schildert auf Seite 5 seines Berichtes den Terrorismus, den die Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter ausüben. Er sagt:

„Wenn auch ein kleiner Teil der Unternehmer organisierte Arbeiter in ihrem Betriebe einstellen, so entläßt ein großer Teil derselben jeden Arbeiter, von dem sie vermuten, daß er Mitglied einer Organisation geworden ist. Daher mag es auch kommen, daß verhältnismäßig so wenige Arbeiter sich an die Beamten wenden, aus Furcht, man könnte sie für organisierte Arbeiter halten. Es macht den Eindruck, als ob nur die Organisation der Buchdrucker anerkannt werde, denn nur über diese darf man sprechen, deren Wesen hat sich eingelebt.“ —

Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird berichtet:

„Daß Arbeitgeber Arbeiter, welche der Organisation angehören, nicht in Arbeit annehmen resp. entlassen, kommt namentlich in Porzellanfabriken nicht selten vor.“

Der Aufsichtsbeamte für Mecklenburg-Schwerin teilt folgendes Vorkommnis mit:

„Eine größere Anlage der Holzbearbeitungs-Industrie gab durch Erlaß ihren Arbeitern kund, „keiner von unseren Arbeitern darf einer Organisation angehören.“ — Die Unternehmer forderten die Arbeiter auf, aus dem Verbande auszutreten und in keine andere Organisation einzutreten. „Wir geben Euch deshalb drei Stunden Bedenkzeit. Wenn eine andere Meinung von Euch erfolgt, so wird jedem sofort gekündigt. Sollte es uns hinterbracht, oder sollten wir auf andere Weise benachrichtigt werden, daß Ihr einer Organisation angehört, so seid Ihr sofort entlassen und fällt außerdem in eine Geldstrafe von 10 Mk. Nach Verlauf dieser drei Stunden werdet Ihr eine Liste vorgelegt erhalten, welche zu unterzeichnen ist.“ —

Der Bericht aus Unterfranken (Seite 323) enthält Folgendes:

„Die direkt beteiligten Arbeiter befinden sich (bei Lohnstreitigkeiten) nicht selten in einer Aufregung, die ruhigen

„Verhandlungen abträglich ist, während die Arbeiter-Vertreter, als „unbeteiligte Dritte, die strittigen Angelegenheiten leidenschafts- „loser behandeln können. Die Erfahrung hat auch gezeigt, „daß die Einwirkungen der aus Gewerkschaften oder ähnlichen Ver- „einigungen hervorgegangenen Arbeiter-Vertreter auf die Arbeiter- „massen zur ruhigen und raschen Beilegung der Differenzen im „Interesse der Industrie ausschlaggebenden Erfolg hatten.“ —

Der Beamte für Mittelranken teilt mit, daß den Arbeiter-Organisationen das Verdienst gebührt, Ausstände verhindert zu haben:

„Bei der regen geschäftlichen Thätigkeit, welche im Betriebs- „jahre auf den meisten Industriegebieten herrschte und zur Errichtung „besserer Arbeitsbedingungen verlocken konnte, ist die geringe Zahl „der Ausstände eigentlich auffallend, sie hängt zum guten Teil mit „der guten Disziplin in den Reihen der organisierten Arbeiter, „deren Leiter keinen Ausstand wünschen, zusammen, zum Teil aber „auch sicher damit, daß man auf beiden Seiten gelernt hat, mit „mehr Ruhe und Verständnis an die Schlichtung schwebender Streit- „fragen heranzutreten.“ —

Der Reichsbericht führt ferner die Anschauungen der Gewerbe- Aufsichts-Beamten für Baden an:

„daß die Gewerkschaften erklärt haben, nur für solche „Ausstände Unterstützungen zu gewähren, die sie vorher gut „geheißen haben; sie lehnen es ab, nachträglich für solche Aus- „stände einzutreten, welche von einzelnen Personen in unbe- „rufener Weise veranlaßt seien, und für welche diese Personen „die Verantwortlichkeit nicht tragen können.“ —

Der Badische Aufsichts-Beamte Dr. Wörrisdorfer erblickt nicht, wie es von einem großen Teil der Unternehmer geschieht, in den Arbeiter-Organisationen Streikvereine, sondern er sieht in ihnen ein notwendiges Kulturmittel zur Hebung des Arbeiterstandes!

Aus dem Reichsbericht erhellt ferner: daß „in der Mehrzahl der Aufsichts-Bezirke die Errichtung der Arbeiter-Ausschüsse keine Fortschritte macht, und von ihrer Wirksamkeit nur selten etwas zu merken war.“ — Als Grund hierfür erwähnt er „Abneigung und Mißtrauen der Arbeitgeber“, ohne aber zu spezialisieren, wodurch diese Abneigung hervorgerufen wird. Er hätte da nur

den Bericht aus Schwaben anzuführen brauchen. — (Bayern, Bericht Seite 416):

„Die Arbeitgeber hegen ein gewisses Mißtrauen gegen die „Aussschüsse; sie sehen letztere als eine Organisation an, die sie „in ihrer freien Bewegung hindert und ihnen schließlich un- „bequem werden könnte.“ —

In dem Bericht des Aufsichts-Beamten für Schwaben ist ferner zu lesen (Bayern, Bericht Seite 393):

„Das Ergebnis der Inspektionen bedingt das Verhältnis „der Aufsichts-Beamten zu den Arbeitgebern; je mehr Aus- „setzungen gemacht und je mehr Anordnungen zum Schutze der Ar- „beiter getroffen werden müssen, desto unangenehmer wird die „Gewerbeaufsicht empfunden, und desto größer ist die Geneigtheit, „dem Aufsichts-Beamten zu opponieren.“ —

Der Bericht aus Schwaben besagt ferner:

„Auch auswärtige Arbeiter wenden sich in neuerer Zeit durch „ihre Beschwerde-Kommission an den Aufsichts-Beamten „und erhält derselbe dadurch ein nicht zu unterschätzendes „Material für seine Inspektionen. Der Berichterstatter hat „deshalb auch nicht nötig, bei seinen Revisionen stets in direkte „Beziehung mit den Arbeitern zu treten; dies erregt „ohnehin stets den Argwohn der Arbeitgeber und führt „nicht selten zur Entlassung der Arbeiter.“

Im Reichsbericht befindet sich ferner folgende Darlegung des Gewerbeaufsichtsbeamten für Württemberg III (Seite 60 des württembergischen Berichts):

„Nicht minder wie gegen den Gewerbe-Inspektor beobachten „die Arbeiter eine ängstliche Zurückhaltung auch ihren „Vertrauensmännern gegenüber, sobald es sich darum handelt, einer „Beschwerde näher zu treten. Der Arbeiter fürchtet eben „nicht mit Unrecht, daß, wenn eine Beschwerde untersucht „würde, möglicherweise der Verdacht auf ihn fallen „könnte, die Anzeige erstattet zu haben, vielleicht deshalb, „weil er in nächster Beziehung zu denjenigen Verhältnissen steht, „die Gegenstand der Beschwerde geworden, oder aber, weil er einer „bestimmten Arbeiter-Organisation angehört. So soll in „einem größeren Geschäft einem Arbeiter nur deshalb ge- „kündigt worden sein, weil man ihn durch seinen Verkehr

„mit dem Vertrauensmann in Verdacht hatte, den Gewerbe-
„Inspektor von den in diesem Geschäft tatsächlich vorge-
„kommenen Verfehlungen gegen § 115 der G.-D. betreffend das
„Trucksystem in Kenntniß gesetzt zu haben. Solche Beispiele
„wirken auf lange Zeit hinaus einschüchternd.“

„Daß die Stellung der Vertrauenspersonen unter allen Um-
„ständen eine absolut unabhängige sein muß, ist für Denjenigen,
„welcher die Arbeits-Verhältnisse näher kennt, etwas Selbstverständ-
„liches angesichts der möglichen Einschüchterungsversuche, die
„von seiten der Arbeitgeber gemacht werden können und auch
„schon gemacht worden sind, wie nachstehender Fall beweist:

„In einer Fabrik, in der trotz eifriger Nachforschung
„seitens des Arbeitgebers Derjenige nicht ermittelt werden
„konnte, welcher die an und für sich vollkommen be-
„rechtigten Beschwerden zum Vertrauensmann ge-
„tragen, hatte letzterer, Inhaber einer offenen Wirt-
„schaft, die unangenehmen Folgen seiner er-
„mittelnden Thätigkeit, wie er dem Gewerbe-Inspektor
„klagte, in seinem Geschäft zu fühlen bekommen:
„den Arbeitern soll der Besuch dieser Wirtschaft
„so wirkungsvoll verboten worden sein, daß der Wirt
„den Ausfall schwer empfand und daß während andert-
„halb Jahren in dem industriereichen Städtchen mit zahl-
„reicher Arbeiterschaft der Verkehr mit dem Vertrauensmann
„ziemlich lahm gelegt war.“ —

Geht man aber die Veranlassung, die zu den vielen Aus-
ständen führte, durch, dann findet man, daß ein großer Teil der-
selben wegen des Verlangens der Unternehmer, die Arbeiter sollten
aus den Arbeiter-Organisationen austreten, Maßregelungen von
Arbeitern, die denselben angehörten, Lohnreduzierungen, Verlänge-
rung der Arbeitszeiten entstanden sind, die Arbeiter mithin nur in
der Minderheit durch die Forderung der Verkürzung der Arbeits-
zeit bzw. Lohnerhöhung in den Ausstand traten.

Eine Ausnahme hiervon ist nur im Jahre 1896 vorgekommen,
wo von 483 Ausständen allein 210 = 43 % auf die Forderung
der Verkürzung der Arbeitszeit, nur 119 = 24 % auf Lohn-
erhöhung entfielen. Den übrigen 33 % lagen andere Ursachen
zu Grunde. Daß im Jahre 1896 die meisten dieser Aus-
stände zu Ungunsten der Arbeiter ausfielen, ohne daß es zu beson-
deren Ausschreitungen kam, wird dadurch erwiesen, daß die Unter-

nehmer wohl in der Lage sind, unberechtigte Forderungen der Arbeiter erfolgreich zurückzuweisen.

Bei den Ausständen, die vor den Einigungsämtern oder durch Vermittelung von Privaten zum Ausgleich gelangten, hat sich ergeben, daß in vielen Fällen der Ausstand unter Angabe anderer Gründe nur von den Arbeitern provociert worden ist, um Gelegenheit zu haben, Mißstände, die in den Betrieben seit Jahren die Arbeiter bedrückten, vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen. Hierbei spielten eine große Rolle die Führung von Arbeitsnachweisen unter ausschließlicher Leitung der Unternehmer, die damit verbundenen Aussperrungen auf Grund schwarzer Listen und die anhaltenden Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation.

Der große Bier-Punkott der Berliner Brauereien hat, wie glaubhaft nachgewiesen worden ist, seinen Ursprung nur diesen Ursachen zu verdanken. Nachdem durch Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises die berechtigten Beschwerden der Arbeiter beseitigt worden sind, herrscht zwischen den Unternehmern dieses Gewerbes und ihren Arbeitern die denkbar beste Harmonie.

Die Ausstände in der Eisen- und Metallwaren-Industrie sind zum weitaus größten Teil durch die Handhabung der Arbeitsnachweise der Unternehmer entstanden. Einen drastischen Erweis hierfür haben die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Berlin, anlässlich des oben erwähnten großen Formerei-Ausstandes im Jahre 1897 erbracht.

In dem Ausstande der Metallarbeiter zu Torgelow ist gleichfalls amtlich festgestellt worden, daß derselbe durch das Verlangen der Unternehmer hervorgerufen worden ist, die Arbeiter sollen durch Unterschrift sich verpflichten, keiner Arbeiter-Organisation anzugehören. Erschwerend tritt hier die Thatsache hinzu, daß die dortigen Unternehmer, mit Ausnahme des Fabrikbesizers Bollgold, der einen Austritt aus der Organisation seiner Arbeiter nicht verlangte und dessen Arbeiter bei dem Ausstand auch nicht beteiligt waren, sämtlich aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, sowie daß durch Verhandlungen vor dem Schiedsgericht zu Uckermünde die Unternehmer sich verpflichteten, das Verlangen des Austritts ihrer Arbeiter aus der Organisation fallen zu lassen, daß nach wenigen Wochen diese Unternehmer ausnahmslos wortbrüchig wurden, daß infolgedessen der Ausstand von neuem ausbrach, worauf vor dem Schwur-

gericht zu Stettin festgestellt wurde, daß der Wortbruch der Unternehmer nicht nur den Ausstand aufs neue, sondern auch eine Schlägerei zwischen den ausständigen und arbeitenden Arbeitern hervorgerufen hatte, demzufolge 5 Arbeiter zu 10 Jahren Zuchthaus und 21 zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind.

Wenn man erwägt, welche Folgen das Vorgehen der Arbeitgeber von Torgelow, die Arbeiter an der ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalition zu verhindern, gezeitigt hat, dann wird man ermessen können, von welcher verheerender Wirkung die ständigen Aussperrungen von Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Arbeiter-Organisation, innerhalb der Arbeitgeber-Verbände nach dem Muster des Verbandes der Deutschen Metall-Industriellen, des Arbeitgeber-Verbandes der Eisenindustriellen von Hamburg-Altona u. a. ist. — Durch die Konferenz dieser Kategorie von Arbeitgeber-Verbänden zu Leipzig am 5. September 1898 ist klar erwiesen, daß dieselben dahin streben, durch die angebahnte Ausdehnung ihrer Organisation über ganz Deutschland, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu untergraben und vollständig illusorisch zu machen. Unter dem Vorwande, die angeblichen „Arbeitswilligen“ gegen den vermeintlichen Terrorismus der Arbeiter zu schützen, verlangen sie hierzu den Schutz der Reichsregierung, um dadurch den von ihnen durch die Führung schwarzer Listen und unberechtigten Maßregelungen ausgeübten Terrorismus sanktionieren zu lassen! — Eine Vereinigung von Arbeitgebern, die durch ihre Statuten und öffentlich klargelegten Prinzipien sich zur Aufgabe stellt, die Arbeiter durch solche verwerflichen Mittel zu „erziehen“, darf nicht das Recht für sich beanspruchen, die „Arbeitswilligen“ schützen zu wollen.

Wenn es auch feststeht, daß die Arbeiter zeitweise die Arbeitgeber terrorisiert haben, so können die letzteren doch dadurch nimmermehr das Recht für sich herleiten, die Arbeiter mit denselben verwerflichen Waffen zu bekämpfen und hierzu obendrein noch die Hilfe der Reichsregierung, den Beistand des Gesetzgebers anzurufen!

Gegen wirkliche Übergriffe der Arbeiter sind die bestehenden Gesetze ausreichend, dafür sprechen in beredter Weise die vorstehend angeführten statistischen Tabellen.

Kommen wir nun zur Erörterung der Frage, ob die Not-

** des Zuprinnungsfuß der Arbeiter ganz mit im „Normen“
bzw. Löhnen Verfall.*

wendigkeit des Erlasses eines besonderen Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen notwendig sei, bezw. ob die gegenwärtig bestimmenden gesetzlichen Bestimmungen hierzu ausreichen, dann müssen wir vorerst noch einmal erörtern, wodurch die Frage des Schutzes der Arbeitswilligkeit in der Gegenwart zu einer akuten geworden ist.

Zu allen Zeiten, wenn die Gesetzgebung es unternommen hat, die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu regeln, sind stets die Arbeitgeber ihre Ratgeber gewesen. Und so haben wir auch im letzten Jahrzehnt fortlaufend gesehen, daß die Bestrebungen der Arbeitgeber darauf gerichtet sind, die Koalitionen der Arbeiter zu unterdrücken und die der Arbeitgeber zu begünstigen. Das ist der Grund, daß wir kein Gesetz gegen die Koalitionen der Arbeitgeber zur Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen haben, wohl aber die Bestrebungen begünstigt werden, das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Praxis unmöglich zu machen. — Wer sich den Vorschriften der koalitierten Arbeitgeber widersetzt, kömmt in Verurteilung und wird unweigerlich aus den Verbandswerkstätten ausgesperrt. So war es schon vor länger als hundert Jahren in England und Frankreich, wie wir aus den Schriften von Adam Smith & Turgot wissen und so erleben wir jetzt in Deutschland dasselbe Schauspiel. Hat doch der Herr Staatssekretär Graf von Posadowsky im Reichstag erklärt, daß sein Erlass bezüglich des Schutzes der Arbeitswilligen durch eine Eingabe des Bundes der Zimmerer und Baugewerbes gezeitigt worden.

„Klingt aus dem Munde von Innungs-Freunden, koalitierten Arbeitgebern, in denen die Großindustriellen à la Stumm die Führerschaft übernommen haben, es nicht wie Hohn, wenn man von diesen den Ruf nach Freiheit der Arbeit und Schutz der Arbeitswilligen ertönen hört? Und macht es nicht einen sonderbaren Eindruck, daß die Regierungen sich an diese Rufer im Streit wenden, deren Rat erbitten zur Regelung einer so hochwichtigen Frage?“

„Turgot schrieb in dem berühmten Edikte, durch welches 1776 die Aufhebung der Zünfte in Frankreich erjucht wurde, „Gott machte das Recht zu arbeiten zum Eigentum jedes Menschen, indem er ihm das Bedürfnis gab und auf die Arbeit als auf das notwendige Befriedigungsmittel desselben verwies, und dieses Eigentum ist das erste, das heiligste, das unverjährbarste.“

Adam Smith schreibt hierüber:

„Das Eigentum, das ein jeder an seiner Arbeit hat, ist, wie es die ursprüngliche Grundlage aller Art von Eigentum ist, so auch das heiligste und unverletzliche. Das Vermögen der Armen liegt in der Stärke und Geschicklichkeit seiner Hände; ihn hindern zu wollen, wenn er diese Stärke oder Geschicklichkeit, in welcher Weise immer ohne Schädigung seiner Nachbarn zweckmäßig scheint, auszunützen, ist eine offenbare Verletzung dieses heiligsten Eigentums.“

„In der Periode, in der Adam Smith und Turgot lebten, wurden von den Behörden die Löhne für Tagelohn und Stücklohn bis in das kleinste Detail festgestellt. Daß diese Festsetzung im Interesse der damaligen Arbeitgeber erfolgte, ist selbstverständlich. Damals durften die Arbeitgeber sich koalieren, um

„die Löhne ihrer Arbeiter zu drücken, sie traten zu einem Verbanke zusammen, und setzten Konventionalstrafen fest, für diejenigen, die etwa einen höhern Lohn zahlten. — Würden dagegen die Arbeiter eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen haben, unter einem gewissen Lohnsage bei Konventionalstrafe nicht zu arbeiten, so würden sie nach dem Gesetze streng bestraft worden sein. Wäre das damalige Gesetz unparteiisch gewesen, dann würde es die Arbeitgeber in gleicher Weise bestraft haben; statt dessen hat es durch eine behördliche Lohnregelung das erzwingen, was die Arbeitgeber durch solche Koalitionen erreichen wollten. Diese Ungerechtigkeiten waren es, gegen welche Turgot und Adam Smith im Namen der Freiheit Proteste erhoben haben.“

Es galt, das Recht eines jeden

1. nach eigenem Ermessen in jedweden Erwerbszweig seine Arbeitskraft zu bethätigen, zur Geltung zu bringen;
2. je nach der Marktlage die besten Arbeitsbedingungen für sich zu erzielen, für sich zu erringen.

„Die nach Adam Smith folgende Gesetzgebung hat seine Gedanken verwirklicht. Sie setzte den Arbeiter jedem anderen Verkäufer, der seine Waren für eigene Rechnung und Gefahr verkaufte, gleich. Wie man es als wirtschaftlich unmöglich, nur als einen Eingriff in Freiheit und Eigentum erkannte, die Preise der Waren durch die Behörden festzusetzen, so auch den Preis der Arbeit. Die Bedingungen des Arbeitsvertrages sollten wie die Bedingungen jedes Kaufvertrages in freier Vereinbarung durch die Kontrahenten festgestellt werden.

„Die Koalitionsverbote aber blieben. Da jedoch in dem Zeitalter, in dem Adam Smith lebte, der Kleinbetrieb der herrschende war, konnte er folgerichtig auch nur für die individuelle Gleichberechtigung des Arbeiters bei Festsetzung des Arbeitsvertrages eintreten. Kurz nachdem Smiths Bestrebungen von der Regierung anerkannt worden, trat eine große Umwälzung auf wirtschaftlichen Gebieten ein dadurch, daß an Stelle des gewerblichen Kleinbetriebes der Großbetrieb trat, an Stelle von Kleinmeistern die gewerblichen Unternehmungen, die hunderte bis tausende von Arbeitern beschäftigten; an die Stelle von individuellen Arbeitsbedingungen treten solche, welche für Hunderte und Tausende gemeinsam geschlossen werden sollten. Da hierdurch die lang ersehnte und kaum erreichte Freiheit des Einzelnen, seinen Einfluß bei den Festsetzungen der Bedingungen des Arbeitsvertrages geltend machen zu können, unter dem gleichen Rechte der tausende Gleichberechtigter verschwand, trat eine nicht beabsichtigte Verteilung der Rollen dergestalt ein, daß weit entfernt, daß der individuelle Arbeiter bei Bestimmung seiner Arbeitsbedingung ein Wort mitleiden konnte, der Käufer der Arbeit, der Arbeitgeber, die Arbeitsbedingungen einseitig festsetzte. Hierdurch war der systematische Ausbau der Koalitionen bedingt; da die Arbeiter, unfähig, ihre individuelle Freiheit bei Abschluß des Arbeitsvertrages zur Geltung zu bringen, sich auf dem Wege der Koalition zusammenthaten, um gemeinsam die Freiheit der Arbeit zu wahren. Die Gesetzgebung hat die Berechtigung dieser Bestrebungen anerkannt, indem sie die Koalitionsverbote hob. — Dies geschah in Preußen im Jahre 1869 durch Einfügung des §. 152 in die Gewerbeordnung. Obgleich durch den §. 152 G.-O. den Arbeitgebern die Berechtigung zur Koalition erteilt wurde, welche sie gern annahmen, war ihnen dennoch die Gewährung des gleichen Rechts an die Arbeiter ein Dorn im Auge, und ihre steten Bestrebungen dahin gerichtet, die gesunde Entwicklung und solide Ausgestaltung desselben zu hemmen, bezw. unmöglich zu machen.

„Aber die durch §. 152 der G.-O. erlaubten Verbindungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, müssen die Arbeiter naturgemäß sich versammeln können, um die zu treffenden Maßnahmen zu beraten. Es ist unerlässlich, bei diesen Beratungen die allgemeine Marktlage, die Industrie- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland und dem Auslande, die Gewerbe- und Handelsgesetzgebung, welche die Verhältnisse beeinflussen, zum Gegenstande der Erörterungen zu machen.

„Dadurch werden jedoch diese Versammlungen und Vereinigungen zu politischen gestempelt und als solche von den Behörden behandelt. In vielen Staaten Deutschlands ist auch den Arbeitern das politische Vereinsrecht noch

„gar nicht gewährt, in anderen Personen weiblichen Geschlechts die Teilnahme an politischen Versammlungen und Vereinen überhaupt verboten. Am häufigsten aber ist Minderjährigen die Teilnahme an solchen verweigert. Wo solche Verbote bestehen, besitzen die Arbeiter zwar theoretisch das Koalitionsrecht; sie dürfen es aber praktisch nicht ausüben, wenn sie sich auf Grund des Vereins- und Versammlungsrechts nicht einer Bestrafung aussetzen wollen. Das Verbot der Teilnahme von Minderjährigen an Versammlungen und Vereinen macht sich als am meisten und in drückendster Weise fühlbar.

„Dadurch treten Widersprüche zu Tage, die gewissermaßen eine Rechtlosigkeit der Arbeiter von 16—21 Jahren zeitigen. Die Arbeiter dieser Altersstufen sind ebenso berechtigt, wie die, die ihre Mündigkeit erreicht haben, ohne vormundschaftliche Genehmigung einen Arbeitsvertrag zu schließen und nach ihrem Ermessen auch wieder zu lösen. Sie dürfen selbständig, in gleichem Maße wie ihre mündigen Kollegen, die jeweilige Lage des Marktes zu ihrem Vorteile bzw. der Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen benutzen. Nimmt jedoch ein Arbeiter im Alter von 16 bis 21 Jahren an einer Versammlung teil, wo über die zu treffenden Maßnahmen, die zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zweckdienlich erscheinen, beraten werden soll, dann wird er, trotz dem §. 152 der G.-D., „von Rechts wegen“ bestraft, weil eine solche Versammlung auf Grund einer älteren Landesgesetz-Bestimmung als politische angesehen wird. Hierdurch wird die Wohlthat des §. 152 der G.-D. für den größten Teil der Arbeiter illusorisch, da man den betreffenden Arbeitern das Recht benimmt, über die beste Verwertung des einzigen Gutes, das sie ihr eigen nennen, zu Beratungen zusammenzutreten. Die Stempelung derartiger, auf Grund des §. 152 der G.-D. gebildeter Vereine und der dadurch bedingten Versammlungen zu politischen erscheint um so ungerechter, als weder in den Motiven noch bei den Beratungen dieses Paragraphen Erwähnungen zu Tage getreten sind, welche nach irgend welcher Richtung die Absicht hätten vermuten lassen, daß das, was den Arbeitern mit einer Hand gegeben werde, mit der anderen wieder entzogen werden sollte. Im Gesetz selbst ist klipp und klar nur bestimmt worden, daß die bis dahin bestandenen Koalitionsverbote aufgehoben würden und zwar sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeiter. Da aber der Begriff des Arbeiters feststeht und unzweifelhaft an keine Altersstufe gebunden ist, so liegt in der Heranziehung der Landesgesetz-Bestimmungen über die politischen Vereine und Versammlungen, nicht nur eine unberechtigte Härte, sondern auch eine Umgehung der vom Gesetzgeber beabsichtigten Wirkung des §. 152 der G.-D. — Hierdurch wird mit der Absicht der Gesetzgeber, den Arbeiter mit dem Arbeitgeber gleichberechtigt beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu stellen, gebrochen und der erstere der Willkür des letzteren um so mehr überliefert, als die Verabredungen der Arbeitgeber über die den Arbeitern zu gewährenden Arbeitsbedingungen frei und ungehindert bleiben, wenngleich sie das ihnen durch §. 152 der N.-G.-D. gewährleistete Recht häufig in ungerechtfertigter Weise überschreiten, wie wir dies bereits durch die Schilderung der Einführung schwarzer Listen und der Geschäftsführung der von Arbeitgebern begründeten und geleiteten Arbeitsnachweise in drastischer Weise veranschaulicht haben. Da aber die Maßnahme, die von den Arbeitern auf Grund des §. 152 der G.-D. begründeten Vereine, als politische zu behandeln nicht ausreichte, um dieselben zu beseitigen, kam eine Kategorie von Arbeitgebern, die bereits durch Begründung der Führung schwarzer Listen sich hervorgethan hatten, auf die Idee, das Koalitionsrecht der Arbeiter dadurch lahm zu legen, daß sie von der königlichen Staatsregierung ein Gesetz: „zum Schutze der Arbeitswilligen“ verlangten!

„Dieselben Männer, welche sich bereits rühmlich bekannt gemacht haben, indem sie sich durch hohe Konventionalstrafen verpflichteten, ihren Arbeitern keinen höheren, als zwischen ihnen vereinbarten Lohn zu zahlen, in ihren Werstätten keinen Arbeiter zu beschäftigen, der einem sozialdemokratischen Verein angehört, die ungezählte Tausende aus ihren Werstätten für „kürzere, längere

„Zeit oder auch für immer aussperrten,“ weil sie sich gegen ihre Arbeits-Ordnung vergangen haben, dieselben Männer, die die Errichtung der Arbeitsnachweise als ihr Fundamentalrecht für sich in Anspruch nehmen, die den Schutz der nationalen Arbeit verlangen, und zur selben Zeit in ihren Schiffen Mulatten und Neger beschäftigen und die Zulassung polnischer und schwedischer Arbeiter zur billigeren Bestellung ihrer Güter verlangen, die italienische und galizische, russische u. a. Arbeiter einführen, um billigere Submissions-Offerten abgeben und die einheimische Konkurrenz siegreich unterbieten zu können, die auch schon von der Notwendigkeit, Kulis zu importieren, reden, sie treten plötzlich mit der Forderung auf, die Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Arbeiter zu schützen!

„Sie erklären zum Staunen ihrer Zeitgenossen, daß sie für die Freiheit der Arbeit schwärmen und sie machen plötzlich die Ansprüche Turgots und Adam Smiths sich zu eigen: Gott machte das Recht zu arbeiten zum Eigentum eines jeden Menschen, und dieses Eigentum ist das erste, das heiligste, das unverjährbarste.

„Nicht etwa beeinflusst von selbstsüchtigen Interessen, nein lediglich im Interesse der einzelnen Arbeiter, die nur durch den gewaltthätigen Druck der bösen Genossen, durch Drohungen gezwungen wurden, die Arbeit einzustellen, nur zum Schutze armer Arbeiter-Frauen, die ihnen unter Thränen ihr Elend geklagt hätten, hätten sie, der armen Arbeitswilligen sich anzunehmen.

„Auch in diesem plumpen Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beseitigen, ist etwas neues nicht enthalten.

„Bereits im Jahre 1825 nach Beseitigung des Koalitions-Verbotes in England sind von den Arbeitgebern dajelbst dieselben pharisäischen Anträge an die Regierung gestellt worden. Länger als 50 Jahre Zeit waren erforderlich, die bitteren Erfahrungen, die hierdurch hervorgerufen wurden, zu beseitigen. Durch das Urteil des englischen Oberhauses vom 14. Dezember 1897 wurde die volle Gesetzmäßigkeit der zur Verwirklichung der Koalitionsfreiheit nötigen Maßnahmen der Arbeiter, sofern sie von Einschüchterung und Gewaltthat sich frei halten, ausgesprochen.

„Die Mittel, welche bis jetzt zum sogenannten Schutz der Arbeitswilligen gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts zur Anwendung kommen, sind folgende:

„1. Der Absatz des § 152 der G.-D. bestimmt: jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt. —

„Diese Bestimmung, wodurch die Nichtklagbarkeit der Koalitionsverabredungen ausgesprochen wird, richtet sich thatsächlich nur gegen die Arbeiter. Die Arbeitgeber haben es von jeher verstanden, diese Bestimmung zu umgehen, indem sie zur Deckung der aus den Vereinbarungen durch etwaigen Wortbruch entspringenden Verpflichtungen angehalten wurden, auf Sicht lautende Solawechsel in hohen Beträgen zu hinterlegen.

„Ein weiteres Mittel, das man gegen den angeblichen Mißbrauch des Koalitionsrechts namentlich seit jüngster Zeit zur Anwendung bringt, besteht in der Bestrafung wegen Anreizung zum Streik und Postenstehens. Nachdem durch den § 152 der G.-D. den Arbeitern ausdrücklich die Berechtigung erteilt worden ist, zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu verabreden und zu vereinigen, ist es unsäglich, wie eine solchergegestalt erlaubte Arbeitseinstellung, sofern sie nicht mit Kontraktbruch verbunden ist, herbeigeführt werden soll, ohne daß hierzu aufgefordert wird. Das Verlangen der Arbeitgeber, diese Aufforderung mit schwerer Strafe zu belegen, steht in vollständigem Widerspruch mit dem klaren Wortlaut des § 152 der G.-D., den man alsdann erst aufheben und dadurch selbstverständlich das Koalitionsrecht der Arbeitgeber auch fallen müßte.

„Ebenjowenig erscheint es möglich, das Postenstehen als solches zu bestrafen. Das Postenstehen wird in Anwendung gebracht von denjenigen Arbeitern, die zum Zwecke der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen in den Ausstand getreten sind. Da es keine Form der Kundgebung giebt, durch welche man alle

„Arbeiter des Deutschen Reiches von dem Ausstande rechtzeitig und mit Erfolg
 „benachrichtigen könnte, werden die Arbeiter, die Arbeit suchen, an der Stelle,
 „wo der Ausstand stattfindet, angerebet und wird ihnen Gelegenheit geboten, den
 „Zustand kennen zu lernen. Wenn man den Arbeitern durch § 152 d. G.-D.
 „das Recht zuerkannt hat, zum Zwecke der Erreichung besserer Lohn- und Arbeits-
 „bedingungen in den Ausstand zu treten, kann man ihnen auch das damit ver-
 „knüpfte Recht, von dem stattgehabten Ausstande jedem Interessenten Mitteilung
 „zu machen, folgerichtig nicht verwehren, hierbei darf man nicht vergessen, daß
 „die Arbeitgeber jeder Zeit denselben Zweck durch schriftliche Mitteilungen,
 „schwarze Listen, Telephon unbehindert und viel leichter erreichen können; sie
 „kennen einander, ihre Zahl ist viel kleiner, das Adreßbuch giebt die Möglichkeit,
 „sie schnell aufzufinden. Derartige Mitteilungen unter den Arbeitgebern sind
 „seit langer Zeit in Brauch, und es giebt leider kein Gesetz oder Strafbestimmung,
 „die dies verhindern könnte. Und da durch die neuere soziale Gesetzgebung der
 „Grundsatz proklamiert worden ist, daß der Arbeiter in Bezug auf den Ab-
 „schluß des Arbeitervertrages durchaus gleichberechtigt mit dem Arbeit-
 „geber sei, so ist billigerweise auch kein Anhalt dafür zu finden, warum den
 „Arbeitern das Postenstehen verwehrt und den Arbeitgebern erlaubt sein soll,
 „die Namen der Ausständigen nach allen Windrichtungen bekannt zu geben. Da
 „selbst ein älteres Landesgesetz zur Bestrafung des Postenstehens bis jetzt nicht
 „auffindbar gewesen ist, hat man zu dem Aushülfsmittel des groben Unfug-
 „paragraphen seine Zuflucht genommen, um die Postenstehenden zu bestrafen.
 „Es darf daher wohl die Frage aufgeworfen werden, wodurch die öffentliche Ord-
 „nung mehr gestört und die Bevölkerung beunruhigt wird: Durch das Posten-
 „stehen einzelner Arbeiter in der Nähe einer vom Ausstande heim-
 „gesuchten Fabrik, oder durch die Bekanntgebung der Namen der
 „Ausständigen an den der Branche, oder gar die verschiedenen
 „Branchen umfassenden Arbeitgeber-Verband, bezw. die Eintra-
 „gung dieser Namen in die schwarzen Listen, wodurch jährlich
 „Tausende von Arbeitern brotlos gemacht werden, selbst nach Be-
 „endigung des betr. Ausstandes!!“

Wenn man bedenkt, daß diese Arbeiter lediglich einen Ausstand
 in Angriff genommen haben, um das ihnen durch § 152 d. G.-D.
 gewährleistete Recht auf Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeits-
 bedingungen zur Anwendung zu bringen, dann wird man wohl
 nicht im Zweifel darüber sein können, daß die eigentlichen Er-
 reger der Unruhen diejenigen Arbeitgeber sind, die noch
 immer nicht mit dem Gedanken sich vertraut machen
 wollen, daß der Arbeiter ihnen gleichberechtigt ist.

Hierin allein liegt die alleinige Ursache des steten
 Kampfes zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern, der
 nicht eher einem friedlichen Ende zugeführt werden wird,
 solange der Gesetzgeber nicht durch Verleihung der Kor-
 porationsrechte an die Arbeiterberufsvereine de jure
 und de facto dieselben den Arbeitgebern gleichberechtigt
 macht. Nur durch Verhandlung von Organisation zu Organisation
 kann die Grundlage für die Anbahnung eines auf gegenseitiger
 Achtung und Gleichberechtigung beruhenden Industrie und Handel
 fördernden Verhältnisses gefunden werden. —

Und in diesem, den Frieden fördernden Sinne sind die Erlasse

*h. f. die nicht von
 ulparat, nicht n
 die nicht pgeüld
 unvollkommen Arb
 manne aufgr
 ungenpfort!*

Er. Majestät des Kaisers vom 4. Februar 1890 aufzufassen, deren Wortlaut hiermit in Erinnerung zu bringen an dieser Stelle wohl angebracht sein dürfte. Dieselben lauten:

I.

Kaiserlicher Erlaß an den Reichskanzler 4. Februar 1890.

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welcher meiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Konkurrenz zu sichern.

„Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten zur Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen.“ —

II.

Kaiserlicher Erlaß an den Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe. 4. Februar 1890.

„Über den weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch

„eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche
„Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den
„Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der
„Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung
„zu behalten.

„Unter den Schwierigkeiten, welche die Ordnung der Arbeiter=
„Verhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne begegnen, nehmen
„diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen
„Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben,
„eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler
„angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit
„der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer
„Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger inter=
„nationaler Regelung der Grenzen für die Anforderungen anzustreben,
„welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen.“

III.

Kaiserliche Ansprache an die Mitglieder des Staatsrats!

„Durch Meinen Erlass vom 4. d. M. sind Sie davon unter=
„richtet worden, daß es Mein Wille ist, das Gutachten des Staats=
„rats über diejenigen Maßnahmen zu hören, welche zur besseren
„Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich sind.
„Es entspricht der Bedeutung, welche der Staatsrat in der Mon=
„archie einnimmt, daß die wichtigen auf diesem Gebiete einer ge=
„dehlichen Lösung harrenden Fragen von Ihnen einer gründlichen
„Erwägung unterzogen werden, bevor die aufzustellenden Gesetz=
„entwürfe an die parlamentarischen Körperschaften gelangen, denen
„die endgültige Beschlußfassung darüber verfassungsmäßig zusteht.
„Ich lege Wert darauf, daß der aus den verschiedensten Berufskreisen
„zusammengesetzte Staatsrat auf Grund der in ihm vertretenen
„praktischen Erfahrungen die von Mir in Aussicht genommenen
„Vorschläge auf ihre Zweckmäßigkeit, Ausführbarkeit und Tragweite
„einer gewissenhaften und vorurteilsfreien Prüfung unterzieht.

„Ernst und verantwortungsvoll ist die Aufgabe, zu deren Lösung
„Ich Sie hierher entboten habe, der den Arbeitern zu gewährende
„Schutz gegen eine schrankenlose und willkürliche Ausbeutung der Ar=
„beitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Mensch=
„lichkeit und der natürlichen Entwicklungsgesetze einzuschränkenden
„Kinderarbeit; die Berücksichtigung der für das Familienleben in

„sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellen der Frauen
„im Haushalte der Arbeiter und andere damit zusammenhängende
„Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbesserten Regelung
„fähig. —

„Dabei wird mit sachkundiger Besonnenheit erwogen werden
„müssen, bis zu welcher Grenze unsere Industrie eine durch strengere
„Vorschriften zu Gunsten der Arbeiter erhöhte Belastung der Pro-
„duktionskosten ertragen kann, ohne durch den Wettbewerb auf dem
„Weltmarkte die lohnende Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt
„zu sehen. Dadurch würde statt der von mir erstrebten Förderung
„eine Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt
„werden. Um diese Gefahr zu vermeiden, bedarf es einen hohen
„Maaßes weiser Besonnenheit. — Denn die glückliche Lösung dieser
„unsere Zeit beherrschenden Fragen ist um so wichtiger, als dieselbe
„mit der von Mir angeregten internationalen Verständigung über
„dieselben in ersichtlicher Wechselwirkung steht.“ —

Aus jeder Stelle dieser Erlasse spricht die Fürsorge des Landes-
fürsten für das Wohl seiner Unterthanen, seien sie Arbeitgeber
oder Arbeiter, mögen sie hoch oder niedrig geboren sein.

Nur Worte des Friedens und des Wohlwollens für den Ar-
beiterstand unter gleichzeitiger billiger Wahrung berechtigter Inter-
essen der Arbeitgeber enthalten diese Botschaften.

Nicht mit einer Silbe wird des Gedankens erwähnt, durch
neue Gesetze die Arbeiter-Bewegung zu unterdrücken, im Gegenteil
wird das Verlangen ausgesprochen:

„Die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die
„Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen und
„den auf diesen Gebieten laut gewordenen Klagen, soweit sie be-
„gründet sind, gerecht zu werden.

„Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeit-
„nehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht
„zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Ver-
„trauen besitzen, an der Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten
„beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung
„mit den Arbeitgebern und den Regierungs-Organen befähigt
„werden, — durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der
„freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu
„ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über

„die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit „den letzteren Fühlung zu behalten.“

Aus der Botschaft tritt an hervorragender Stelle die Absicht hervor, dort wo es geboten erscheint, durch eine Änderung der Gewerbeordnung die Stellung der Arbeiter zu verbessern, soweit dies mit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich bewerkstelligen läßt. Aus jeder Zeile der Botschaft spricht die Teilnahme und Fürsorge für den Arbeiterstand und der Wunsch hervor, daß die Arbeiter Vertreter wählen möchten, die ihr Vertrauen genießen, um an der Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Regierungsorganen befähigt zu werden, und so darf man zuversichtlich der Hoffnung Ausdruck geben, daß an dieser hohen Stelle die Wünsche eines zwar kleinen, aber einflußreichen Teiles der Arbeitgeberschaft, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu untergraben, nimmer Gehör finden werden.

An dieser hohen Stelle wird man, das ist bereits in der Botschaft vom 4. Februar 1890 genügend ausgesprochen, nimmermehr dem Andrängen einiger Arbeitgeber nachgeben, die bestehenden Gesetze anders als mit gleicher Konsequenz gegenüber Arbeitgeber und Arbeiter zur Durchführung zu bringen.

Der Wahrspruch der Hohenzollern: „Suum cuique“, wird auch hier wieder zur Geltung gelangen und jeder Versuch, gegen die auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Forderungen der Arbeiter, durch Sonder-Gesetze vorzugehen, an dieser hohen Stelle kläglich scheitern!

Man sollte meinen, daß angesichts dieser Erlasse die Großindustriellen endlich ihren unmotivierten Widerstand gegen die sozial-reformatorischen Gesetze fallen, sich den neugeschaffenen Verhältnissen anpassen, auf deren Grundlage allmählich Frieden mit ihren Arbeitern schließen würden, selbst mit denen, die aus Unverstand, in Überschätzung der neuen Errungenschaften sich gegen sie vergangen haben! —

Die Großindustriellen und die mit ihnen verbündeten von Stummischer Richtung jedoch, weit entfernt davon, Frieden zu schließen, versuchen ihren Einfluß an maßgebender Stelle geltend zu machen, um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu unterbinden. Um diesen Bemühungen zu unterstützen, rufen sie die ihnen Gleichgesinnten zu öffentlichen Agitationen auf, und demonstrieren auf

diese Weise gegen den Terrorismus der Arbeiter, dem sich harmonisch anschließt der Ruf nach dem Schutze der Arbeitswilligen. In welcher Weise diese Agitationen betrieben werden, möge der nachstehende Bericht über die Verhandlungen der Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig am 5. September 1898 beweisen, darin der Referent Herr Dr. Martens folgendes ausführte:

„Das große Publikum ist leider bisher beeinflusst ausschließlich von Parteistellungen, die dem Wirtschaftsleben fremd, dem Unternehmertum oft geradezu feindlich gegenüberstehen. In dem Wahne, die der Natur der Dinge widerstrebende **Gleichberechtigung** der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeiführen zu können, ist man wohl in bester Absicht, aber verführt durch die einseitig das Wohl des Arbeitnehmers berücksichtigende Arbeitsnachweis-Litteratur von seiten gemeinnütziger Vereine und Gesellschaften, von Kommunen und Behörden drauf und dran, dem Unternehmer sein **Fundamentalrecht**, seine Arbeit selbst oder durch **seine** Bevollmächtigten vergeben zu dürfen, zu kürzen und ihm den ohnehin schon nicht leichten Existenz- und Konkurrenzkampf zu erschweren. Dagegen Front zu machen, hat der Arbeitgeber-Verband für seine Pflicht gehalten; dagegen Front zu machen, wird, so hoffe ich, dieser Konferenz gelingen.

„Die sogenannten unparteiischen Arbeitsnachweise haben in letzter Zeit es verstanden, durch rege Agitation, durch Broschüren, umfangreiche Jahresberichte, namentlich aber durch das Schlagwort: „Unparteiischer Arbeitsnachweis“ die Sympathie weiterer Kreise sich zu erwerben und oft recht weitgehende öffentliche und private Unterstützung gefunden. Nicht aber ist es gelungen, die Bestrebungen dieser Vereinigungen in Einklang mit den Interessen des Arbeitgebers zu bringen.

„Wie so nicht? Nun, weil Ziele und Bestrebungen derselben sich auf dem Papier recht schön ausnehmen, in Wirklichkeit aber ein Unding sind. Sie erstreben völlige Unparteilichkeit im Arbeitsnachweis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jedem Praktiker wird es klar sein, daß für den im wirtschaftlichen Kampfe Stehenden und Ringenden eine völlige Unparteilichkeit bald zur Unmöglichkeit wird. Ein Jeder wird sich immer mehr oder weniger auf die eine oder andere Seite neigen. — So haben sich auch die sogenannten unparteiischen Nachweise meistens im höchsten Grade partiell bewiesen, und zwar kam ihre Partei-

„nahme **immer** den Arbeitnehmern, vorwiegend aber den
„Arbeitslosen und Untüchtigen zu gute. — Das schablonen-
„hafte Zuschicken von Arbeitskräften, auf das die Anmeldeungs-
„reihen in erster Linie bestimmend sind, mußte notwendiger-
„weise dazu führen. Dies mag nun zwar für einen sozial-
„demokratischen Gleichheitschwärmer wieder sehr schön klingen, für
„die Industrie bedeutet es den Ruin. Für sie ist nicht nur die
„Tüchtigkeit der Direktoren und Angestellten entscheidend, sondern
„auch die der Arbeitnehmer: Deshalb darf sie sich auch niemals
„die so große Spezialkenntnisse und so viele Spezialrückichten er-
„forderliche Auswahl von Arbeitskräften und somit den diese Aus-
„wahl besorgenden Arbeitsnachweis aus der Hand nehmen lassen.
„Nannten wir die Arbeitsnachweise der Arbeitnehmer Kampf-
„organisationen, so können wir die Nachweise der Arbeitgeber
„„Abwehrorganisationen“ nennen. Denn ähnlich wie die Ar-
„beitgeber-Vereine selbst meistens infolge des Druckes ent-
„standen sind, welche Arbeitnehmer-Organisationen ausübten, ist man
„zu den Unternehmer-Nachweisen erst auf dem Wege der
„Abwehr gelangt. Dabei hat es allerorten an gutem Willen und
„dahin zielenden Versuchen nicht gefehlt, die Nachweise im Ein-
„vernehmen mit den Arbeitern zu errichten. Typisch hierfür dürf-
„ten die Vorgänge in Hamburg sein. Bevor hier der Arbeitsnachweis
„der Eisenindustriellen, der für die später gegründeten Arbeits-
„nachweise des Arbeitgeber-Verbandes mustergültig wurde, in der
„heutigen Weise eingerichtet wurde, hat man zuerst in nie enden-
„wollenden Verhandlungen mit den Arbeitern versucht, den Arbeits-
„nachweis gemeinsam mit den Arbeitnehmern auszugestalten. Aber
„alle Verhandlungen und Versuche haben gezeigt, daß die Arbeiter
„jedes Zugeständnis nur als eine Abschlagszahlung ansehen, und
„aufgehört durch die liebe, nie rastende Sozialdemokratie, die die
„Wühlarbeit der Mehrforderungen immer sofort aufs neue begin-
„nen, eine Wühlarbeit, deren Endzweck nicht die Gleichberechtigung
„im Arbeitsnachweis und bei der Bestimmung der Arbeitsbedin-
„gungen ist, sondern welche die **Herrschaft**, die Diktatur der
„schwierigen Fäuste, und schließlich die Diktatur des Proletariats
„in den Betrieben bedeutet.

„Aus alledem gelangte man in Hamburg zu der Erkenntnis,
„daß man den Arbeitsnachweis in die eigene kräftige Hand nehmen
„müsse und jede Einmischung, woher sie auch kommen
„möge, sei es von den Arbeitern, von seiten der Be-

„hörden oder von seiten der sogenannten Unparteiischen „entschieden zurückweisen müsse. — Dadurch, daß dieser „Standpunkt konsequent und nachhaltig festgehalten wurde, „ist man dazu gelangt, daß bereits ein großer Teil der zum Arbeitgeber-Verbande gehörenden Vereinigungen Arbeitsnachweise „**„unseres Systems“** eingerichtet hat, ein anderer mit den Vorarbeiten dazu beschäftigt ist. Sehr zum Segen der Hamburgischen „Industrie und des Hamburgischen Gewerbes haben sie bisher gewirkt und werden es auch fernerhin thun.“ Soweit Herr Dr. Martens.

Einem jeden im wirtschaftlichen Kampfe Stehenden und Ringenden wird Unparteilichkeit zur Unmöglichkeit. Da ein richtiger Arbeitsnachweis nur eine Erleichterung des Verkehrs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezweckt, und als solcher auch von den „unparteiischen Arbeitsnachweisen“ aufgefaßt und erfolgreich durchgeführt wird, so ist dadurch zur Thatsache geworden, daß die Vereinigungen der Arbeitgeber, die auf ihr angebliches Fundamentalrecht, ihre Arbeit selbständig zu vergeben, fußen, ihre Arbeitsnachweise zu einer Organisation umgewandelt haben, die dahin strebt, den Arbeitern ihr gesetzlich gewährleistetes Recht beim Abschluß des Arbeitsvertrages, d. h. beim Verkauf ihrer Arbeitskraft als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken, zu verkümmern und dadurch die Arbeitsnachweise, ihren ursprünglichen Zwecken entgegen, zu einer Kampforganisation auszugestalten, die an Stelle eines friedlichen Verkehrs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Unfrieden stiftet und an Stelle der Unparteilichkeit, die brutale Gewalt des Stärkeren setzt! —

Wenn Dr. Martens erklärt, daß große Spezialkenntnisse und Spezialrücksichten bei der richtigen Auswahl von Arbeitskräften erforderlich sind, so soll ihm hierin nicht widersprochen werden, wenn er aber hieraus den Schluß zieht, daß der diese Auswahl besorgende Arbeitsnachweis lediglich um deshalb in dem ausschließlichen Besitz der koalitierten Arbeitgeber bleiben müßte, dann kämpft er mit Scheingründen, denn er übersieht gänzlich, daß er, Dr. Martens, der Hauptleiter dieses Arbeitsnachweises, doch auch nur ein bezahlter Beamter der Arbeitgeber ist, der genau nach den ihm von diesen erteilten Instruktionen seines Amtes zu walten hat. Daß ein von einem unparteiischen Arbeitsnachweis gewählter Beamter, selbst wenn mit Zustimmung einiger im Kuratorium sitzender Arbeiter, nicht ebenso einen Arbeitsnachweis leiten und „die Spezialkenntnisse und Spezialrücksichten für die erforder-

* nur ist Juan der Rauf grüßte !!

liche **Auswahl** von Arbeitskräften bejagen könnte", wird selbst Herr Dr. Martens um so weniger bestreiten können, als u. A. doch der „Arbeitsnachweis der Vereinigten Bierbrauereien Berlins und Umgegend" seit Jahren den Erweis bringt, daß durch ein stetes Zusammenwirken von einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, nicht nur ein Arbeitsnachweis sachgemäß geleitet werden kann, sondern auch die früher bestandenen schroffen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und deren Arbeitern gemildert und Streik verhütend gewirkt hat! —

Herr Dr. Martens nennt die Arbeitsnachweise der Arbeiter „Kampforganisationen", die der Arbeitgeber „Abwehrorganisationen". Er behauptet, daß die Arbeitsnachweise der Arbeiter ihren eigentlichen Zwecken entzogen und zu einer Brutstätte des Terrorismus gegen die Arbeitgeber sich ausgestaltet hätten. Zugabe, daß diese Behauptungen den Thatsachen entsprächen, daß die Arbeiter, unter dem Vorwande den „Verkehr" zwischen Arbeitgebern und deren Arbeitern zu erleichtern, den Arbeitsnachweis zu unlautern Zwecken benützt hätten, um folchergestalt den Arbeitgeber ihren Ansprüchen gefügiger zu machen, was in jeglicher Beziehung streng zu verdammen wäre, was berechtigt denn Herrn Dr. Martens und die mit ihm verbundenen Arbeitgeber, mit denselben unlautern Mitteln, in der gleichen terroristischen Weise den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber zu handhaben? Wird das Verfahren, das den Leitern der Arbeitsnachweise mit Recht zum Vorwurf gemacht wird, dadurch geläutert, daß es von den Arbeitgebern gegen die Arbeiter nunmehr angewandt wird? Ist die Benutzung der dem friedlichen Verkehrsmittel gewidmeten Arbeitsnachweise zu einem Kampfmittel der Unterdrückung, der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit der Arbeiter, um deshalb etwas anders als Übung eines verwerflichen Terrorismus?? Ist die Anwendung derselben Mittel, die bei den Arbeitern als verwerflich erkannt und auch nicht genug verdammt werden können, nicht eigentlich um deshalb noch verdammenswerter, weil sie von denen ausgeht, die durch ihre soziale Stellung dazu berufen sind, den Arbeitern mit gutem Beispiel voranzugehen und ihnen vor Augen zu führen, in welcher Weise ein unparteiischer Arbeitsnachweis der Arbeitgeber zu Nutz und Frommen der Gesamtheit zu leiten ist?!

Läßt die sophistische Bemerkung des Herrn Dr. Martens, daß

gegen die „Kampforganisation“ der Arbeiternachweise die angebliche „Abwehrorganisation“ der Arbeitgeber zu treten habe, nicht eher den Schluß zu, daß es seinen Auftraggebern nicht um Beseitigung eines Mißbrauches seitens der Arbeiternachweise zu thun war, sondern vielmehr um Unterdrückung des Koalitionsrechtes der Arbeiter im allgemeinen?

Herr Dr. Martens empfiehlt die Ausbreitung des „Systems der Arbeitgeber-Nachweise des Arbeitgeber-Verbandes zu Hamburg-Altona“, welches sich als ein System darstellt:

1. der Führung schwarzer Listen;
2. der Aussperrung auf unbestimmte Dauer von Arbeitern auf Grund von einseitigen Beschuldigungen ohne Anhörung der davon Betroffenen, in einem Verfahren, wo die Kläger gleichzeitig als Richter fungieren;
3. der Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit der Arbeiter;
4. der Mißachtung bestehender Landes-Gesetze;
5. der Behinderung Arbeitswilliger, durch redliche Arbeit sich und ihre Familien zu ernähren.

2. Referent Herr L. Thielkow, Sekretär des Verbandes der Eisenindustrie Hamburg!

Derselbe referiert über die Verwaltungsprinzipien und Verwaltungspraxis im Arbeitsnachweis.

„Als Hauptbedingung für die Lebensfähigkeit und Nützlichkeit eines Arbeitsnachweises muß aufgestellt werden, daß die Benutzung derselben obligatorisch wird. Eine Einrichtung, welche nach anderen Prinzipien Arbeitsnachweisung führen will, kann keinen Nutzen stiften und wäre derselben die Berechtigung abzuspochen, sich Arbeitsnachweis zu nennen. Denn wird nicht jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet, nur ausschließlich den Nachweis zu benutzen, so hat man es mit einem Zwitterding zu thun, dem jede Existenzberechtigung fehlt, welches sowohl die Interessen der Arbeitgeber als die der Arbeiter schädigt. — Der Arbeitsnachweis muß den Arbeitsmarkt übersehen können, weil nur dann Angebot und Nachfrage für die Beteiligten reguliert werden kann. Dies kann aber nur der obligatorische Arbeitsnachweis. An die Hauptforderung der obligatorischen Benutzung schließt sich die Art und Weise, wie die Verwertung der Arbeitsgesuche für die vorhandenen Arbeitsplätze zu geschehen hat.

„Der Schwerpunkt einer zweckentsprechenden Abfertigung liegt
„in der genauen Klassifikation der Arbeitsuchenden. Hieraus wird der
„Schluß gezogen, daß die von anderer Seite geforderte Abfertigung
„der Arbeitsuchenden nach der Reihenfolge ihrer Meldungen ein
„Umding ist. Es kann und ist dem Arbeitgeber doch nie damit
„gedient, nur **Arbeiter** zugesandt zu erhalten: Er will schnell
„bedient sein, aber auch brauchbares und zweckentsprechendes
„Material haben.

„Referent giebt zu, daß es dem Arbeitsnachweise unmöglich
„sei, eine Ausschließung gewisser Elemente zu umgehen. Der Un-
„brauchbare, der jede Gelegenheit zur Besserung ausschlägt, der
„gewerbsmäßige Agitator, der nur Unfriede in die Be-
„triebe hineintragen will, derjenige, welcher mit ge-
„fälschten Papieren oder durch Bestechungen Arbeit zu
„erhalten sucht, muß zu den Feinden des Arbeitsnach-
„weises gerechnet und ausgeschlossen werden.

„Außerdem bekämpft Referent die direkte Annahme von Ar-
„beitern durch die Werkmeister, sowie die freie Umfrage, das
„heißt das selbständige Herumlaufen von einem Arbeitgeber zum
„andern.

„Zur Bekämpfung dieser Übelstände wird als einziges Mittel
„die obligatorische Benutzung der Nachweise befürwortet, und zeit-
„weise Aussperrung von der Benutzung desselben für direkt Um-
„fragende, Trunkenbolde, Skandalmacher u. Als Beschwerdeinstanz
„für die hiervon Betroffenen soll der Bureauvorsteher, als weitere
„Instanz das hierfür designierte Vorstandsmitglied dienen.

„Da aber nach Ansicht des Referenten mit einem Arbeits-
„nachweise allein die Besetzung der angemeldeten Stellen nicht be-
„werkstelligt werden kann, soll eine Centralstelle errichtet werden,
„welche von allen Arbeitsnachweisen die erforderlichen Aufstellungen
„über die Bewegung des Angebots und der Nachfrage einzieht, zu-
„sammenstellt und hieraus die nötigen Notizen den beteiligten Ar-
„beitsnachweisen giebt.

„Da aber nicht jeder Arbeitsuchende über die Mittel zur Be-
„streitung der Reise nach außerhalb verfügt, sollen diese Kosten vom
„Nachweis verauslagt und in irgend einer Form wieder eingezogen
„werden. Dieses Reisegeld incl. Behergeld wird jedoch nur vor-
„schußweise gegeben, der Arbeiter muß dasselbe sich von seinem
„Lohn in Abzug bringen lassen, falls er weniger als drei Monate
„bei der zugewiesenen Firma arbeiten sollte. Dauert jedoch seine

Weigert, Arbeitsnachweise.

„Arbeit länger als drei Monate, so wird das Reisegeld nicht abgezogen, sondern als Gratifikation gegeben.“

Wenn Herr Thielkow jedem Arbeitsnachweis die Existenzberechtigung abspricht, der nicht für alle Arbeitgeber und die zu der betreffenden Branche gehörigen Arbeiter obligatorisch ist, so kann er bei diesem seinem Urteil doch wohl nur den von ihm vertretenen Arbeitsnachweis der Arbeitgeber im Auge haben, deren Begründer den Grundsatz proklamiert haben, die Errichtung und Leitung eines Arbeitsnachweises sei „ein Fundamentalrecht der Unternehmer“, in welchem weder gemeinnützige Vereine, noch Behörden, noch aber etwa gar die Arbeiter mitzuwirken hätten. Es soll zugegeben werden, daß die auf solcher Basis zu stande gekommenen Arbeitsnachweise nur zusammengehalten werden können durch drakonische Zwangsmittel, gegen deren Verfehlung schwere Konventionalstrafen in Anwendung gebracht zu werden pflegen.

Ein Arbeitsnachweis, der auf der Grundlage errichtet ist, nur der Erleichterung des Verkehrs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu dienen, der weder den Zweck verfolgt, den Arbeitern als „Kampforganisation“ oder den Arbeitgebern als „Abwehrorganisation“ zu dienen, der bedarf zu seinem Bestande keiner künstlichen Mittel, der begründet seine Existenzfähigkeit durch sein Statut und das stete Zusammenwirken der ihm angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der unentwegten Verfolgung der ihm gestellten Ziele.

Alles andere, was Herr Thielkow über die Verwaltungsprinzipien und Verwaltungspraxis sagte, soll als richtig anerkannt werden. Dagegen muß er doch auch seinerseits zugeben, daß das, was er und seine Kollegen in derartigen Arbeitgeber-Nachweisen leisten, doch auch wohl von den geschulten Leitern, der „unparteiischen Arbeitsnachweise“ in der Praxis geübt werden kann.

Die Erfahrung und die Ergebnisse der letzten Kategorie von Arbeitsnachweisen haben dies bereits zur Genüge bewiesen.

Wenn Herr Thielkow ferner befürwortet, die Ausschließung gewisser Elemente von der Benutzung des Arbeitsnachweises, und als solche anführt:

1. Unbrauchbare, die jede Gelegenheit zur Besserung ausschlagen;
2. gewerbsmäßige Agitatoren; *man muß sie für uns mitgefühl haben!*
3. diejenigen, die sich gefälschter Papiere bedienen; *nicht anmerken!*

4. diejenigen, die durch Bestechung Arbeit zu erlangen versuchen;

dann wird man in Punkt 1 und 3 ihm beipflichten müssen, bezüglich des Punkt 2 aber, angesichts der Thatsache, daß in den unter der alleinigen Leitung von Unternehmern stehenden Arbeitsnachweisen die Zugehörigkeit zu einem Fachverein bezw. zur sozialdemokratischen Partei ein Ausschließungsgrund für jeden Arbeiter aus Verbandswerkstätten ist, an der Zweckmäßigkeit dieser Bestimmung Zweifel hegen müssen. Die in Punkt 4 festgelegte Ausschließungsklausel ist so faustschufartiger Natur, daß sie ebenfalls nicht als stichhaltig betrachtet werden kann.

Dritter Referent, Hauptmann a. D. Kleffel, Sekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller, berichtet über die erziehlichen Wirkungen der Arbeitsnachweise.

„Eine von Arbeitgebern gegründete und unterhaltene Nachweisstelle hat, wenn sie an den an sie zu stellenden Anforderungen in vollem Maße entsprechen soll, folgende Aufgabe, sie muß:

1. dafür sorgen, daß sie möglichst stets in der Lage ist, die gewünschte Zahl von Arbeitern in kurzer Zeit zu stellen;
2. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schnell ermitteln;
3. richtige Auswahl aus dem vorhandenen Material treffen, und endlich
4. die zum Verband gehörigen Werkstätten vor Einstellung von schlechten und untauglichen Elementen schützen.

„Die Erfüllung der ad 1 und 2 genannten Aufgaben wird lediglich durch entsprechende, technische und praktische Maßnahmen im Geschäftsgange der Nachweisstelle ermöglicht. Die ad 3 und 4 gestellten Aufgaben können nur dann befriedigend gelöst werden, wenn die Beamten in der Lage sind, sich möglichst eingehend über Vorkleben, Fähigkeiten und Leistungen der Arbeitsuchenden, sowie über deren Charakter zu orientieren.

„Es liegt auf der Hand, daß diese Orientierung bei einer gewissen Anzahl von Arbeitern auf passiven oder gar aktiven Widerstand stoßen wird.

„Um diesen Widerstand auf ein Minimum zu beschränken, muß man Maßnahmen treffen, die einen erziehlichen Einfluß auf die Arbeiter auszuüben vermögen. Ein solcher Einfluß kann aber nur von einer Nachweisstelle geübt werden, die

„ausschließlich in den Händen der Arbeitgeber sich befindet, denn nur eine solche hat die **Macht**, die Arbeiter zu dem zu zwingen, was sie im beiderseitigen Interesse für notwendig erachtet. Durch Verweigerung der Einstellung in den Verbandswerkstätten auf „längere oder kürzere Zeit“, hat die Nachweisstelle eine Waffe in der Hand, welcher, sofern nur eine entsprechende straffe Organisation auch bei den Arbeitgebern vorhanden ist, kein Arbeiter auf die Dauer widerstehen kann. Ferner ist eine strenge Durchführung der Regel, daß nur solchen sich Meldenden der Eintritt in die Nachweisstelle gestattet wird, welche im Laufe der letzten sechs Monate nachweislich mehr gearbeitet als gefeiert hatten, eine unabwiesbare Notwendigkeit.

„Ein Haupterfordernis für die erspriessliche Gültigkeit eines von Arbeitgebern geleiteten Arbeitsnachweises ist die strikte Verpflichtung der demselben angehörenden Mitglieder auf Grund der Satzungen:

1. nur solche Arbeiter einzustellen, welche sich im Besitz einer am Einstellungstage noch gültigen Bescheinigung der Nachweisstelle befinden;
2. ihren ganzen Bedarf an Arbeitern durch die Nachweisstelle zu beziehen;
3. auf diesbezügliche Benachrichtigung der Nachweisstelle jeden Eingestellten, gegen welchen etwas vorliegt, **sofort** wieder zu entlassen und endlich
4. der Nachweisstelle über jeden von einem Arbeiter begangenen **Exceß** sofort Benachrichtigung zukommen zu lassen.

„Nur wenn man diesen Verpflichtungen seitens der Arbeitgeber mit der peinlichsten Genauigkeit nachkommt, wird die Nachweisstelle in der Lage sein, das zu leisten, was man von ihr verlangen kann, und gleichzeitig den zwingenden Einfluß auf die Arbeitssuchenden auszuüben, ohne dessen Vorhandensein eine erziehlige Wirkung nicht gedacht werden kann.

„Die schärfste Waffe, welche die Nachweisstelle gegen den Arbeiter in Händen hat, ist die **Sperre**, d. h. der Ausschluß des betreffenden Arbeiters aus den zu einem lokalen oder weiter ausgedehnten Verbands gehörigen Werkstätten.“

„Ghe zur Anwendung dieser so scharfen Waffen geschritten wird, kann die Nachweisstelle noch eine Reihe von Mitteln anwenden, um den unliebsamen Arbeiter vorher zur Vernunft zu bringen. Diese Mittel sind: Belehrung, Verwarnung, Verbot des Betretens der Nachweisstelle und endlich Verweigerung des Arbeitscheines auf längere oder kürzere Zeit, d. h. Ausschluß des Betreffenden aus den zu dem Verbands gehörigen Werkstätten auf Zeit. Die Sperre für längere Zeit, welche in ihren Konsequenzen dazu führt, den von der Sperre Betroffenen in seiner Branche im Vereinsgebiet brotlos zu machen, wird natürlich nicht von der Arbeitsstelle, sondern erst nach genauer Prüfung des Falles, (durch eingehende Vernehmungen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers) durch den Vorstand des Verbandes ausgesprochen.

„Diejenigen Arbeiter, die nach vollendeter Lehrzeit von einer Werkstatt zur andern, von einem Ort zum andern wandern, nirgends lange aushalten und alle Augenblicke sich in der Nachweisstelle sehen lassen, um neue Arbeitsgelegenheit zu erhalten, werden, wenn Belehrung und Verwarnung nicht fruchten, für gewisse Zeit ausgeschlossen.

„Ein Arbeiter, der eine ihm gegebene Stellung nicht antritt, wird auf kürzere Zeit gesperrt. Ein Arbeiter, der sich in einer ihm zugewiesenen Verbands-Werkstätte nicht meldet und auch die Nachweisstelle hiervon nicht benachrichtigt, wird gleichfalls gesperrt. Arbeiter, die die Nachweisstelle nüchtern verlassen haben und trunken auf der ihnen nachgewiesenen Arbeitsstelle eintreffen, werden gesperrt.

„Kontraktbrüchige werden für alle Verbands-Werkstätten dauernd gesperrt. Den Kontraktbrüchigen gleich erachtet und als solche dauernd gesperrt, werden diejenigen Arbeiter, welche eine begonnene Akkordarbeit durch eigenes Verschulden nicht beendet haben.

„Arbeiter, die einen erhaltenen Vorchuß nicht abarbeiten, werden solange gesperrt, bis der Vorchuß bezahlt ist, oder bis sie sich verpflichtet haben, denselben von dem Verdienst ihrer neuen Arbeitsstelle in Raten zu tilgen.

„Auch Arbeiter, welche wegen unbotmäßigen Benehmens, wegen Drohung oder thätlichen Angriffs gegen ihren Arbeitgeber oder Meister entlassen wurden, sind seitens des Verbandsvorstandes auf längere Zeit zu sperren und in leichteren Fällen nur

„dann wieder zur Einstellung zuzulassen, wenn sie sich bei dem Betreffenden in gebührender Weise entschuldigt haben.

„Streikende sind jedenfalls sofort und bis auf weiteres zu sperren und — mit Ausnahme der Aufwiegler — erst dann wieder frei zu geben, wenn der Streik beendet ist. Die Streikenden müssen erkennen, daß jeder Streik, d. h. jedes gleichzeitige Niederlegen der Arbeit durch eine Zahl von Arbeitern, als eine **Nötigung** und als Ausnutzung einer Zwangslage angesehen, beurteilt und geahndet wird.

„Ebenso sind diejenigen Arbeiter mit längeren Sperren zu belegen, welche sich zum sogenannten Streikpostenstehen oder gar zu wörtlichen oder thätlichen Angriffen gegen ihre arbeitswilligen Kollegen (die sogenannten Streikbrecher) hergeben. Agitatoren sind, sofern sie durch ihre Thätigkeit innerhalb oder außerhalb der Werkstätten als solche erkannt werden, grundsätzlich und dauernd zu sperren. Eine Besserung solcher gewerbsmäßiger Heizer erscheint wohl ausgeschlossen, deshalb müssen sie aus dem Arbeiterstande rücksichtslos herausgedrückt werden.

„Aus dem Vorstehenden erhellt: daß nur eine in Händen der Arbeitgeber befindliche Nachweisstelle in der Lage ist, allen an sie zu stellenden Anforderungen in vollem Maße zu entsprechen. Sie allein ist in der Lage, denjenigen Zwang auf die Arbeiter auszuüben, welche zur Erreichung von Erfolgen als notwendig erachtet werden muß. Die Gründung solcher Nachweisstellen ist daher mit allen Kräften zu erstreben, zu unterstützen und zu fördern.“

Der Herr Referent erklärt, daß die von ihm unter Punkt 3 und 4 angeführten Ziele nur dann zu erreichen sind, wenn die Nachweisstelle in der Lage wäre, sich eingehend über das Vorleben und den Charakter der Arbeitsuchenden zu orientieren, und um dies zu ermöglichen, man vor allen Dingen der Mittel bedürfe, den passiven und aktiven Widerstand der Arbeiter hiergegen zu bekämpfen. Um die Arbeitsuchenden zur Fügsamkeit solcher erziehlichen Maßnahmen heranzubilden und den Arbeitgebern die zu solchem Zwangsmittel erforderliche **Macht** zu verleihen, sei es durchaus geboten, daß der Nachweis sich ausschließlich in den Händen der Verbands-Arbeitgeber befinde. Hierdurch erhalte die Nachweisstelle eine Waffe, welcher, verbunden mit einer entsprechenden straffen Organisation in den Verbandswerkstätten, kein Arbeiter auf die Dauer wider-

stehen könne. Wer dies dennoch wagt, wird einfach gesperrt! Die gleiche Strafe trifft diejenigen, die im Laufe der letzten sechs Monate nachweislich mehr gefeiert als gearbeitet haben; ob und aus welchen Gründen ist dem Arbeitgeber-Verband gleichgültig!

Ist es endlich einem Arbeiter gelungen, alle Klippen, die seiner Einstellung sich entgegen stellten, glücklich zu umgehen, dann droht ihm noch die Möglichkeit, daß nachträglich etwas gegen ihn verlautbar wird, in welchem Falle der Arbeitgeber sachungsgemäß ihn ohne weiteres entlassen muß. Hat sich der Arbeiter auch inzwischen bewährt, so darf er dennoch nicht weiter beschäftigt werden, denn seinem Arbeitgeber droht hohe Konventionalstrafe, wenn er den verhehmteten Arbeiter behält. Jeder Arbeitgeber ist des Ferneren verpflichtet, einen jeden von einem Arbeiter begangenen Exzeß sofort der Nachweisstelle zu melden, damit dieselbe die schwarze Liste auf dem Laufenden erhalten und den Übeltäter sperren kann. Nur so kann, nach der Ansicht des Herrn Referenten, ein zwingender Einfluß auf die Arbeitsuchenden ausgeübt werden, ohne welchen eine erziehliche Wirkung nicht gedacht werden kann.

Der Herr Referent erkennt an, daß die Sperre eine scharfe Waffe sei, die erst nach erfolgter Belehrung, Verwarnung und Verbot des Betretens der Nachweisstelle anzuwenden sei, er hat jedoch kein Wort der Begründung dafür, das diese „Waffe“ auch ein „fundamentales Recht“ der Arbeitgeber sei, er hat wahrscheinlich sich auch noch nie die Frage vorgelegt, ob durch diese Methode, die Arbeiter zu „erziehen“, nicht die Gesetze der „Gleichberechtigung“ der Arbeiter mit dem Arbeitgeber bezüglich des Arbeitsvertrages verletzt würden, noch weniger scheint er aber die wirtschaftlichen Konsequenzen sich klar gemacht zu haben, die die auf „kurze“ oder „längere Zeit“ erforderlichen Aussperrungen der Arbeiter aus den Verbands-Werkstätten für die davon Betroffenen nach sich ziehen!! Es scheint dem Herrn Referenten zu genügen oder zum mindesten zur Beschwichtigung seiner etwaigen Bedenken beizutragen, daß nicht von seiten der Nachweisstelle die drakonische Strafe des Ausschlusses ausgesprochen werden darf, sondern durch den Vorstand des Verbandes! Der geringfügige Umstand, daß sämtliche Mitglieder des Verbandes, mithin auch diejenigen des Vorstandes, vermöge ihres erheblichen Interesses zur Sache, die zur Entscheidung so wichtiger Fragen, wo es sich um das Wohl und Wehe nicht einzelner Arbeiter, sondern zahlreicher Familien handelt, berechtigt sind, die Aussperrung ihnen mißliebiger

Arbeiter zu veranlassen, scheint dem Herrn Referenten bei dem Eifer, mit dem er für die Anwendung der „Waffen“ zur Wahrnehmung der „Fundamentalrechte“ der Arbeitgeber eintritt, entgangen zu sein. — Man kann dem Herrn Referenten die Anerkennung nicht versagen, daß er mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, alle nur möglichen und denkbaren Vergehen gesammelt hat, die als solche mit der Waffe der „kürzeren oder längeren Aussperrung“ aus dem Arbeitsnachweise zu bestrafen sind. Selbst das „Streikpostenstehen“, das unter den erschwerenden Umständen der Beunruhigung des Publikums doch von der neueren Rechtsprechung nur als grober Unfug mit einer kleinen Geld- bezw. Haftstrafe gesühnt wird, wird hier mit Entziehung der Arbeit, also mit der Preisgebung der Arbeiter und ihrer Familien, der Hungerstrafe, geahndet.

Leider hat der Herr Referent es unterlassen anzugeben, welche Anzahl von Arbeitern auf diese Einwirkung erziehlischer Zwangsmaßnahmen er zur Zucht und Ordnung herangezogen hat. Es würde interessant sein, Vergleiche dieser Zahl mit der steigenden Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie anzustellen.

Durch eine Vereinigung der kleinen Meister und Betriebe mit den Großbetrieben würde es möglich sein, den Arbeitern, die aus den Großbetrieben gesperrt seien, auch die Werkstätten der Kleinbetriebe und Meister zu verschließen, was namentlich für die größeren Städte, wo stets eine Menge Kleinmeister ansässig sind, von Bedeutung wäre. Der Beitritt der Kleinmeister zu den Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber würde vor allen Dingen deren Autorität stärken, würde sie gegen den heutigen Kontraktbruch und gegen alle Willkür der Arbeiter schützen.

Herr L. Rasse, Geschäftsführer der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten, referiert über die Vorteile, welche derartige Arbeitsnachweistellen den Kleinmeistern bieten.

„Nachdem derselbe ausgeführt, daß der internationalen Organisation der Arbeiter gegenüber es eine absolute Notwendigkeit sei, daß die Arbeitgeber, ob groß oder klein, fest zusammenhalten, um sich nicht von dieser Masse oder den Führern derselben terrorisieren zu lassen, empfiehlt er den Anschluß der kleinen Meister an die Arbeitsnachweise der vereinigten Großbetriebe. Die Vereinigungen kleiner Meister haben sich als unpraktisch und undurchführbar erwiesen, sie seien dadurch nicht stark genug gewesen, dem Druck ihrer Arbeiter zu widerstehen.“

„Gestützt auf größere Vereinigungen, können sie sich wenigstens einigermassen selbst von diesem Drucke befreien; deshalb brauchen sie nicht von den Großbetrieben ins Schlepptau genommen und allmählich aufgezogen zu werden, sondern sie sollen nur durch die Großbetriebe gestützt und geschützt werden.“ —

Ein Zusammenschluß der kleinern Betriebe und Großbetriebe ist im allgemeinen Interesse namentlich dann notwendig, wenn es sich um die Abwehr von unberechtigten Forderungen der Arbeiter handelt. Niemandem jedoch wird es einfallen, das Verlangen der Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrages, wo es sich um den Verkauf ihres einzigen Besitztumes, ihrer Arbeitskraft, handelt, zur Mitarbeit herangezogen zu werden, ungerechtfertigt zu finden, und nur derjenige, der wie der Arbeitgeber-Verband zu Hamburg-Altona u. a. auf dem frassen Unternehmerstandpunkt steht, daß die Leitung eines Arbeitsnachweises ein „Fundamentalrecht der Arbeitgeber“ sei, kann hierfür eintreten! Diejenigen Kleinbetriebe und Meister, die auf diesen Prinzipien begründeten Arbeitsnachweisen beitreten, werden in Zeiten des Friedens die nachteiligen Folgen ihres Beitritts nicht spüren. Wenn jedoch, und dies ist nur die Frage der Zeit und Konjunktur, ein größerer Ausstand von längerer Dauer ausbrechen wird, dann wird der angebliche Segen, den der auf dieser Grundlage geschaffene Zusammenschluß der Großindustrie mit der Kleinindustrie ausüben könnte, sich zum Fluche und zur Dezimierung gestalten. — Nach den Satzungen der betreffenden Arbeitgeber-Verbände darf im Falle eines Ausstandes nur das von den Verbandsmitgliedern bewilligt werden, was das Vertrauens-Komitee derselben bzw. dessen Vorstand genehmigt, wer dagegen handelt, verfällt einer hohen Konventionalstrafe, für deren Deckung er bei Eintritt in den Verband Solawechsel auf Sicht zu hinterlegen hat. — Nun denke man sich in die Lage eines kleinen Fabrikanten, der mit geringem Betriebskapital arbeitet und darauf angewiesen ist, sein Geschäft ohne Unterbrechung zu betreiben, um seine laufenden Verpflichtungen erfüllen zu können. Für ihn ist ein Ausstand von längerer Zeit gleichbedeutend mit Ruin. Wenn er, um seine Existenz und seinen ehrlichen Namen zu erhalten, Frieden mit seinen Arbeitern schließen möchte, hindert ihn hieran seine Abhängigkeit von den Satzungen des Arbeitgeber-Verbandes und die gegen die Verfehlung derselben drohende hohe Konventionalstrafe. Auf der einen Seite die Willkür der Arbeiter, auf der andern der Eigensinn des Arbeitgeber-Verbandes, die in den meisten Fällen es ab-

lehnen, mit den Vertrauensmännern der Ausständigen zu unterhandeln, die es unter ihrer Würde halten, die vom Staate eingesetzten Einigungsämter anzurufen, sondern verlangen: unbedingte Unterwerfung ihrer Arbeiter unter die von ihnen diktierten Bedingungen! Da die Arbeiter aber wissen, daß selbst in diesem Falle ein großer Teil von ihnen für kürzere oder längere Zeit oder für immer aus den Verbands-Werkstätten ausgesperrt bleibt, daß man auf seiten des Verbands-Arbeitgebers vollständig erbarmungslos vorgeht, so kämpfen dieselben den Kampf der Verzweiflung bis zum bitteren Ende, und wenn dasselbe mit allen seinen Schrecken endlich erreicht ist, dann decken die Wahlstatt nicht nur die ungezählten Tausende von vernichteten Arbeiter-Existenzen mit ihren dem Hunger und Mangel preisgegebenen Familien, sondern es ist auch die große Anzahl von kleinen, strebsamen, intelligenten Fabrikanten für den Kampf um die angeblichen Fundamentalrechte der Arbeitgeber existenzlos geworden, und diese vermehren die Zahl der Arbeitsuchenden, um solchergestalt den Segen der Satzungen des Arbeitgeber-Verbandes an sich selbst zu erproben! — Und selbst in denjenigen wenigen Ausnahmefällen, wo die vereinigten Großindustriellen dem notleidenden kleinen Unternehmer ein Darlehn zu mäßigem Zinsfuß gewähren, um seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, ist diese Hilfe eine sehr zweifelhafte, da, je größer das Darlehn, desto schwieriger die Rückzahlung für den Schuldner ist und sein wirtschaftlicher Ruin, in den meisten Fällen, nur hinausgeschoben wird bezw. von dem guten Willen seiner Gläubiger abhängig ist.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß nur durch eine radikale Beseitigung der durch unberechtigte Ansprüche der Arbeiter die den Unternehmern zugefügten Schädigungen getilgt werden können, hatte sich im Jahre 1897 eine Anzahl Unternehmer zusammengethan, um durch Begründung einer Versicherungsgesellschaft gegen Verluste aus unberechtigten Ausständen den davon betroffenen Unternehmern zu helfen. —

Diese Versicherung hätte zur Voraussetzung, daß bei Ausbruch eines Ausstandes, die davon betroffenen versicherten Unternehmer verpflichtet wären, innerhalb bestimmter Frist das Einigungsamt des Gewerbegerichts, oder einer anderen Behörde anzurufen und daß, wenn die Verhandlungen vor derselben ergaben, daß der Ausstand ohne Verschulden der versicherten Unternehmer entstanden ist, der volle nachweisbare Schaden, den dieselben durch den Aus-

stand erlitten, ihnen ersetzt werden müßte. Die Bedeutung und Vorteile einer solchen Versicherung liegen auf der Hand. — Durch die obligatorische Anrufung eines Einigungsamtes innerhalb kurz bemessener Frist wurde verhindert, daß der Ausstand an Dauer zunahm, die Erbitterung der streitenden Parteien einen allzu hohen Grad erreichte und sie der Verständigung auf friedlichem Wege unzugänglich machte; endlich aber wurde den Unternehmern die Möglichkeit benommen, durch ungerechtfertigte Eingriffe in die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter sowohl, als durch ungerechtfertigte Aussperrungen sich Vorteile zu verschaffen. Auch war den Versicherten die Verpflichtung auferlegt, bei Vermeidung des Verlustes des Versicherungs-Auspruches, den Schiedsspruch des Einigungsamtes anzuerkennen. — Dieses Projekt wurde allseitig, sowohl von den interessierten Unternehmern, als auch den in Betracht kommenden Regierungskreisen freudig begrüßt, weil man allgemein der Ansicht war, daß dadurch nicht nur der langen Dauer der Ausstände vorgebeugt, sondern auch der Provozierung derselben zu unlauteren Zwecken, von seiten der Arbeitgeber und Arbeiter erfolgreich Einhalt geboten werden würde.

Als erbitterte Gegner dieses Planes traten die Mehrzahl der Großindustriellen auf, wie sie durch den Central-Verband deutscher Industrieller, des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Verbandes Berliner Metall-Industrieller, Vereinigung Berliner Metallfabrikanten, Vereins deutscher Zuckerindustrie, Arbeitgeberbundes für das Maurer- und Zimmerergewerbe von Berlin, Berliner Pianoforte-Fabrikanten, Verbandes der Textil-Industriellen, Central-Vereins deutscher Wollwarenfabrikanten, Vereins deutscher Braunkohlenindustriellen, Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, Verband der Eisenindustriellen Hamburg, Lübecker Metallindustriellen-Vereins u. a. vertreten werden. Durch Wort und Schrift suchten diese Gegner das Zustandekommen dieser Versicherungs-Gesellschaft zu bekämpfen und was ihnen an sachlichen Gründen mangelte, das suchten sie durch ihren Haß gegen die Einigungsamtsfunktionen der Gewerbe-Gerichte zu ersetzen, deren größte Gegner sie sind, weil sie behaupten, dieselben nähmen im allgemeinen nur die Interessen der Arbeiter wahr.

Der eigentliche Grund, der die Großindustriellen zu Gegnern der Errichtung einer Versicherungs-Gesellschaft gegen unberechtigte Verluste durch Ausstände machte, war jedoch lediglich die Befürchtung, daß

1. die vermöge ihrer drakonischen Satzungen und der damit verbundenen hohen Konventionalstrafen mühsam zusammengehaltenen Arbeitgeber-Verbände auseinander gesprengt werden könnten;

2. dadurch, daß den kleineren Betriebsinhabern eine wirkliche Schadloshaltung für Verluste aus unberechtigten Ausständen gegen Zahlung einer geringen Prämie geboten wurde, sie deren Beistandes zur systematischen Unterdrückung berechtigter Ansprüche der Arbeiter verlustig gehen könnten und daß in absehbarer Zeit die von ihnen aufgestellte Theorie von den „Fundamentalrechten der Arbeitgeber“ und die dadurch ins Leben gerufenen schwarzen Listen und obligatorische Aussperrungen auf immer von der Bildfläche verschwinden könnten.

Es kann daher bei der in der gegenwärtigen Zeit herrschenden Strömung nicht wundernehmen, daß den Bemühungen der Großindustriellen es gelungen ist, das definitive Zustandekommen der Versicherungs-Gesellschaft zur Versicherung gegen Verluste aus unberechtigten Ausständen zur Zeit zu verhindern, daß solche Bestrebungen wie die oben angedeuteten zur Förderung des sozialen Friedens nicht beizutragen vermögen, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen. Jedoch kann der Ausdruck des aufrichtigen Bedauerns nicht unterdrückt werden, daß Männer, die vermöge ihrer Stellung berufen sind, die Führerschaft in allen die Versöhnung von Arbeitgebern und deren Arbeitern fördernden Fragen zu übernehmen, als prinzipielle Gegner derselben ostentativ auftraten.

In der Diskussion waren es hauptsächlich die Herren Spickrowsky, Delegierter des Verbandes deutscher Schuhwarenfabrikanten und Ingenieur H. Kranz von der Maschinenfabrik in Augsburg, die gegen die aufgestellten Thesen einige Einwendungen zu machen sich erlaubten.

Diese Einwendungen richteten sich hauptsächlich dagegen, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit den sozialdemokratischen Fachvereinen gleichzustellen, weil sie deren erbitterteste Gegner wären; daß nicht alle Arbeiter Sozialdemokraten seien und daß es wohl angebracht wäre, zu erwägen, ob die Hinzuziehung von Arbeiter-Vertretern zur Leitung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise geeignet sei, das Mißtrauen und die Klagen der Arbeiter gegen dieselben zu beseitigen.

Herr Ingenieur Kranz führt insbesondere aus, daß es ein Fehler wäre, die Arbeitnehmer-Verbände zu unterschätzen, da die jüngsten Vorgänge bei dem großen Maschinenbauer-Ausstand in

England erst wieder bewiesen hätten, wie notwendig es sei, mit denselben in steter Fühlung zu bleiben. Das Ausstellen eines Reverjes von seiten der Arbeiter, daß sie nicht zu den Sozialdemokraten gehören, sei wertlos, die Forderung, nur Arbeiter einzustellen, die durch Führungsatteste sich ausweisen können, sei ungesetzlich und schon um deshalb zu verwerfen. — Durch eine angemessene Behandlung und sachgemäße Belehrung der Arbeiter würde man viel eher deren Abwendung von der Sozialdemokratie erreichen. Dieses Ergebnis habe tatsächlich in Augsburg stattgefunden, wo bei den Wahlen, bei einer Vermehrung von 33 % der Arbeiterschaft, ein Rückgang von 17 % der Sozialdemokratie sich ergeben hat.

Eine Centralisation der Arbeitsnachweise sei unbedingt zu vermeiden, der Austausch von Arbeitern sei verderblich, durch Umherziehen und Wandern werden die Arbeiter nicht gebessert, sondern der Sozialdemokratie zugeführt und werde der Agitation für dieselbe nur Vorschub geleistet.

Herr D. Kelm-Stettin, Vorsitzender des Arbeitsnachweises des Baugewerbes ist zwar für „Selbsthilfe“ gegenüber den Arbeitern, jedoch entschiedener Gegner der kommunalen resp. paritätischen Arbeitsnachweise, die nur durch große Unkenntnis und durch Humanitätsdusel nach seiner Ansicht sich auszeichnen.

Herr H. A. Bueck, Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller und des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, hob hervor, daß die englischen Arbeiter ihre Macht, „die sie errungen und wodurch sie den Arbeitsmarkt zu Ungunsten „der Arbeitgeber beherrschten nur durch Centralisation ihrer Organisation erreicht haben. Herr Bueck ist der Ansicht, daß wir es „nicht verschmähen sollten, auch von unseren Gegnern zu lernen „und ähnliche Einrichtungen zu treffen. Die sogenannte „Gleichberechtigung“ des Arbeiters sei ein „Schlagwort“, mit dem „ein ungeheurer Unfug getrieben werde. —

„Gleichberechtigt ist der Arbeiter mit dem Arbeitgeber „in unserer Politik; vor Gesetz und Recht ist der Arbeiter mit „dem Arbeitgeber vollständig gleichbedeutend; gleichberechtigt auf dem Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen „Lebens ist der Arbeiter nicht und kann es niemals sein.“ Dies sei lediglich eine Utopie des Zukunftsstaates, und nur deshalb weise er jede Gleichberechtigung der Arbeiter mit dem Arbeitgeber vollständig zurück!

„In der Diskussion sei der Ausdruck der Gleichberechtigung
„gebraucht worden, woraus zu folgen ist, daß den Arbeitern eine
„Beteiligung an dem Arbeitsnachweis der Arbeitgeber gestattet sein
„soll. Dies könnte doch nur den Sinn haben, daß, wie bei den
„sogenannten unparteiischen Arbeitsnachweisen, eine gleiche Anzahl
„von Arbeitgebern und Arbeitern in den Vorstand gebracht und
„dadurch den Arbeitern ein gewisser Einfluß gewährt werde. Wir
„wollen dies nicht, weil dadurch erfahrungsmäßig die Arbeiter
„dann sofort das Übergewicht erhalten und jedenfalls unsägliche
„Konflikte hervorgerufen werden würden.

„Es könnte behauptet werden, daß man den Arbeitern ein
„paar Stellen einräumen müßte, damit sie sich überzeugen könnten,
„daß alles nach Recht, Billigkeit und in gutem Glauben gemacht
„werde. Wenn die Arbeiten nicht von **vornherein Vertrauen**
„zu den Veranstaltungen der Arbeitgeber haben, dann
„werden sie auch durch dieses Mittel nicht zu überzeugen
„sein!

„Zum Schluß bemerkte Herr Bueck noch, daß es Hauptzweck
„der Konferenz in der Stellungnahme zum Prinzip der Arbeitgeber-
„Arbeitsnachweise erblicke und er sich freuen würde, wenn dieses
„Prinzip in der zu fassenden Resolution voll und ganz zum Aus-
„druck käme.“

Herr von der Osten, Hauptmann a. D., Generalsekretär der
industriellen Verbände im Saarrevier und der Handelskammer, be-
merkt:

„Ich bin auch der Ansicht, daß man die Arbeiter nicht mit
„den Sozialdemokraten verwechseln darf; aber die Gewerbe-
„gerichte in den großen Städten sind **vorwiegend** mit
„**Sozialdemokraten** besetzt, und es würde, da das Bedürfnis
„noch nach Arbeitsnachweisen gleichfalls in den großen Städten
„zuerst auftritt, auch gar nicht ausbleiben können, das analog den
„Erfahrungen bei den Gewerbegerichten die Sozialdemokraten sehr
„bald auch in den Arbeitsnachweisen die Oberhand gewinnen würden.“

Herr Dr. Wendtlandt, Generalsekretär des Bundes der Indu-
striellen erklärt:

„Ich hatte mich verpflichtet, von seiten des Bundes der In-
„dustriellen eine gewisse Äußerung zu den Fragen, die hier auf-
„geworfen worden sind, zu thun. Worum es sich heute hier
„handelt, das hat überhaupt mit der Frage der Gleich-
„berechtigung der Arbeiter **nichts** zu thun. — Denn es

„handelt sich hier um ein Kampfmittel der Arbeiter, die die
„Rechte der Arbeitgeber verkürzen wollen. Wenn wir die
„Frage aufwerfen wollten: „Soll man die Arbeitnehmer mit hinein
„nehmen in die Arbeitsnachweise?“ so würde das den Gesichtspunkt
„der heutigen Versammlung ganz verschieben. — Ich glaube des-
„halb im Sinne meines Vorstandes zu sprechen, wenn ich
„sage, daß, wenn wir heute eine prinzipielle Resolution fassen
„sollten, diese die Unterstützung der Bundes-Industriellen, wie die
„der heutigen Bestrebungen überhaupt zu erwarten habe.

„Der Herr Referent Rasse schien mir, so erschöpfend seine
„Darlegungen auch waren, doch nicht darauf hingewiesen zu haben,
„daß die Arbeitsnachweise der kleinen und mittleren Industrie
„ganz besonders im Falle von Streiks zu Hilfe kommen.
„Der Gesichtspunkt des Streiks ist überhaupt von den Herren sehr
„wenig berührt worden. Der Arbeitsnachweis ist ein Glied
„in der Organisation der Arbeitgeber; wir haben versucht,
„einen Gipfel vorzuzeichnen, indem wir den Streiks die Spitze ab-
„zubrechen versuchten, durch eine Versicherung gegen Streiks. Das
„sind alles theoretische Sachen; diese aus der Praxis ent-
„standene Organisation des Arbeitsnachweises ist gewissermaßen
„das weite Fundament für eine weitgreifende Organi-
„sation der deutschen Arbeitgeber überhaupt. Wir haben
„im Bunde der Industriellen deshalb bei der Begründung
„von Bezirks-Vereinen stets darauf Rücksicht genommen,
„daß an Ort und Stelle gleich eine Vereinigung der
„Arbeitgeber gegen Streiks geschaffen werde, und deshalb
„glaube ich auch, daß soweit unsere Organisation vorge-
„schritten ist, wir dieselbe zur Verfügung stellen können
„zur Weiterführung der Organisation von Arbeitsnach-
„weisstellen.

„Zum Beweise, daß wir in diesem Sinne zu arbeiten bereit
„sind, will ich nur noch erwähnen, daß auf der Tagesordnung
„unserer nächsten General-Versammlung am 10. Oktober
„die Organisation von Arbeitsnachweisstellen und zwar
„der ausschließlich seitens der Arbeitgeber zu errichtenden
„stehen wird.“

Hierauf wurde von dem Vorsitzenden des Kongresses folgende
Resolution eingebracht:

„Soll die allorts eingeführte Arbeitsnachweis-Bewegung dem
„Wirtschaftsleben im allgemeinen und der Industrie im besonderen

„förderlich werden, so muß sie das Ziel verfolgen, nicht nur „Arbeitsgelegenheiten wie Zeitungs-Annoncen bekannt „zu geben, sondern muß selbst möglichst direkt Arbeit „vermitteln. — Mit der Vergebung von Arbeit ist aber „auch die Auswahl der Arbeiter aufs engste verbunden, „und da diese nur durch die Arbeitgeber selbst oder durch „ihre Bevollmächtigten zweckmäßig erfolgen kann und „darf, so ist es allen Arbeitgebern aufs dringendste zu „empfehlen, sich, wo nur angänglich, zu Vereinen zu „sammenzuschließen und selbst Arbeitsnachweise zu „gründen. Hingegen ist sowohl gegen die Arbeitsnachweise „der Gewerkschaften, als gegen die sogenannten unpar- „teiiischen Arbeitsnachweise **entschieden** Front zu machen, „weil beide infolge ihrer Organisation nicht dazu geeig- „net sind, den Arbeitsstätten die tauglichsten Arbeits- „kräfte zuzuführen, sondern entweder mit Rücksicht auf die „Armenpolitik oder auf sozialistische Bestrebungen das „Prinzip der Gleichberechtigung des Tüchtigen und der „Unbrauchbaren, des Fleißigen und des Lässigen in den „Vordergrund stellen.“

Begründet wurde diese Resolution damit:

„Daß die Konferenz nicht dazu dagewesen sei, Ideen auszu- „tauschen, sondern auch um in weiteren Kreisen Eindruck zu machen, „z. B. auch auf die Regierungen, die in letzter Zeit ab- „solut nur von den sogenannten unparteiischen und in „Wahrheit sehr **parteiischen** Arbeitsnachweisen beeinflusst „worden sind, so daß die preußische Regierung am „8. März einen Erlaß versendet hat, in dem aufgefördert „wurde, soviel wie möglich **kommunale** Arbeitsnachweise „zu errichten.“

Gegen die Resolution erklärte sich, wie nach seiner Stellung- „nahme auf der Konferenz voranzusehen war, Herr Betriebs- „Ingenieur Krank aus Augsburg, weil

1. Der Arbeitsnachweis nicht nur Arbeitsgelegenheiten be- „kannt geben u. s. w., sondern selbst „Arbeit ver- „geben“ soll;

2. ihm der Passus nicht behagte: „es ist Front zu machen“.

Ferner sprechen gegen den zweiten Teil der Resolution:

Herr H. C. Blecken, Ingenieur, Vertreter des Verbandes der „Metallindustriellen für Frankfurt a. M. und Umgegend;

Herr B. C. Giehler, Vertreter des Verbandes der Textilindustriellen von Chemnitz und Umgegend.

Hierauf wurde kurzer Hand eine Kommission gewählt, die eine Änderung der Resolution vornehmen sollte, um deren einstimmige Annahme zu ermöglichen. Diese Kommission erledigte ihre Aufgabe dadurch, daß sie vorschlug, die Resolution in folgendem Wortlaut anzunehmen:

„Die Versammlung spricht ihre Überzeugung dahin aus, daß
„im Interesse des Groß- und Kleingewerbes der Arbeitsnachweis
„von den Arbeitgebern zu organisieren und zu hand-
„haben ist.“ —

Nachdem außer den Herren Ingenieur Kranz, Blecken und Giehler noch Herr Spicrotowski, Vertreter des Verbandes deutscher Schuhfabrikanten erklärt hatten, daß sie sich bei der Abstimmung nicht beteiligen würden, wurde diese Resolution in dieser Fassung angenommen und der Kongreß geschlossen.

Wer die Ziele des Zentral-Verbandes deutscher Industriellen und des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen kennt, und wer deren Thätigkeit während der letzten Jahrzehnte aufmerksam verfolgt hat, wer insbesondere Kenntnis genommen hat von dem unmotivierten Haß, mit dem diese Vereinigungen alle Arbeiterschutzgesetze, insbesondere aber das Gesetz über die Gewerbegerichte und Einigungsämter bis auf den heutigen Tag, durch Wort und Schrift bekämpfen, der wird es verstehen, daß angesichts der Thatsache, daß die verschiedenen Bundes-Regierungen die Schaffung unparteiischer Arbeitsnachweise begünstigen und zu fördern suchen, alles aufgeboten wird, diese Absicht zu hintertreiben.

Somit kann es auch nicht Wunder nehmen, daß der berufenste Vertreter dieser beiden Verbände, der Generalsekretär Bueck als Hauptredner gegen die unparteiischen Arbeitsnachweise auftrat. Von einem Manne von der Begabung des Herrn Bueck hätte man allerdings erwarten dürfen, daß er nicht nur mit dem ihm eigenen Geschick die unparteiischen Arbeitsnachweise bekämpfen, sondern daß er auch den Beweis von deren angeblichen Gemeingefährlichkeit erbringen würde. Man war dies um so eher zu verlangen vollaufberechtigt, als es sich um eine Institution handelt, die in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens nach der Ansicht objektiv urteilender, sachverständiger Persönlichkeiten, den Befähigungsnachweis für ihre die Interessen der Allgemeinheit fördernde, dem sozialen Frieden dienende Thätigkeit erbracht hat!

Der Herr Generalsekretär Bueck begann sein Plaidoyer damit, daß er als den Hauptzweck des Arbeiter-Kongresses dahin präzisierte:

„Daß eine prinzipielle Stellungnahme zu der Frage zu nehmen sei, ob der Arbeitsnachweis lediglich und allein von den „Arbeitgebern zu organisieren und in die Hand zu nehmen sei, und „verlangte, allerdings vergeblich, daß dieser Satz an die Spitze der Resolution gestellt werde.

„Er geht hierbei von der Ansicht aus, daß nachdem die Trades „Union in England bewiesen hätten, daß allein durch die Organi- „sation der Arbeitnehmer-Nachweise sie eine derartige Macht erlangt „hätten, daß es ihnen ermöglicht worden sei, den Arbeitgebern den „Fuß auf den Nacken zu setzen, so daß dadurch ein Kampf auf „Leben und Tod entstanden wäre, in welchem angeblich die Arbeit- „geber Englands gesiegt haben sollen, auch die Arbeitgeber Deutsch- „lands, nach dem Muster der Trades-Union sich organisieren müßten, „nur mit denselben Waffen dahin zu streben hätten: den Ar- „beitern den Fuß auf den Nacken zu setzen. — Die Wacht *Wacht* „der Trades-Unions ist nach der Ansicht des Herrn Bueck aber „nur durch die Zentralisation entstanden, weshalb er auch im Gegen- „satz zu den durchaus sachlichen Ausführungen des Herrn Ingenieur „Krantz die Zentralisierung der Arbeitgeber-Verbände Deutschlands „beantragt.“ Dem Herrn Generalsekretär Bueck ist es aber nicht um eine Zentralisierung zu thun, die den sozialen Frieden zwischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern fördern, deren Anschluß an die sozialdemokratischen Fachvereine verhindern und aufheben soll, wie dies der Praktiker Herr Krantz will und teilweise auch schon erreicht hat, sondern er will, was er allerdings ausgesprochen nicht für opportun hält, die Zentralisation fördern des Systems der schwarzen Listen wegen, das zur Aussperrung Tausender von arbeitswilligen Arbeitern über ganz Deutschland ausgedehnt werden soll und schließlich zur Expatriierung der verfehmten Arbeitswilligen führen muß.

Der Herr Generalsekretär Bueck nennt die sogenannte „Gleichberechtigung“ der Arbeiter ein „Schlagwort“, mit dem ungeheurer Unfug getrieben werde. Er gesteht den Arbeitern Gleichberechtigung in der Politik zu, sperrt sie aber vermöge der Arbeitgeber-Nachweise aus, wenn sie — ihre politische Gesinnung durch Anschluß an sozialdemokratische Vereine bethätigen. Er erklärt emphatisch die Gleichberechtigung vor Gesetz und Recht, verlangt aber — Ausnahme-Gesetze für Sozialdemokraten!

Was den Arbeitern durch die Reichsgesetze der letzten Jahrzehnte gewährleistet worden ist, existiert aber für den Abgeordneten Bueck nicht, nämlich: „die Gleichberechtigung beim Abschlusse des Arbeitsvertrages.“ Die Botschaft des Kaisers vom 4. Februar 1890, die darin gipfelt, daß die Arbeiter veranlaßt werden sollen, Vertreter zu wählen, die ihr Vertrauen besitzen und die befähigt sind, mit den Arbeitgebern und den Regierungs-Vertretern verhandeln zu können, scheint dem Gedächtnis des Herrn Bueck entschwunden zu sein, sonst könnte er unmöglich den ungeheuerlichen Auspruch thun:

„Gleichberechtigt auf dem Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen Lebens ist der Arbeiter nicht und kann es auch nie werden.“ Herr Bueck stellt sich auf den Standpunkt, daß dies eine Utopie sei, die niemals erreichbar wäre.

Der Herr Generalsekretär Bueck beschuldigt die unparteiischen Arbeitsnachweise, daß durch die gleichmäßige Besetzung des Vorstandes mit Arbeitgebern und Arbeitern, erfahrungsmäßig die Arbeiter in ihnen das Übergewicht erhalten. Einen Beweis hierfür zu erbringen hält der Herr Bueck für überflüssig. Vorurteilsfreie Beurteiler des Sachverhältnisses werden aber zugeben müssen, daß bei einer gleichmäßigen Besetzung mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern keiner dieser Parteien das Übergewicht zufallen kann. Dies ist nur dann möglich, wenn einer der Arbeitgeber umfällt und plötzlich mit den Arbeitern fraternisiert, was allerdings zur Vorsicht bei der Wahl von Arbeitgebern mahnen würde, da es sich mit den Prinzipien der unparteiischen Arbeitsnachweise allerdings nicht vertragen würde, für solch möglichen Fall hohe Konventionalstrafen mit obligater Hinterlegung von Sicht-Wechseln einzuführen, wie dies bei den Nachweisen der Verbands-Arbeitgeber der Fall ist.

Der Herr Generalsekretär Bueck ist der Ansicht, daß es zwecklos wäre, den Arbeitern einige Stellen im Vorstande einzuräumen, damit sie sich überzeugen, daß die Sache nach Billigkeit, Recht und im guten Glauben gehandhabt werde. Er verlangt Vertrauen des Arbeiters zu den Veranstaltungen seiner Arbeitgeber, da alle anderen Mittel zwecklos wären den Arbeitern die Überzeugung beizubringen, daß die Arbeitgeber loyal handeln. Herr Bueck gesteht dadurch zu, daß die Veranstaltungen der Arbeitgeber nicht ganz einwandfrei sind, und er ist ehrlich genug einzusehen, daß weder die öffentliche Meinung, noch die Arbeiter die Überzeugung gewinnen, daß die Arbeitgeber-Verbands-

Nachweise nach Billigkeit, Recht und in gutem Glauben gehandhabt werden, und daß man zu Veranstaltungen der Arbeitgeber kein Vertrauen haben kann, die die Ausgestaltung eines Verkehrsmittels erstreben, das zu einer Erziehungsanstalt für Arbeiter umgewandelt werden soll und deren Befehrungs- und Lehrmittel in der Führung schwarzer Listen und in der erzieherischen Wirkung der Aussperrung arbeitswilliger Arbeiter für kürzere oder längere Zeit bestehen! Daß man unter diesen Umständen sich nicht dazu verstehen will, Arbeiter an der Leitung der Arbeitgeber-Verbands-Nachweise teilnehmen zu lassen, ist selbstverständlich. Herr von der Osten, Generalsekretär der industriellen Verbände im Saarrevier und der Handelskammer hat sich in seinen durchaus unmotivierten Angriffen auf die Gewerbegerichte desjenigen Tones befleißigt, den wir seit Jahren von dem Beherrscher des Saarreviers Freiherrn von Stumm, allerdings nur unter dem Schutze der Redefreiheit eines Reichstagsabgeordneten zu hören gewohnt sind. Herr von der Osten hat es nach Muster berühmter Vorbilder wohlweislich unterlassen, Beweise für die Behauptung beizubringen, daß die Gewerbegerichte der großen Städte vorwiegend mit Sozialdemokraten besetzt sind, wodurch er die Befürchtung herleitet, daß bei der Teilnahme von Arbeitern bei den Arbeitsnachweisen analoge Erfahrungen wie bei den Gewerbegerichten mit den Sozialdemokraten gemacht werden könnten und dieselben sehr bald auch da die Oberhand gewinnen könnten. Wenn der Herr von der Osten damit hat behaupten wollen, daß die bei den Gewerbegerichten gemachten Erfahrungen dahin gingen, daß die Sozialdemokraten bei denselben die Oberhand gewonnen haben, so muß dies als eine ebenso unwahre als beleidigende Insinuation zurückgewiesen werden, für die dieser Herr verantwortlich bleibt, da er nicht die Redefreiheit derjenigen besitzt, der die Gegner der Gewerbegerichte im Reichstage sich erfreuen. Als letzter Redner für das „Fundamentalrecht der Arbeitgeber“, die Arbeitsnachweise in alleinige Regie zu nehmen, trat Herr Dr. Wendlandt, Generalsekretär des Bundes der Industriellen, auf.

Derselbe gab seine Ansicht im Namen des Vorstandes des Bundes der Industriellen dahin ab, daß der Zweck des Zusammentrittes des Kongresses mit der Frage der Gleichberechtigung der Arbeiter nichts zu thun habe. Denn es handele sich hier nur um ein Kampfmittel gegen die Arbeiter, die die Rechte der Arbeitgeber verkürzen wollen. — Wenn wir die Frage stellen

wollten: „Soll man die Arbeitnehmer mit hineinnehmen in die Arbeitsnachweise?“ so würde man den Gesichtspunkt der Versammlung ganz verschieben. — Er glaube deshalb ganz im Sinne seines Vorstandes zu sprechen, daß, wenn eine prinzipielle Resolution gefaßt werden würde, diese die Unterstützung des Bundes der Industriellen, wie die heutigen Bestrebungen überhaupt, zu erwarten hätte.

„Der Arbeitsnachweis ist ein Glied in der Organisation der Arbeitgeber; wir haben versucht, einen Gipfel vorzuzeichnen, indem wir den Streiks die Spitze abzubrechen suchten durch eine Versicherung gegen Streiks. Dies sind alles theoretische Sachen; diese aus der Praxis entstandene Organisation des Arbeitsnachweises ist gewissermaßen das weite Fundament für eine weitgreifende Organisation der deutschen Arbeitgeber überhaupt. — Im Bunde der Industriellen ist bei der Gründung von Bezirksvereinen stets darauf Rücksicht genommen worden, daß an Ort und Stelle gleich eine Vereinigung der Arbeitgeber gegen Streiks geschaffen wurde, und deshalb glaube ich, daß, soweit unsere Organisation vorgeschritten ist, wir dieselbe zur Verfügung stellen können zur Weiterführung der Organisation von Arbeitsnachweisstellen.

„Zum Beweise, daß wir in diesem Sinne zu arbeiten bereit sind, will ich nur noch erwähnen, daß auf der Tagesordnung unserer nächsten General-Versammlung am 10. Oktober die Organisation von Arbeitsnachweisstellen, und zwar der ausschließlich von seiten der Arbeitgeber zu errichtenden, stehen wird.“

Die Ausführungen des Herrn Generalsekretär Dr. Wendlandt enthalten zur Sache selbst nichts Neues, sie interessieren nur darum, weil sie angeblich im Namen des Bundes der Industriellen gemacht worden sind!

Der Bund der Industriellen ist vor ca. 4 Jahren zu dem Zwecke begründet worden, die Interessen der kleinen und mittleren Industriellen im Gegensatz zum Zentral-Verbande deutscher Industriellen wahrzunehmen. Die Interessen der Großindustrie, wie sie durch den letztgenannten Verband erfolgreich durch Herrn Generalsekretär Bueck seit einem Vierteljahrhundert vertreten werden, sind nicht identisch mit den Interessen der kleineren und mittleren Industriellen, wem schon sie in Bezug auf die Arbeiterfrage vielfache Berücksichtigungspunkte haben. Um deshalb wäre es mit Freuden zu begrüßen, daß der Bund der Industriellen sich

die Aufgabe stellte, die kleinen und mittleren Industriellen zu einer Vereinigung zusammen zu schließen. Daß eine solche Vereinigung von Hunderttausenden von Betrieben an Ansehen und Macht dem Zentralverbande deutscher Industriellen sehr bald überlegen sein würde, war klar, und daß die Ziele und Zwecke dieser beiden Vereinigungen ständig kollidierten, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die ersten Jahre der Tätigkeit des Bundes der Industriellen war daher auch ein ständiger Kampf mit dem Zentral-Verband deutscher Industrieller. Dieser Kampf erreichte seinen Höhepunkt, als der Bund der Industriellen die „Industria“, Versicherungsgesellschaft gegen Verluste aus unberechtigten Streiks begründet. Diese Versicherungsgesellschaft, die weit über Deutschlands Grenzen Ansehen erregte und Zustimmung fand, basierte auf dem Grundsatze, daß bei einem Ausstande die versicherten Arbeitgeber innerhalb kurzer Frist das zunächst liegende Einigungsamt des Gewerbegerichts oder, wo ein solches nicht vorhanden war, ein auf ähnlicher Grundlage ad hoc einzusetzendes Schiedsgericht anzurufen hätten, daß den Ausstand zu schlichten hätte. — Weigerten die ausständigen Arbeiter sich, vor dem Schiedsgericht zu erscheinen, dann trat die Versicherung in Kraft und der entstandene Schaden mußte bezahlt werden, ebenso als wenn durch die Schuld der Arbeiter der Ausstand hervorgerufen wurde. — Ergaben dagegen die Verhandlungen vor dem Schiedsgerichte, daß der Ausstand durch Verschulden der Arbeitgeber, z. B. durch Maßregelungen der Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Fachvereinen u. hervorgerufen war, dann hatten die versicherten, vom Ausstande betroffenen Arbeitgeber keinen Anspruch auf Schadenersatz.

Die Begründung dieser Versicherungsanstalt war den Arbeitgeber-Verbänden, namentlich denen der Großindustriellen, die einen eigenen Arbeitsnachweis besaßen, sowie dem Central-Verband deutscher Industriellen ein Dorn im Auge, weil sie — und nicht mit Unrecht — befürchteten, daß dadurch ihre Kampf-Organisationen untergraben und die den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern fördernden Tendenzen der Versicherungsgesellschaft die Oberhand gewinnen würden. Namentlich befürchteten sie, daß die mittleren und kleineren Industriellen der Versicherungsgesellschaft beitreten und dadurch von der sie bedrückenden Abhängigkeit der großindustriellen Schutz-Verbände, mit der obligaten Zugabe der hohen Konventionalstrafen-Haftungen, befreit werden würden.

Die Arbeitgeber-Verbände der Großindustrie in Hamburg-

Altona, Berlin 2c. und der Zentral-Verband deutscher Industrieller begannen daher einen Kampf gegen den Bund der Industriellen und der von ihr ins Leben gerufenen Versicherungsgesellschaft „Industria“. — Da bei jedem neuen Unternehmen, das für seine Rentabilität einen ziffernmäßigen Nachweis nicht zu erbringen vermag, der Angriffspunkte sehr viele vorhanden sind, gelang es den Bestrebungen der vereinigten Großindustriellen, dieses Friedenswerk in seinem Entstehen zu unterdrücken; ob für die Dauer, das wird die Zukunft lehren, wir möchten dies bezweifeln.

Wenn nach diesen Vorgängen der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, namens seines Vorstandes die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß er beauftragt sei, der Konferenz nicht nur beizuwohnen, sondern auch seine Mithilfe für die Zwecke und Ziele derselben auszusprechen, wenn er schließlich auch für die vorgeschlagene Resolution stimmte, dann ist entweder der Schluß gerechtfertigt, daß der Bund der Industriellen zu der Überzeugung gelangt ist, daß er gegen den mächtigen Zentral-Verband deutscher Industrieller nicht aufzukommen vermöge, und es deshalb vorzieht, unter den schützenden Fittigen desselben ein Scheindasein, unter Verzicht auf die hohen Pläne, die ihm vorgeschwebt haben, zu führen, oder aber der Herr Generalsekretär Dr. Wendlandt ist auf eigene Faust nach Leipzig gegangen und hat daselbst unter der Angabe, er spreche im Auftrage des Bundes der Industriellen, seine Privatanichten zum besten gegeben.

Nach den Vorgängen in der Generalversammlung des Bundes der Industriellen am 10. Oktober 1898 hat es den Anschein, als ob Herr Dr. Wendlandt in Wirklichkeit nur seine Privatanicht geäußert habe, denn der Vorsitzende, Herr Kommerzienrat Wirth, erklärte wörtlich:

„Ich möchte nur konstatieren, daß in der Leipziger Versammlung vom 5. September der Bund als solcher nicht vertreten war und als solcher auch eine Erklärung nicht abgeben konnte. Es handelte sich nur um eine persönliche Stellungnahme der den Bund repräsentierenden Mitglieder.“

Herr Dr. Wendlandt ist nicht Mitglied des Bundes der Industriellen, sondern bezahlter Beamter desselben, somit trifft der zweite Teil der Erklärung um so weniger zu, als tatsächlich von den in Leipzig anwesenden Mitgliedern des Bundes kein einziger das Wort ergriffen hat.

Da indessen trotz der erschöpfenden Referate des Herrn

Dr. Martens-Hamburg und Dr. Ruhnert-Leipzig die Generalversammlung des Bundes der Industriellen es ablehnte, den Leipziger Konferenz-Beschlüssen beizutreten, sondern nur beschloß:

„Die Generalversammlung erkennt die Notwendigkeit der Er-
richtung von Arbeitsnachweisen an und beauftragt den Vorstand
„mit der Ernennung eines Ausschusses für die weitere Förderung
„der Angelegenheit“,

so wird der Vorstand bis zur nächsten Generalversammlung Zeit
und Muße haben, darüber Erwägungen anzustellen, ob er als Ver-
treter der kleinen und mittleren Industriellen berechtigt ist, der-
artigen terroristischen Maßregeln sich anzuschließen, die nicht allein
die sozialdemokratischen, sondern die gesamte Arbeitnehmerschaft
treffen würde. Hierdurch würde lediglich der Klassenkampf ver-
schärft werden.

Wenn eine Versammlung, wie die vom 5. September 1898 in
Leipzig derartige Beschlüsse faßt, dann kann darob niemand sich
wundern, denn von den anwesenden 78 Vertretern der Industrie
stellten das größte Kontingent der Zentralverband deutscher In-
dustrieller, der Verband deutscher Metallindustrieller, der allein
durch 15 Mitglieder resp. Delegierte vertreten war, ungerechnet
der zahlreichen Generalsekretäre und Leiter deren Arbeitsnachweise,
ferner eine Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber-Verbände, einigen
Vertretern von Innungen des Baugewerbes, der Klempner, Maler
und Bäcker.

Die Großindustrie als solche war sehr wenig vertreten, Leipzig
glänzte durch Abwesenheit, Berlin hatte nur Herrn Paul Hertmann
in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gesamtverbandes deutscher
Metallindustrieller und Herrn Generalsekretär Bueck, den Spiritus
regens der ganzen Veranstaltung, entsandt.

Und den Herrn Dr Wendlandt als angeblichen Vertreter des
Bundes der Industriellen, kann man doch nach den Erklärungen
des Herrn Bundes-Vorsitzenden als legitimiert nicht betrachten.

Es wird niemandem einfallen, diesem kleinen Häuflein von Ge-
sinnungsgenossen die Berechtigung zuerkennen zu wollen, daß es
namens der Großindustrie oder der mittleren und kleineren In-
dustriellen Beschlüsse zu fassen, oder durch Resolutionen die deutschen
Bundes-Regierungen beeinflussen könne.

Die wenigen unabhängigen Teilnehmer an diesem Kongresse,
wie z. B. Herr Ingenieur H. Kranz, Betriebsingenieur der Ma-
schinen-Fabrik in Augsburg, der vom Standpunkte des erfahrenen

Praktikers sprach, konnten natürlich gegen die geschlossene Phalanx der Arbeitgeber-Verbändler nicht ankämpfen, so daß ihre Ermahnungen zum Frieden fruchtlos verhallten.

Die Tagung dieses Kongresses hat natürlich die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gezogen und ist auch in der Presse vielfach besprochen worden.

Es sei uns gestattet, einen kurzen Auszug aus dem Leipziger Tageblatt hier wiederzugeben. Dasselbe schreibt unterm 10. September 1898:

„Wir haben die Resolution mitgeteilt, welche die Teilnehmer der Arbeitsnachweis-Konferenz in Leipzig faßten und die dahin ging, daß der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern allein zu organisieren und zu handhaben ist. In der Debatte trat allein der Vertreter des Arbeitsnachweises der Schuhmacher Berlins für eine beschränkte Beteiligung der Arbeitnehmer ein; er fand jedoch keine Unterstützung in der Versammlung. Man erklärte allgemein, die Erfahrung hätte gelehrt, daß ein erspriechliches Zusammenarbeiten mit den durch sozialdemokratische Agitationen verhetzten Arbeitnehmern nicht zu ermöglichen sei.“ Die an der Konferenz beteiligten großen industriellen Verbände, der Bund der Industriellen, der Zentralverband deutscher Industrieller und der Gesamtverband deutscher Metall-Industrieller erklärten sich für die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, die allein in der Hand von Arbeitgebern wären. Mit diesem Beschlusse hat also der Kampf der Macht gegen die Macht begonnen. Den Terrorismus, den sozialdemokratische Arbeitnehmer auf die Arbeitgeber auszuüben versuchten, beantworten die Arbeitgeber jetzt „ihrerseits mit einer terroristischen Maßregel, die nicht allein die sozialdemokratische, sondern die gesamte Arbeiterschaft trifft. Der soziale Friedensschluß ist damit auf unabsehbare Zeit verschoben, der Klassenkampf verschärft.“

„Wenn der sozialdemokratischen Verhetzung energisch entgegengetreten wird, so ist das nur zu billigen. Ob man aber mit dem sozialautokratischen Standpunkt, der in der Leipziger Arbeitsnachweis-Konferenz zu Tage getreten ist, gute Früchte zeitigen wird, ist zu bezweifeln. Der Stand der Arbeitnehmer ist doch nun einmal eine wirtschaftliche Macht geworden, man kann sie nicht durch einen Konferenz-Beschluß aus der Welt schaffen. Hoffentlich kommt der oben angeführte Beschluß nicht zur Ausführung. —

„Eine einsichtige Sozialpolitik verlangt es und die Zeitströmung weist gebieterisch darauf hin, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf den Gebieten, die beide in gleicher Weise angehen, auch in gleicher Weise teilnehmen müssen; obligatorische Einigungsämter und gemischte Arbeitsnachweise zu schaffen, liegt im dringendsten Interesse der Gesamtheit, die nicht wie Draufgänger links und rechts denken darf: „Après nous le déluge.“

„Nur eine liberale Sozialpolitik, deren Wahlspruch das „Suum cuique“ ist, kann uns gesündere Zustände schaffen.“

In ähnlichem abfälligen Sinne äußerte sich auch die „Kreuzzeitung“ über die Verhandlungen und Beschlüsse des Leipziger Arbeitsnachweis-Kongresses.

Da man keiner dieser beiden Zeitungen den Vorwurf der Eingenommenheit für die Arbeiter-Interessen machen kann, erübrigt es sich, noch Preßstimmen zu citieren, die auf einem liberalen Standpunkt stehen.

Vergeblich suchten wir in dem Bericht über die Leipziger Arbeitsnachweis-Konferenz auch den geringsten Anhalt über den ziffermäßigen Nachweis der erfolgreichen Thätigkeit, der von den Arbeitgeber-Verbänden geleiteten Arbeitsnachweise. Wir geben nachstehend:

- I. Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen des Herrn Georg Evert, Regierungsrat und Mitglied des königlichen Statistischen Bureau's über die im Jahre 1894 bestandenen Arbeitsnachweise und deren Geschäftsumfang.
- II. Übersicht über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der allgemeinen Arbeitsnachweise pro 1896 von Dr. jur. Richard Freund.
- III. Geschäftsberichte des Zentral-Vereins für Arbeitsnachweis zu Berlin für 1896, 1897, 1898.
- IV. Übersicht der Thätigkeit von unparteiischen und kommunalen Arbeitsnachweisen, zusammengestellt nach dem von Dr. Jastrow, Charlottenburg-Berlin herausgegebenen „Arbeitsmarkt“ pro 1898.
- V. „Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland“, von Dr. J. Jastrow, Charlottenburg-Berlin.

I.

Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen.

Die Ergebnisse der durch den Erlaß vom 7. März 1895 angeordneten statistischen Erhebung sind:

1. Innungen.

Arbeitsnachweisanstalten der Innungen sind 734 zur Anmeldung gelangt. Bei weitem der größte Teil derselben ist im vorigen Jahrzehnte errichtet worden, wohl in Verfolg des Innungsgesetzes vom 18. Juli 1881, welches die Fürsorge für den Arbeitsnachweis wieder unter die notwendigen Aufgaben der Innung aufnahm. Bis in die Zeit vor 1850 reichen nur 121 Anstalten zurück, während 92 seit dem Jahre 1890 einschließlich entstanden sind. Da die Gesamtzahl der preussischen Innungen etwa 8000 beträgt, so könnte die Zahl der von ihnen begründeten Arbeitsnachweisstellen auf den ersten Blick sehr gering erscheinen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß nicht selten eine solche Stelle einer Mehrzahl von Innungen, in kleineren und mittleren Städten mitunter sämtlichen dajelbst vorhandenen Innungen dient. Die Gesamtzahl der vermittelten Stellen betrug im Laufe des Jahres 47093.

Die Angaben über den Umfang der Stellenvermittlung waren wie überhaupt, so auch bei den Innungen nicht vollständig. Nur in 558 Fällen reichten sie zur Vergleichung mit anderen aus. Was dabei die Stellengesuche betrifft, so blieb deren Zahl gewöhnlich unter 100, stieg jedoch bei 230 Anstalten über 100 und bei 17 sogar über 1000. Es waren dies:

	Mit		
	Stellen- gesuchen	an- gebotenen Stellen	befetzten Stellen.
Im Stadtkreise Berlin.			
a) der Arbeitsnachweis der Schlächterinnung	11600	3500	3500
b) das Zentral-Nachweisbureau der deutschen Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung . . .	5660	5390	5383

	Mit		
	Stellen- geſucht	an- gebotenen Stellen	beſetzten Stellen
c) der Arbeitsnachweis der Buch- drucker, Buchbinder und Schrift- ſetzer-Innungen, auch für Stell- macher, Drechſler, Tiſchler, Kürſchner, Weber und Kondi- toren	4612	2306	1153
d) der Arbeitsnachweis der Bäcker- Innung „Germania“	3068	2912	2912
e) der Arbeitsnachweis der Bäcker- Innung „Concordia“	2585	1645	1645
f) die Berliner Tiſchlerinnung und freie Vereinigung der Holz- induſtriellen Berlins	2000-3000	400	400
g) der Arbeitsnachweis d. Schmiede- Innung	2088	1405	1405
h) die Innung der Tapezierer- meiſter	1564	1459	1459
i) die Tiſchlerinnung zu Berlin . .	ca. 1500	ca. 420	391
Im Regierungsbezirk Potsdam.			
a) die Innungen in Spandau (Her- berge von Jakob Hahnſraths) . .	ca. 3000	ca. 500	ca. 300
b) der Arbeitsnachweis für ver- ſchiedene Innungen (Herberge zur Heimat) der Stadt Dahme . .	1937	100	80
c) die Schuhmacher- und Tiſchler- Innung in Spandau.	1200	400	360
d) die vereinigten Innungen zu Charlottenburg	1000 u. darüber	500	500
Im Regierungsbezirk Breslau.			
a) Die II. Bäckerinnung zu Breslau .	1800	2000	1500-1800
b) das Arbeitsnachweis-Bureau der Bäcker-Innung zu Breslau . .	üb. 1000	1223	1223

	Mit		
	Stellen- gesucht	an- gebotenen Stellen	befetzten Stellen
Im Regierungsbezirk Magdeburg.			
a) Die kombinierte Schlosserinnung zu Magdeburg	1095	175	162
b) das Sprechmeister = Amt der Fleischer-Zunft zu Magdeburg	1050	350	350

2. Gewerbe- oder Fabrikanten-Vereine.

Von diesen wurden 30 Arbeitsnachweisanstalten nachgewiesen, die zumeist erst dem laufenden Jahrzehnte ihre Entstehung verdanken. Vier von ihnen, nämlich:

- a) der deutsche Buchdruckerverein zu Hannover,
- b) der Bezirks-Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands zu Hannover,
- c) die Freie Vereinigung selbständiger Barbieri, Friseure u. s. w. zu Dortmund und
- d) die Stellenvermittlung für Friseure und Berückenmacher zu Frankfurt a. M.,

erstreckten ihren Bereich auf mehr, als eine Provinz, den ganzen Staat oder das Reich, die übrigen nur auf eine Gemeinde oder einen Kreis. Die Hälfte der Anstalten erhob Gebühren bei Anmeldung, Nachweis oder Antritt der Stelle, zwei von ihnen zugleich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die von den Stellenjuchern insgesamt erhobenen Gebühren waren in einigen Fällen nicht unbedeutend; die von den Stellengebern erhobenen erreichten niemals den Betrag von 1 Mark. Eine Arbeitsstätte war mit drei Anstalten verbunden. Neun gewährten Reisegeld oder Arbeitslosen-Unterstützung. Beherbergung oder Beköstigung wurden nur von je drei, Warteräume von neun Anstalten gewährt. Zu einem Verbände gleichartiger Einrichtungen gehörten sodann elf Anstalten und neun unterhielten eine ständige Verbindung mit anderen Arbeitsnachweisanstalten.

Über den Umfang der Stellenvermittlung waren nur bei achtzehn der erwähnten Stellen verwertbare Angaben gemacht. Danach wurden gegenüber 17400 von Arbeitgebern angebotenen

Stellen 16910 vermittelte gezählt; die Zahl der Stellengefuche war doppelt so groß. Mehr als 1000 solcher Gefuche waren bei fünf Anstalten verzeichnet, nämlich:

	Mit		
	Stellen- gefuchen	an- gebotenen Stellen	ver- mittelten Stellen.
a) bei der Kellnerkontrolle des Vereins der Berliner Gastwirte zu Berlin, Neue Jakobstr. 13 . . .	ca.15000	8844	8844
b) bei der Arbeitsnachweisstelle des Verbandes der Metallindustriellen zu Halle a. S.	8070	2322	2322
c) bei dem Arbeiter-Annahme-Bureau der Gußstahl-Fabrik des Bochumer Vereins zu Bochum	4500-5000	1132	1132
d) bei der Kellnerkontrolle, Nachweis für Kellner zu Berlin Luckauerstr. 6	über 3000	über 3000	über 3000
e) bei der „Gastwirtschaft zum Gerberhof“ zu Homburg a. d. H.	ca. 2000	250	140

3. Landwirtschaftliche Vereine,

welche sich mit der Stellenvermittlung befassen, weist unsere Statistik 16 nach. Die meisten sind erst in den letzten Jahren entstanden; sieben von ihnen beschränken die Vermittlung auf landwirtschaftliche Betriebsbeamte. Von 2612 durch die Arbeitgeber angebotenen Stellen konnten nur 1619 besetzt werden; es blieb also eine verhältnismäßig erhebliche Anzahl angebotener Stellen unbesetzt, trotzdem die Gesamtzahl der Stellengefuche auch hier weit größer war als diejenige der Angebote. Bei weitem der größte Teil der von landwirtschaftlichen Vereinen ausgeübten Arbeitsvermittlung entfiel auf die Provinz Sachsen, und zwar tritt allein der Provinzialverband ländlicher Arbeitgeber in Halle a. S. mit 2599 Gefuchen, 1499 angebotenen und 872 besetzten Stellen auf. Von mehreren Provinzen wird eine Thätigkeit landwirtschaftlicher Vereine auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung überhaupt nicht gemeldet.



4. Arbeitervereine (Fach- oder Gewerksvereine).

Zu diesen ist das Material gerade hier besonders dürftig und läßt die tatsächliche Wirksamkeit der Arbeitervereine auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung bei weitem nicht vollständig erkennen. Nur von 297 Fachvereinen unter ca. 3500 bestehenden sind überhaupt Angaben gemacht und nur von 230 solche über den Umfang der Stellenvermittlung. Bei der Unvollständigkeit dieser Angaben wird das statistische Material gerade hier nicht den Anspruch erheben dürfen, die bezeichneten Verhältnisse des Arbeitsnachweises mit einiger Zuverlässigkeit zur Erscheinung zu bringen. — Diejenigen in der Statistik berücksichtigten Vereine, welche mehr als 1000 Stellengefuche nachweisen, sind folgende:

	Mit		
	Stellen- gefun- den	an- gebotenen Stellen	befetzten Stellen
Im Stadtkreise Berlin:			
a) der Hirsch-Dunckersche Verein der Tischler zu Berlin, Spandauerstraße 38	8000	500	200
b) der Zentral-Arbeitsnachweis der Maler, Lackierer und Anstreicher Berlins und Umgegend zu Berlin	6119	2264	2189
c) der deutsche Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin und Umgegend) zu Berlin	5048	1755	1320
d) der Berliner Kellnerverein	3418	2907	2853
e) der Verband aller in der Metall-industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend	3250	1430	1100
f) der Verein der Kellner vom Ostend-Bezirk	ca. 2000	ca. 100	ca. 80
außerdem ca. 1500 Aushilfsstellen			
g) der Verein der Berliner Buch-drucker und Schriftgießer	1300-1400	1000	500
h) der Verein der Tafeldecker zu Berlin	ca. 1300	ca. 6	ca. 6
außerdem ca. 348 Aushilfsstellen			

	Mit		
	Stellen- gesucht	an- gebotenen Stellen	besetzten Stellen
i) der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend	1283	192	171
k) der Gauverein der Berliner Bildhauer	1205	523	420
l) der Allgemeine Deutsche Tapeziererverein	1200	390	390
m) die Barbierherberge	1080	1125	1080
Im Regierungsbezirk Schleswig:			
a) der Verein der Gastwirtsgehilfen von Altona und Umgegend zu Altona	1200	908	908
Im Regierungsbezirk Hildesheim:			
a) die Herberge für Handwerks- gesellen zu Peine	1300	150	150
Im Regierungsbezirk Wiesbaden:			
a) der Frankfurter Kellnerverein .	1200	400	400

5. Gemischte Vereine

(aus Stelltegebern und Stellenjuchern gleicher oder verwandter Verufe bestehender Vereine).

Diese Art der Arbeitsvermittlung ist vorzugsweise im Kaufmannsstande üblich; von 60 Vereinen der bezeichneten Art sind 46 in erster Linie zur Vermittlung von Stellen für Handlungsgehilfen und Lehrlinge bestimmt. Der Stellenvermittlung für Kellner dienen folgende 2 Vereine:

- a) der Verband deutscher Gasthofsgehilfen Sektion Berlin,
- b) der Verein Berliner Restaurateure zu Berlin, Mittenwalderstraße Nr. 10.

Der Vermittlung für gelernte gewerbliche Arbeiter nahmen sich an:

- a) der Barbiergehilfen-Nachweis zu Breslau,
- b) der vereinigte Arbeitsnachweis der Tischler Breslaus,
- c) der Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher, Filiale Köln.
- d) der Stellennachweis der freien Bäcker-Vereinigung „Colonialia“ zu Köln.

Etwa die Hälfte der Vereine verlangte Gebühren und zwar waren dieselben, soweit sie von den Stellungsuchern erhoben wurden, oft verhältnismäßig hoch. Bei einer größeren Anzahl kaufmännischer Vereine bewegen sie sich zwischen 5 und 20 Mark, die bei Antritt der Stelle zu entrichten sind, wozu dann oft noch ein Einschreibegeld kommt. Mitunter richtet sich die Gebühr nach der Höhe des Stelleneinkommens und beträgt dann 1 bis 2 von Hundert.

Ungefähr die Hälfte der Anstalten war mit Gewährung von Reisegeld oder Unterstützung an Arbeitslose verbunden; Beherbergung, Beköstigung oder Warteräume waren nur bei einer Minderzahl vorhanden. Zu einem Verbande gleichartiger Anstalten gehörten 28 und 18 unterhielten eine ständige Verbindung mit anderen. Von 43 Anstalten lagen verwertbare Angaben über den Umfang der Stellenvermittlung vor. Mehr als 1000 Stellengesuche verzeichneten:

	Mit		
	Stellen- gesuchen	an- gebotenen Stellen	ver- mittelten Stellen.
a) der Verband der Berliner Metall-Industriellen zu Berlin . .	19283	10917	10917
b) der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Geschäftsstelle Frankfurt a. M.	10574	7135	2148
c) der Verein für Handelskommiss von 1858 in Hamburg, Geschäftsstelle	2336	ca. 5000	4034
d) der Verein für Handelskommiss von 1858 in Hamburg, Geschäftsstelle Koblenz	ca. 4000	ca. 1500	ca. 1200
e) der kaufmännische Hilfsverein zu Berlin	3488	1197	672

Weigert, Arbeitsnachweise.

	Mit		
	Stellen- gesuchen	an- gebotenen Stellen	ver- mittelten Stellen
f) der kaufmännische und gewerb- liche Hilfsverein für weibliche Angestellte in Berlin	2422	1408	911
g) der vereinigte Arbeitsnachweis der Tischler Breslau	1260	685	605
h) der Verband deutscher Gasthofs- gehülfen, Sektion Berlin . . .	1200	640	375
i) der kaufmännische Verein Mag- deburg zu Magdeburg	1187	530	353

Die Stellengesuche übertrafen auch hier die Anzahl der an-
gebotenen Stellen meist recht beträchtlich; gleichwohl konnte ein
erheblicher Teil der angebotenen Stellen durch die Anstalt nicht
besetzt werden. Es standen nämlich 58584 Gesuchen 33 153 An-
gebote und 23 129 vermittelte Stellen gegenüber.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei übrigens hier be-
merkt, daß keineswegs allein bei den „gemischten Vereinen“ eine Be-
teiligung der Arbeiter bei dem Arbeitsnachweise stattfindet, sondern
auch bei zahlreichen Arbeitgebervereinen.

6. Gemeinnützige und wohlthätige Vereine.

Die Thätigkeit solcher Vereine auf dem Gebiete des Arbeits-
nachweises gehört überwiegend der neuesten Zeit an. Von ihren
143 Arbeitsnachweisanstalten waren nämlich 77 in der Zeit von
1880 bis 1889 und 33 im Jahre 1890 oder noch später errichtet.
Auch diese Anstalten entfalteten in der Mehrheit eine nur örtliche
Thätigkeit; die meisten von ihnen waren nicht hauptsächlich für gelernte
gewerbliche Arbeiten bestimmt, wie die Arbeitsnachweisanstalten der
Fachverbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern widmeten
sich dem Arbeitsnachweise für die verschiedenen Klassen der Ar-
beiter. Nur etwa ein Viertel der Anstalten erhob Gebühren und
zwar von den Arbeitern am häufigsten bei der Einschreibung, von

den Arbeitgebern bei der Besetzung der Stellen; sieben Anstalten erhoben sie von beiden Teilen. Auch waren die Gebühren fast durchweg gering; von den Stellenjuchern wurde nur in fünf Fällen eine Gebühr von mehr als drei Mark und von den Arbeitgebern nur einmal eine solche erhoben. Eine verhältnismäßig große Anzahl der Anstalten, fast ein Drittel, war mit einer Arbeitsstätte verbunden; noch häufiger kam die Gewährung von Reisegeld oder Unterstützung an Arbeitslose vor. Die Gewährung von Beherbergung, Beköstigung und Warteräumen war bei der großen Mehrheit der Anstalten vorgesehen. Eine ständige Verbindung mit anderen Arbeitsnachweisanstalten unterhielten nur wenige; häufiger war die Zugehörigkeit zu einem Verbands gleichartiger Einrichtungen. Nachrichten über den Umfang der Stellenvermittlung lagen nur für 101 Vereine vor, sie zeigen gleichfalls ein großes und allgemeines Übergewicht der Stellengesuche, deren Zahl im ganzen 134081 gegenüber 49574 angebotenen und 35272 vermittelten Stellen beträgt.

7. Gewerbmäßige Gesindevermieter und Stellenvermittler.

Im ganzen Staate waren 5216 solche Vermittler gezählt, in den östlichen Landesteilen im Verhältnis zur Bevölkerung meist viel mehr als in den westlichen.

Soweit diese Vermittler überhaupt eine bestimmte Klasse von Stellen zum hauptsächlichsten Gegenstande der Vermittlung machten, war es diejenige für Gesinde, namentlich für weibliches Gesinde einschließlich der Ammen. Allein 1646 Vermittler und Vermittlerinnen entfielen auf diesen Zweig. Für landwirtschaftliche Arbeiter waren 74 Vermittler in erster Linie thätig, davon allein 25 im Bezirke Marienwerder, 17 in Posen und 12 in Frankfurt, während in den westlichen Bezirken solche Vermittler fast gar nicht vorkamen. Verhältnismäßig häufig war dann die gewerbmäßige Stellenvermittlung noch im Gastwirtsgewerbe, namentlich in Berlin, wo 9 Vermittler dafür gezählt wurden. Vermittler für Schauspieler, Artisten u. dergl. wurden nur 30 nachgewiesen, davon allein 18 in Berlin, die übrigen in den Städten Breslau, Magdeburg, Frankfurt a. M., Düsseldorf und Trier. Offenbar sind nur hier die größeren Agenturen und auch diese kaum vollständig berücksichtigt. Bei weitem die meisten Vermittler beschränken ihre Thätig-

keit nicht vorzugsweise auf ein bestimmtes Gebiet, sondern vermitteln für verschiedene Klassen von Arbeitern.

Über den Umfang der Vermittlung lagen von den meisten Vermittlern, im ganzen 5085 brauchbare und untereinander vergleichbare Nachrichten vor. Dieselben ergaben ein wesentlich anderes Bild als diejenigen der nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsvermittlung. Es wurden insgesamt gezählt:

	Stellen- gesuche	Stellen- angebote	vermittelte Stellen
bei der gewerbsmäßigen Vermittlung	535020	481358	381206
bei der nicht gewerbsmäßigen Vermittlung	682961	282832	206515

Die Zahl der Stellengesuche war also bei der gewerbsmäßigen Vermittlung weit kleiner, die der Stellenangebote und vermittelten Stellen aber weit größer als bei der nicht gewerbsmäßigen. Bei dieser betrug die Zahl der vermittelten Stellen noch nicht ein Drittel, bei jener mehr als zwei Drittel der Gesuche. Während ferner nur bei 158 nicht gewerbsmäßigen Anstalten mehr Stellenangebote als Gesuche vorlagen und bei 977 das umgekehrte Verhältnis obwaltete, ging bei der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung in annähernd der Hälfte aller Fälle, in denen Angebot und Nachfrage sich nicht gleich waren, ersteres über die letztere hinaus, indem bei 1422 Vermittlern die Stellengesuche, bei 1203 aber die Angebote überwogen. Die Gesamtzahl der Gesuche geht zwar auch bei der gewerbsmäßigen Vermittlung noch über die der Angebote hinaus; in den Bezirken Gumbinnen, Köslin, Stralsund, Bromberg, Breslau, Oppeln, Schleswig, Hildesheim, Lüneburg, Aurich, Wiesbaden und Koblenz traf indes das Gegenteil zu. Der weitaus größte Teil des auf 53 662 bezifferten Überschusses der Gesuche über die Angebote, nämlich 42 547, kommt auf die Stadt Berlin, so daß im übrigen Staatsgebiete Gesuche und Angebote sich annähernd die Wege halten. Die Tabelle b stellt noch die Gesuche, Angebote und vermittelten Stellen bei den einzelnen Hauptträgern des Arbeitsnachweises in absoluten und Verhältniszahlen nebeneinander. Danach kommen nur 43,93 v. H. der Gesuche, dagegen 62,99 v. H. der Angebote und 64,86 v. H. der vermittelten Stellen auf die gewerbsmäßige Vermittlung.

Nachweisung der Stellengesuche, Stellenangebote und Stellenvermittlungen bei den einzelnen Hauptträgern des Arbeitsnachweises.

Bezeichnung des Trägers der Stellenvermittlung	Es wurden Stellen					
	gesucht		angeboten		vermittelt	
	überhaupt	in Hundert- teilen der Ge- samtyahl	überhaupt	in Hundert- teilen der Ge- samtyahl	überhaupt	in Hundert- teilen der Ge- samtyahl
1	2	3	4	5	6	7
bei den Vermittlungs- stellen überhaupt . .	1217981	100,00	764190	100,00	587721	100,00
darunter:						
bei den						
gewerbsmäßigen Ge- sindevermietern und Stellenvermittlern .	535620	43,93	481358	62,99	381206	64,86
Zimmern	121342	9,96	54614	7,15	47093	8,01
Gewerbe- oder Fabri- kanten-Vereinen . .	34873	2,86	17400	2,28	16910	2,88
landwirtschaftlichen Vereinen	3759	0,31	2612	0,34	1629	0,28
Arbeiter-Vereinen .	76046	6,24	32968	4,31	26760	4,55
gemischten Vereinen .	58584	4,81	33153	4,34	23129	3,94
kathol. Vereinen . .	24065	1,98	20820	2,72	11140	1,90
evangel. Vereinen .	155366	12,76	46870	6,13	30932	5,26
sonstig. religiösen Ver- einen	26767	2,20	9895	1,29	3563	0,61
gemeinnützigen oder wohlthätigen Vereinen	134081	11,01	49574	6,49	35272	6,00
Gemeinde- od. Polizei- behörden	10992	0,90	4095	0,54	3523	0,60
Kreis- od. Provinzial- verbänden	30865	2,53	8259	1,08	5180	0,88
Privat-Herbergen . .	6221	0,51	2572	0,34	1384	0,24

II.

Übersicht über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der allgemeinen Arbeitsnachweise pro 1896.

Von Dr. jur. Richard Freund.

(Siehe umstehend.)

Bezeichnung des Arbeits- nachweises	Geschäftsperiode	Geiuche der Arbeitgeber		Geiuche der Arbeitnehmer		Vermittelt	
		ins- gesamt	weiblich	ins- gesamt	weiblich	ins- gesamt	weiblich
a) Kommunale u. Arbeitsnachweise.							
Bamberg	1896	384	—	270	—	40	—
Breslau	1. 9. — 31. 12.	1677	619	2566	507	1226	368
Cannstadt . . .	1896	3296	1422	5864	1407	1712	648
Crefeld	1896	11	—	58	—	—	—
Deßau	1896	160	—	278	—	112	—
Duisburg	1896	15	—	47	—	9	—
Elberfeld	1896	717	—	1538	—	705	—
Erfurt	1896	13775	8097	16231	8672	12088	7606
Eßlingen	1896	1875	176	3433	76	617	31
Frankfurt a. M.	1. 5. 95—31. 3. 96	7947	—	14740	—	6492	—
Frankfurt a. O.	1. 7. — 31. 12.	1761	—	1418	—	563	—
Fürth	1896	5755	1174	4290	780	2605	470
Gebweiler	1896	21	—	20	—	—	—
Gera	1896	966	448	1940	446	553	248
Gmünd	1896	554	133	444	79	111	16
Göppingen	1896	702	19	4023	15	225	5
Hall	1896	464	—	600	—	121	—
Heidelberg . . .	15. 1. — 31. 12.	3968	—	7441	—	1851	625
Heidenheim . . .	1. 4. — 31. 12.	148	12	301	3	20	—
Heilbronn	1896	1598	174	3886	117	739	36
Hörde	15. 9. 96—31. 1. 97	1065	—	1090	—	532	—
Kaiserlautern . .	1896	2016	—	1537	—	598	—
Kreuznach	1896	1279	336	1142	118	241	43
Lahr	1896	1296	336	947	189	727	142
Landau	4. 9. — 31. 12.	102	—	—	—	56	—
Mühlhausen Th.	1896	29	6	22	3	16	—
München	1896	30057	13332	47008	14653	25586	9933
Neuß	1896	1296	132	—	—	938	102
Nordhausen . . .	1896	6	—	8	—	—	—
Nürnberg	1896	8695	877	8614	245	4960	142
Oberhausen . . .	1896	3	—	50	—	—	—
Offenbach a. M.	1. 11. — 31. 12.	117	—	322	—	49	—
Offenbach i. B.	1896	546	172	378	73	285	45
Osnabrück	1. 9. — 31. 12.	491	166	675	224	216	57
Quedlinburg . . .	1896	1115	—	1192	—	848	—
Ravensburg . . .	1896	2064	489	2741	391	502	101
Rixdorf	1896	1643	505	2348	480	1231	287
Siegen	1896	337	—	—	—	46	—
Solingen	1896	22	—	41	—	—	—
Sträßburg i. E.	1. 11. 95—1. 10. 96	3136	1673	4504	1857	1892	911

Bezeichnung des Arbeits- nachweises	Geschäftsperiode	Geiuche der Arbeitgeber		Geiuche der Arbeitnehmer		Vermittelt	
		ins- gesamt	weiblich	ins- gesamt	weiblich	ins- gesamt	weiblich
Stuttgart	1896	19834	5527	21766	3809	13111	2638
Trier	1896	1627	—	1743	—	—	—
Ulm	1896	4136	2084	6928	1998	2904	1750
Worms	1. 9. — 31. 12.	756	100	982	—	246	17
b) Vereins- arbeitsnachweise.							
Magdeburg . . .	1896	—	—	3436	—	1697	—
Baden	1896	320	—	—	—	302	—
Berlin	1896	—	—	27645	3013	20619	1662
Danzig	1896	—	—	1057	—	488	—
Darmstadt . . .	1896	2229	402	3504	428	1426	125
Dortmund . . .	1896	1162	438	1210	921	918	328
Dresden	1896	11802	—	—	—	11802	—
Düsseldorf . . .	1896	2559	—	2916	—	1532	—
Essen	1896	1885	—	3282	—	1353	—
Freiburg i. B. .	1896	8156	2366	8475	2121	6866	1888
Halle	1.10.95 — 1.10.96	3296	2191	3805	2322	1763	1101
Hamburg	1896	6854	—	—	—	25557	—
Hannover	1896	—	—	1662	—	1281	—
Karlsruhe	1896	6891	—	8909	—	9525	—
Köln	1896	13647	6024	15182	4516	11380	4002
Konstanz	1896	3294	1346	6173	1793	3946	1130
Leipzig	1896	795	272	415	135	350	112
Mannheim . . .	1896	13207	3684	26121	4806	14055	2913
Mühlhausen i. G.	1896	3334	—	5021	—	2898	—
Pforzheim . . .	1896	1719	286	1953	260	1532	220
Posen	1896	8690	5257	9723	3841	2871	1761
Schopfheim . . .	1896	374	—	397	—	200	—
Wiesbaden . . .	1896	4458	2178	6580	2426	2546	884

III.

Geschäftsberichte des Zentral-Vereins für Arbeitsnachweis zu Berlin für
1896, 1897, 1898.

	1896	1897	1898
Abteilung I.			
Arbeitsnachweis für männliche Personen.			
A. Allgemeiner Arbeitsnachweis.			
Angebotene Arbeitskräfte	14606	16455	19625
Verlangte Arbeitskräfte	11574	13033	14993
Befetzte Stellen	11318	12693	14533
B. Facharbeitsnachweis.			
I. Maler und Anstreicher.			
Angebotene Arbeitskräfte	6000	6857	7667
Befetzte Stellen	4630	5354	5476
II. Schlosser.			
Angebotene Arbeitskräfte	2181	1958	2266
Befetzte Stellen	1483	1569	1361
III. Klempner.			
Angebotene Arbeitskräfte	1514	1265	1372
Verlangte Arbeitskräfte	1334	1175	945
Befetzte Stellen	1300	1068	871
IV. Maurer und Zimmerer.			
Angebotene Arbeitskräfte	234	—	—
Verlangte Arbeitskräfte	193	—	—
Befetzte Stellen	155	—	—
V. Lackierer.			
Angebotene Arbeitskräfte	89	156	} ein- begriffen in I.
Verlangte Arbeitskräfte	143	166	
Befetzte Stellen	62	134	

	1896	1897	1898
VI. Handschuhmacher, Nadler u. Siebmacher, Lederzurichter und Gerber.			
Angebotene Arbeitskräfte	12	—	—
Verlangte Arbeitskräfte	27	—	—
Befetzte Stellen	9	—	—
C. Landwirtschaftlicher Arbeitsnachweis.			
Insgesamt	107 Stellen	104 Stellen	105 —
Abteilung II.			
Arbeitsnachweis für weibliche Personen.			
Angebotene Arbeitskräfte	3013	3036	3389
Verlangte Arbeitskräfte	1794	2008	2184
Befetzte Stellen	1662	1874	1900

IV.

Übersicht der Thätigkeit von unparteiischen und kommunalen Arbeitsnachweisen.

Zusammengestellt nach dem von Dr. Gastrow-Charlottenburg-Berlin
herausgegebenen „Arbeitsmarkt“ pro 1898.

(Siehe umstehend.)

Bezeichnung des Arbeitsnachweises	Offene Stellen			Arbeitsangehörige			Besetzte Stellen			Bemerkungen
	m.	w.	Ga.	m.	w.	Ga.	m.	w.	Ga.	
Nachen	5007	2358	7365	6749	2702	4951	3378	1042	4420	
Augsburg	2383	310	2693	3415	264	3679	1990	198	2188	
Bamberg	607	231	838	579	181	760	370	102	472	Vom 1. Oktober ab.
Berlin	23677	2140	25817	34692	3368	38078	22385	1868	24253	
Bielefeld	4855	—	4855	5311	—	5311	2623	—	2623	11 Monate
Breslau	5347	4064	9411	8346	3068	11414	4414	2970	7334	
Camstadt	2519	1571	4090	5476	1522	6998	1750	716	2466	
Charlottenburg	818	309	1127	1249	392	1641	612	138	750	Vom 1. Oktober ab
Darmstadt	3136	1263	4399	3925	859	4784	1871	328	2199	
Dortmund	2999	740	3739	1213	233	1446	625	78	703	
Düsseldorf	4426	—	4426	6573	—	6573	1638	—	1638	
Eberfeld	998	—	998	1331	—	1331	753	—	753	
Erfurt	5521	5851	11372	7531	6652	14183	4144	5339	9483	
Essen	2441	—	2441	4933	—	4933	2162	—	2162	
Esslingen	1414	143	1557	1549	65	1614	356	22	378	
Flensburg	1798	—	1798	2520	—	2520	1571	—	1571	Vom 1. März ab
Kaiserslautern	16657	2083	18740	21140	1576	22716	13368	1222	14590	
Karlsruhe a. M.	4249	2411	6660	4474	1353	5827	2434	849	3283	
Karlsruhe a. D.	6506	3844	10350	7602	4197	11799	5454	2943	8397	
Karlsruhe i. Br.	4173	1082	5255	3769	651	4420	2540	520	3060	
Karlsruhe	2373	235	608	429	203	632	113	128	241	Oktober, November fehlt
Karlsruhe	559	296	855	556	147	713	150	51	201	September fehlt
Karlsruhe	750	2	752	3096	1	3097	222	—	222	
Karlsruhe	892	1881	2863	1489	1511	3000	554	1057	1611	
Karlsruhe	4949	50	4999	3987	—	3987	3208	—	3208	
Karlsruhe	3124	1709	4833	4775	1123	5898	3230	655	3885	
Karlsruhe	1647	146	1793	3446	128	3574	1416	64	1480	
Karlsruhe	904	19	926	261	12	273	229	11	240	Juli, August fehlt
Karlsruhe	6292	223	6515	6218	40	6258	4445	21	4466	

	13420	2268	15688	13077	1942	15019	10945	1553	12498	Außerdem 15214 nicht ein- getragene m. Arbeits- gesuche
Karlsruhe . . .	4565	10	4575	8505	27	8532	3734	8	3732	
Kiel	11950	10111	22061	16478	5735	22213	10797	5574	16371	
Köln	4827	1864	6691	4934	1453	6387	4683	1429	6067	
Konstanz . . .	1619	390	2009	2080	247	2327	514	96	610	
Kreuznach . .	1763	362	2125	1532	220	1752	1232	138	1370	
Lahr	779	368	1147	725	253	978	553	170	723	
Lehr	1680	808	2488	2412	646	3058	694	290	984	
Ludwigsburg .	6548	834	7382	8965	664	9629	3282	150	3432	
Mainz	17050	4547	21597	16203	3970	20173	12298	2668	14966	
Mannheim . .	2228	688	2916	2877	613	3490	1284	313	1597	
Mer-Gladbach .	23393	15857	38991	36151	18843	54994	20439	11897	32336	
München . . .	2891	696	3587	1948	285	2233	1597	269	1866	
Münster i. Westf.	8146	280	8426	8263	215	8478	6588	176	6764	
Nürnberg . . .	1336	222	1558	906	127	1033	656	72	728	
Offenburg . .	3315	1572	4887	3094	1215	4309	1394	463	1857	
Oschatz	2408	728	3136	3183	571	3754	2471	501	2972	
Pforzheim . .	3194	3423	6617	6316	2923	9239	1171	1526	2697	
Rosen	1764	—	1764	1651	—	1651	1334	—	1334	
Quedlinburg .	695	122	817	814	67	881	192	27	219	
Reutlingen . .	1247	300	1547	1399	226	1625	1028	143	1171	
Rixdorf	290	334	624	327	179	506	143	106	249	
Schopfheim . .	311	—	311	390	—	390	82	—	82	
Schw. Hall . .	1616	2479	4095	2316	2667	4983	—	—	—	
Straßburg i. G.	18189	6275	24464	21122	4185	25307	14288	3315	17603	
Stuttgart . . .	865	13	878	969	3	972	566	17	583	
Trier	4096	3914	8010	7829	3818	11647	2008	1692	3700	
Ulm	2632	7430	10062	5084	7517	12601	2249	3275	5524	
Wiesbaden . .	2923	143	3066	4504	96	4600	1337	26	1363	
Worms	4462	2673	7135	3652	1650	5302	3253	1162	4415	
Würzburg . . .										

Juli fehlt

September fehlt

Dezember fehlt

Januar, März, Juli fehlt

September fehlt

„Bei Beurteilung der vorstehenden Zahlen ist zu beachten, daß
 „die Betriebsergebnisse der einzelnen Arbeitsnachweise keineswegs nach
 „gleichen Grundsätzen aufgestellt sind. Das ist ein großer Miß-
 „stand, dessen Abstellung ehestens erfolgen muß. Was zunächst die
 „Gesuche der Arbeitgeber anlangt, so wird unter dieser Rubrik teils
 „die Zahl der meldenden Arbeitgeber gegeben ohne Rücksicht auf
 „die Zahl der gemeldeten offenen Stellen, teils diese letztere Zahl.
 „Am richtigsten wäre es wohl, beide Zahlen zu geben. Die Zahl
 „der gemeldeten offenen Stellen ist für die Beurteilung der Lage
 „des Arbeitsmarktes unerlässlich, während die Zahl der meldenden
 „Arbeitgeber einen Schluß auf die Beteiligung der Arbeitgeberchaft
 „an der Arbeitsnachweis-Einrichtung gestattet. In der Rubrik „Ge-
 „suche der Arbeitnehmer“ wird nur in seltenen Fällen die wirkliche
 „Zahl der Arbeitsuchenden verzeichnet; in den meisten Fällen wird
 „die Zahl der Eintragungen in die Listen wiedergegeben so daß die-
 „selben Arbeiter vielfach mehrmals gezählt werden. Das giebt natür-
 „lich ein solches Bild über die Zahl der Arbeitslosen. Auch hier
 „müssen beide Zahlen gegeben werden, sowohl die Zahl derjenigen
 „Arbeiter, welche den Arbeitsnachweis in Anspruch genommen haben,
 „als die Zahl der Fälle, in denen diese Inanspruchnahme erfolgte.
 „Es wird dann am zweckmäßigsten sein, die Eintragungen der Ar-
 „beiter statt in Listen auf Zählkarten vorzunehmen und das Karten-
 „material am Schlusse des Jahres aufzuarbeiten. Man könnte auch
 „für jeden Arbeiter eine Individual-Karte anlegen und jeden sich
 „meldenden Arbeiter fragen, ob er schon einmal eingetragen ist, so
 „daß alsdann jede wiederholte Meldung auf dieser Karte vermerkt
 „werden könnte. Aber abgesehen davon, daß bei dem bekannten
 „Mißtrauen der Arbeiter gegenüber solchen Fragen oft eine falsche
 „Antwort gegeben werden wird, ist auch das Aufsuchen der Karte
 „bei starkem Andrang zu zeitraubend.

„Was die Zahl der vermittelten Stellen anlangt, so besteht die
 „Hauptschwierigkeit, über die vielfach von den Arbeitsnachweisen ge-
 „fragt wird, in der Feststellung, ob die Stelle besetzt ist oder nicht,
 „d. h. ob der vom Arbeitsnachweis zum Arbeitgeber gesandte Ar-
 „beiter auch thatsächlich angenommen worden ist oder nicht. So
 „lange man bei dieser Feststellung auf den guten Willen der Arbeit-
 „geber oder Arbeitnehmer angewiesen ist — indem der Arbeitgeber
 „die Annahme, der Arbeitnehmer die Nichtannahme dem Arbeits-
 „nachweis melden soll, — wird es schwer sein, ein richtiges Ergeb-
 „nis zu erzielen. Nur bei denjenigen Arbeitsnachweisen, welche für
 „die Einschreibung von den Arbeitnehmern Gebühren erheben, kann

„durch die Strafe der nochmaligen Gebührenzahlung ein Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt werden. Dies Verfahren hat der Berliner Vereins-Arbeitsnachweis seit Jahren mit bestem Erfolg angewandt. Auch in Posen hat sich ein anderes Verfahren (Vereinbarung mit der Stadtpost) bewährt. Im Übrigen wird jede Stelle, für welche ein vom Arbeitsnachweis gesandter Arbeiter angenommen worden ist, als „vermittelt“ gelten müssen, gleichviel ob der Arbeitgeber den betr. Arbeiter schon nach kurzer Zeit wieder entläßt und einen anderen Arbeiter verlangt.

„Insgesamt wurden von 44 kommunalen Arbeitsnachweisen 83783 Stellen und von 23 Vereins-Arbeitsnachweisen 121436 Stellen vermittelt. Die Gesamtvermittlungsziffer betrug demnach rund 205000.

V.
Aus Dr. J. Jastrow: „Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis in Deutschland“.
Tabelle 3. Freiburg i. Br. 1893—1897. Absolute Zahlen.

	1893.			1894.			1895.			1896.			1897.		
	Sonnar bis Juni	Julii bis Dezember	Zusammen	Sonnar bis Juni	Julii bis Dezember	Zusammen	Sonnar bis Juni	Julii bis Dezember	Zusammen	Sonnar bis Juni	Julii bis Dezember	Zusammen	Sonnar bis Juni	Julii bis Dezember	Zusammen
1. Angebotene offene Stellen:															
a) männlich	959	1079	2038	1170	1291	2461	1679	2141	3820	2844	2871	5715	3182	3208	6390
b) weiblich	672	628	1300	775	746	1521	967	1028	1995	984	1163	2147	1829	1543	3372
Total			3338			3982			5815			7862			9762
2. Arbeit- suchende:															
a) männlich	1243	1317	2560	1391	1662	3053	1779	2142	3921	3056	3448	6504	3262	3752	7014
b) weiblich	599	717	1316	707	785	1492	923	1028	1951	1102	1019	2122	1531	1446	2977
Total			3876			4545			5872			8625			10021
3. Belegte Stellen:															
a) männlich	769	938	1707	952	1180	2132	1386	2054	3440	2345	2603	4948	2631	2918	5569
b) weiblich	501	550	1051	618	701	1319	807	870	1677	958	913	1871	1314	1224	2538
Total			2758			3451			5117			6819			8107

Das sommerliche Maximum April—Juni ist zwar in Freiburg ebenfalls vorhanden, dehnt sich aber einen Monat länger, bis in den Juli, aus; dies ist um so auffallender, da die Ablenkung vom städtischen Markt durch Erntearbeiten im Süden früher als im Norden wirksam werden mußte. — Das Freiburger Material ist aber namentlich deswegen wertvoll, weil die Anstalt zu denen gehört, die garnicht unbedeutend weibliche Arbeitskräfte vermittelt, und weil man hier jenen Einwand, „daß die weiblichen Ziffern irreführend wirken, an einem fünfjährigen Zeitraum nachprüfen kann. Läßt man die weiblichen Ziffern ganz außer Betracht, so muß man

Tabelle 4. Freiburg i. Br. 1893—1897. Prozentzahlen.
S a h r e s i e h w a n n u n g e n.
Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsfindende:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
a) männliche												
1893	152,3	135,8	101,5	122,7	147,6	139,8	127,8	112,7	123,8	135,3	119,6	104,0
1894	126,6	110,7	107,1	146,5	122,5	124,5	121,6	112,4	116,4	141,7	160,3	119,1
1895	132,3	120,3	87,3	108,2	104,4	106,1	118,6	126,2	112,9	133,5	137,9	144,3
1896	117,3	117,7	96,2	108,2	104,0	109,6	111,0	105,0	100,2	115,0	129,4	136,1
1897	109,5	102,0	84,1	121,9	105,1	108,1	116,4	108,0	99,0	133,3	142,3	137,3
Durchschnitt	127,6	117,3	95,2	121,5	116,9	117,6	119,1	112,9	110,5	131,8	137,9	128,2
b) weibliche												
1893	85,9	89,4	85,3	80,2	95,7	96,9	108,2	96,7	103,7	87,6	87,3	102,3
1894	100,0	91,3	103,9	91,5	98,8	98,7	96,0	95,0	101,0	102,3	97,1	92,3
1895	99,2	77,1	103,3	106,9	85,9	92,5	98,7	89,1	95,3	88,0	96,4	84,3
1896	93,4	93,0	83,6	100,0	92,5	93,1	85,9	80,8	80,2	107,4	96,8	78,9
1897	85,1	75,6	89,3	81,0	78,9	81,3	88,3	85,2	86,5	106,8	102,9	100,5
Durchschnitt	92,7	83,3	93,1	91,9	90,4	92,5	95,4	89,4	93,4	98,4	96,1	91,7
c) zusammen												
1893	114,7	111,1	93,1	108,9	112,8	121,4	121,1	108,5	115,4	116,4	108,1	103,1
1894	104,0	107,4	105,7	114,4	115,6	113,1	113,3	108,0	110,2	103,4	131,0	105,2
1895	116,1	100,0	93,8	107,9	100,8	101,1	113,5	116,5	106,3	144,9	120,8	117,5
1896	105,7	110,8	91,8	106,3	102,1	102,2	105,0	99,4	93,6	113,1	120,3	112,1
1897	96,3	91,6	86,0	110,2	96,6	98,1	108,5	101,8	93,6	125,3	128,5	121,1
Durchschnitt	107,9	104,1	94,1	109,4	105,6	107,6	112,3	106,8	108,8	120,6	121,7	111,8

die obige Betrachtung für die männlichen (Tabelle 4a) zwar in dem einen oder anderen Ausdruck etwas modifizieren, daß aber Steigen und Sinken von Monat zu Monat auch nicht in einem einzigen Falle sich anders gestaltet, zeigt der ganz genaue Parallelismus in den Jahreschwankungen für „männliche“ und „zusammen.“

Man könnte versucht sein, diese Übereinstimmungen als Beweis dafür anzusehen, daß wir mit den Berliner Zahlen in der That „die“ Kurve der Jahreschwankungen für den Arbeitslosen-Andrang gefunden haben. Indes wäre dieser Schluß nicht zulässig. Die Übereinstimmung könnte im günstigsten Falle nur beweisen, daß Berlin und Freiburg auf annähernd derselben sozialen Isotherme liegen. Die Jahreschwankungen für den deutschen Arbeitsmarkt als Einheit gefaßt, sind vermutlich die Resultate aus sehr vielen untereinander ziemlich verschiedenen örtlichen Jahreschwankungen. Um sie zu finden, müßte man für jeden der von uns verfolgten Arbeitsnachweise Zahlen aus einer größeren Anzahl von Jahren besitzen. So lange dies nicht der Fall ist, begnügen wir uns damit, zu ermitteln, wie sich der Durchschnitt der beiden Jahre 1896/1897 für die Gesamtheit der Nachweise im Vergleich zu den Berlin-Freiburger Kurven stellt.

„Wie bereits erwähnt, sind uns die Zahlen der von den Nachweisen der Arbeitgeber-Verbände in Deutschland vermittelten Stellen „nicht bekannt, sondern wir sind nur vertraut worden mit der Praxis, „die bei der Besetzung der offenen geübt wird; aber das dürfen „wir wohl aussprechen, daß die in den Anlagen I bis V gegebenen „statistischen Daten nicht nur ein rapides Wachsen und Gedeihen „der paritätischen und kommunalen Arbeitsnachweise darthun, sondern daß der von den Arbeitgebern aller Berufsweige ihnen gewordenen „Zuspruch am besten die unmotivierten Anfeindungen widerlegt, die ihnen von den Hauptrednern der Arbeitgeber-Verbände-Konferenz zu Leipzig zu teil geworden ist. Und so dürfen wir „uns wohl der Hoffnung hingeben, daß, wenn die Leiter der paritätischen und kommunalen Arbeitsnachweise auf dem eingeschlagenen „Wege unbeirrt und beharrlich weiter arbeiten, sich diese Arbeitsnachweise in absehbarer Zeit zu einem fest begründeten Bollwerk „ausgestalten werden, an dem die friedensstörenden Minierarbeiten der „Gegner zerschellen dürfen.“

Ziehen wir nun das Facit von unseren Betrachtungen, so drängen sich uns vorerst folgende Fragen auf:

1. Ist der Ausbau von Arbeitsnachweisen notwendig? und wenn dies der Fall,
2. Sind dieselben in unparteiischer, von der Parteien Gunst unabhängiger Weise auszugestalten?
3. Ist ein tatsächliches Bedürfnis vorhanden, ein Gesetz zum Schutze der sogenannten Arbeitswilligen zu erlassen?

Zu 1 läßt sich nicht leugnen und wird auch von allen Parteien anerkannt, daß die Errichtung von Arbeitsnachweisen eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden ist, um den schnellen Verkehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermitteln. Die bisher gebräuchlichen, zum Teil noch bestehenden Formen der Arbeitsvermittlung entsprechen nicht den Anforderungen der Gegenwart, um in ausreichender Weise dem Angebot und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte zu genügen. — Es muß jedoch im Interesse des Gedeihens von Handel und Industrie Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß, wie dies zum Teil bisher geschehen ist, die Arbeitsnachweise dazu benutzt werden, anderen Zwecken als denen der Verkehrserleichterung zu dienen; unter keinen Umständen jedoch dürfen dieselben weder zu einem Kampfmittel der Arbeitgeber, noch zu einem Agitationsmittel der Arbeiter benutzt werden! Das Schlagwort eines Teils der Arbeitgeber, die Errichtung und alleinige Verwaltung von Arbeitsnachweisen sei ein „Fundamentalrecht“ der Arbeitgeber, weil sie allein die Arbeit zu vergeben haben, ist geschichtlich und gesetzlich ebenso unbegründet, als die Behauptung der Arbeiter, daß die Leitung von Arbeitsnachweisen ihnen gebühre, weil die Verwertung ihres höchsten Gutes, das der Arbeitskraft, davon abhängig sei.

Die Erfahrung lehrt uns, und wir haben versucht, durch eklatante Beispiele dies nachzuweisen, daß diese Behauptungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Grundlage entbehren und schon um deshalb zu verwerfen sind, weil sie den Klassenhaß schüren, den Kampf der Macht gegen die Macht begünstigen und zum Terrorismus führen. Der soziale Frieden wird dadurch nicht nur gefördert, sondern auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben. — Da durch das Gesetz festgelegt worden ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Abschluß des Arbeitsvertrages gleichberechtigt sind, dürfen Arbeitsnachweise nicht dazu dienen, die Bestimmung der „Gleichberechtigung“ aufzuheben, dürfen weder

Arbeitgeber noch Arbeitnehmer jemals die Oberhand in der Leitung der Arbeitsnachweise erhalten, da dadurch die Grundlagen zu dem Abschlusse eines Arbeitsvertrages zerstört werden, der in freier, unabhängiger Weise von den Kontrahenten geschlossen werden soll.

Hieraus ergibt sich die Beantwortung der ad 2 gestellten Frage dahin:

Daß nur durch die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen, deren Leitung aus einem Kuratorium von einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unter dem Vorstehe eines Unparteiischen, der keiner dieser beiden Kategorien angehören darf, eine Gewähr dafür geboten wird, daß die Arbeitsnachweise erfolgreich ihren friedlichen, den Verkehr erleichternden Zwecken zugeführt werden können.

Wenn wir nunmehr zur Beantwortung der ad 3 gestellten Frage übergehen, dann müßten wir vorerst feststellen den Begriff von „Arbeitswilligen.“ —

Sind unter „Arbeitswilligen“ etwa wirklich nur diejenigen zu verstehen, die, wie einzelne Großindustrielle und mit ihnen verbündete Innungsmeister behaupten, von den Streiklustigen, angeblich durch Drohungen und Anwendung von Gewalt behindert werden, bei drohenden oder eingetretenen Ausständen ihre Arbeit fortzusetzen, oder werden zu den Arbeitswilligen noch hauptsächlich und in Wirklichkeit auch diejenigen zu zählen sein, die lediglich durch die rigorosen Bestimmungen und Handhabungen der den Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber-Verbände zu Grunde liegenden Vorschriften ausgeperrt werden, weil sie sozialdemokratischen Fachvereinen angehören, bezw. den Erziehungsmethoden von Arbeitgeber-Verbänden sich nicht unterwerfen wollen? Sind nicht ferner den „wirklich Arbeitswilligen“ die gesamten Zugehörigen der Hausindustrie zuzuzählen, denen durch die Art ihrer exceptionellen Stellung im industriellen Leben die Möglichkeit benommen ist, von dem Rechte der Koalition Gebrauch zu machen und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Haben die Erhebungen in der Konfektionsbranche im Jahre 1896 sowohl vor der Reichskommission, als auch vor dem Berliner Gewerbegericht nicht zur Genüge erwiesen, daß jährlich hunderttausende „Arbeitswillige“ dem Elend und der Schande preisgegeben werden, weil sie ihren Arbeitsverdienst von 7—10 Pf. pro Stunde für Arbeiterinnen und

„ 17—20 „ „ „ „ „ Arbeiter

nicht weiter herunterdrücken lassen können, da sie die dadurch bedingte weitere Heraufschraubung der bisherigen Arbeitszeit von 15—18 Stunden pro Tag nicht ertragen könnten; daß diese Kategorie von „Arbeitswilligen“ mehr als andere des Schutzes und zwar des Schutzes gegen ihre Arbeitgeber bedürfen, die nicht etwa unter dem Drucke der Konkurrenz die Lohnreducierungen vornehmen, sondern lediglich, indem sie Arbeitswillige gegen Arbeitswillige, Hungernde gegen Darbende auspielen, um ihren Zweck, Erhöhung ihres Geschäftsüberschusses zu erreichen, dafür bedarf es wohl nach den Erfahrungen der letzten Jahre keines weiteren Beweises.

Durch den Erlaß eines Gesetzes zum Schutze Arbeitswilliger im Sinne der Antragsteller, würde vor allen denen genutzt werden, die den Arbeitern ihre Bedingungen unter dem Schutze der Gesetze diktieren möchten, und diese Bedingungen sind: „niedrige Löhne und blinder Gehorsam,“ Löhne, nicht wie sie die Marktlage und die Konkurrenz bedingen, sondern Löhne, eingegeben von dem jeweiligen Ermessen der Arbeitgeber, wie sie ihren Verdienst festsetzen wollen und um hierin nicht auf Widerstand zu stoßen, hohe Strafen demjenigen auflegen möchten, der es wagt, auf Grund des § 152 G.-D. dagegen Front zu machen, bezw. mit andern zu diesem Zwecke sich zu vereinigen.

Was an der ganzen Bewegung zu Gunsten eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen auffallend erscheint, ist der Umstand, daß dieselbe thatsächlich ohne jede äußere Ursache in Fluß gekommen ist.

Betrachten wir die Anzahl der Ausstände, wie sie uns nachstehende Tabelle I für die Jahre 1893—1898 darbietet, so finden wir, daß die größte Zahl der Ausstände im Laufe eines Jahres 631 (1898) deren höchste Beteiligung 128 808 Personen (1896) und deren längste Dauer 2254 Wochen (1898) betrug, was bei einer Anzahl von mehr als sechs Millionen Arbeitern im Deutschen Reiche, als gefährdend um so weniger bezeichnet werden kann, als ein großer Teil, als von den Arbeitgebern provoziert, in Ansatz zu bringen ist.

Die nachstehenden Tabellen II—VI enthalten eine Übersicht über die Streiks und Streikvergehen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Oktober 1898. —

Die Angaben beruhen auf Mitteilungen der deutschen Gewerkschaftsvorstände. Sie erstreckten sich auf die Zahl der an den Streiks beteiligten Personen, die Dauer der Streiks, und die Be-

strafungen wegen Vergehen und Übertretungen, welche bei den Streiks vorkamen. Es sind in diesen Tabellen jedoch nur die Straffälle verzeichnet, welche bis zum 1. Oktober 1898 ihre Erledigung vor den Gerichten gefunden haben. Die Zahl der Vergehen dürfte sich demnach für die Streiks von 1898 bis zum Jahresjluß etwas erhöhen, doch ist diese Erhöhung nicht so bedeutend, daß das Gesamteresultat wesentlich beeinflusst werden könnte.

In Tabelle II ist die Gesamtzahl der Streiks, sowie der beteiligten Personen, die Zahl der Vergehen, sowie die Strafen, welche von den Gerichten verhängt wurden, verzeichnet. Es ist hier jedoch wie in den Tabellen III und IV eine Trennung der Strafen, welche wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und der damit in Verbindung gebrachten Paragraphen des Strafgesetzbuches sowie der wegen groben Unfugs und Übertretung von Polizeivorschriften und dergleichen verhängten Strafen vorgenommen, weil nur die ersteren als eigentliche Streikvergehen zu betrachten sind.

Tabelle I. Zahl der Ausstände in den Jahren 1893—1898.

	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Austritt aus der Organisation	Maßregelung	Lohnreduzierung	Verlängerung der Arbeitszeit	Einführung einer Fabrikordnung	Verkürzung der Arbeitszeit	Lohnerhöhung	pro 1000 Arbeiter
1893	116	9356	568	9	15	44	5	3	18	22	1½
1894	129	7147	874								1,20
1895	217	13788	1027	9	17	61	4	6	31	79	fehlen nähere Angaben
1896	483	128808	1923	13	52	61	8	8	210	119	2,3
1897	548	55129	1915								21,5
1898											9,2
1. Jan. bis 31. Oktbr.	631	48335	2254								fehlen nähere Angaben
											8,0
											8,0

6*

Tabelle II. Gesamtzahl der Streiks

Kaufende Nummer	Organisation	Zahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in		Strafen wegen Streikvergehen								Strafen wegen groben Unfugs und Übertretung v. Polizeivorschriften				
				Wochen	Tage	Zahl der		Gefängnisstrafen				Häftstrafen		Häftstrafen				Geldstrafen
						Fälle	Person	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Wochen	M	Fälle	Person	Wochen	Tage	
1	Bäcker	1	1105	13	—	4	5	1	—	4	—	—	50	12	17	—	—	216
2	Bauarbeiter	16	3728	132	—	31	42	4	1	3	2	13	153	6	19	1	—	185
3	Bergarbeiter (Sachf.)	2	2000	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Bildhauer	22	233	50	—	1	3	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Böttcher	12	282	111	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Brauer	18	645	60	—	2	3	—	1	—	6	—	—	—	—	—	—	—
7	Buchdrucker	105	379	?	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Dachdecker	5	315	15	—	2	3	—	—	7	—	2	—	—	—	—	—	—
9	Fabrik- und gewerbl. Hilfsarbeiter	10	289	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Flößer	1	1500	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	30
11	Formner	12	273	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Glasarbeiter	5	125	59	—	2	2	—	—	6	—	—	6	—	—	—	—	—
13	Glafer	5	79	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Gold- u. Silberarb.	2	14	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Hafenarbeiter	1	410	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Handels-Transport- u. Verkehrsarbeiter	9	561	4	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17	Handschuhmacher	5	269	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Holzarb. (Verband)	86	5096	397	—	9	12	—	9	3	3	—	—	24	40	—	—	543
19	Holzarb. (Hilfsarb.)	1	27	—	1 1/2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20	Hutmacher	3	28	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	Konditoren	1	42	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Kupfer Schmiede	2	64	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Lederarbeiter	9	368	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Lithogr. u. Steindr.	3	29	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25	Maler	10	1175	26	—	1	1	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Maurer	93	15677	437	—	55	55	5	11	4	—	—	154	66	66	15	3	680
27	Metallarbeiter	47	2324	163	5	3	3	—	5	—	4	—	—	—	—	—	—	—
28	Müller	2	19	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Porzellanarbeiter	4	227	48	—	2	3	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Sattler u. Tapezierer	2	30	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31	Schiffszimmerer	3	120	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Schmiede	1	193	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Schneider	5	900	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Schuhmacher	24	2289	56	—	5	11	—	9	3	1	—	20	4	20	—	—	166
35	Seelenleute	2	80	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	Steinarbeiter	23	2067	?	—	3	3	—	—	1	5	—	—	—	—	—	—	—
37	Steinsetzer	3	60	2	3	1	1	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—
38	Tabakarbeiter	16	304	55	2	2	2	—	—	—	2	—	50	—	—	—	—	—
39	Textilarbeiter	11	1092	47	3	3	5	—	4	3	3	—	—	3	16	—	—	160
40	Töpfer	10	282	43	—	3	3	1	3	—	—	—	—	19	19	8	1	—
41	Vergolder	2	263	12	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Zimmerer	37	3382	274	3	10	11	—	6	3	1	—	84	7	15	—	—	169
Zusammen		631	48385	2254	1 1/2	139	168	16	3	—	4	15	517	142	213	24	4	2149

Angriffs-Streiks

Tabelle III.

Kaufende Nummer	Organisation	Zahl der Streiks	Zahl der Personen	Dauer der Streiks	Bestrafungen wegen Streikvergehen								Bestrafungen wegen groben Unfugs u. Uebertret. v. Polizeivorschr.			
					Zahl der	Summe der Gefängnisstrafen				Häftstrafen	Geldstrafe	M	Fälle	Personen	Wochen	M
						Fälle	Personen	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Wochen				
1	Bäcker	1	1105	13	4	5	—	12	4	—	—	50	12	17	—	216
2	Bauarbeiter	10	2840	72	21	24	2	7	31	—	1	54	5	18	1	180
3	Bergarbeiter (Sachsen)	1	300	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Bildhauer	11	182	27	1	3	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—
5	Böttcher	6	152	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Brauer	9	314	47	2	3	—	1	—	6	—	—	—	—	—	—
7	Buchdrucker	17	82	?	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Dachdecker	5	315	15	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9	Fabrik- u. g. Hilfsarb.	4	84	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Flößer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Formner	7	168	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Glasarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Glafer	5	79	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Gold- u. Silberarb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Hafenarbeiter	1	410	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Handels-Transport- u. Verkehrsarb.	7	535	1 1/2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17	Handschuhmacher	3	244	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Holzarbeiter (Verb.)	46	3950	270	5	5	—	3	6	29	—	—	5	21	—	353
19	Holzarb. (Hilfsarb.)	1	27	1 1/2 Tg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20	Hutmacher	1	5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	Konditoren	1	42	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Kupfer Schmiede	2	64	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Lederarbeiter	5	233	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Lithogr. u. Steindr.	1	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25	Maler	9	1127	23	1	1	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—
26	Maurer	64	11233	296	36	36	4	1	1	6	—	3	39	39	10 1/2	355
27	Metallarbeiter	21	657	100 1/2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28	Müller	1	17	3 Tg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Porzellanarbeiter	2	116	15	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Sattler u. Tapezierer	2	30	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31	Schiffszimmerer	2	100	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Schmiede	1	193	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Schneider	4	889	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Schuhmacher	7	824	13	1	1	—	—	—	—	—	20	1	1	—	12
35	Seelenleute	2	80	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	Steinarbeiter	11	1132	?	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Steinsetzer	2	30	2	1	1	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—
38	Tabakarbeiter	6	123	28	2	2	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—
39	Textilarbeiter	4	536	11 1/2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40	Töpfer	6	202	23	3	3	1	3	—	—	—	—	19	19	8 1/2	—
41	Vergolder	1	220	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Zimmerer	30	2552	222	6	7	—	3	10	—	—	54	3	11	—	150
Zusammen		319	31195	1362 { 2 1/2 Tg. }	86	95	11	1	1	3	3	231	84	126	19 2/3	1266

6*

Tabelle IV.

Abwehr-Streiks.

Laufende Nummer	Organisation	Zahl der Streiks	Zahl der Personen	Dauer der Streiks Wochen	Bestrafungen wegen Streikvergehen								Bestrafungen wegen groben Unfugs u. Uebertret. v. Polizeivorschr.						
					Zahl der Fälle	Personen	Summe der Gefängnisstrafen				Zahl der Personen	Wochen	Geldstrafe M	Zahl der Fälle	Personen	Wochen	Geldstrafen M		
							Jahre	Monate	Wochen	Tage									
1	Bäcker	—	—	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Bauarbeiter	6	888	60	10	—	—	8	12	22	12	99	1	1	—	—	—	—	5
3	Bergarbeit (Sachsen)	1	1700	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Bildhauer	11	5	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Böttcher	6	130	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6	Brauer	9	331	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Buchdrucker	88	297	?	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Dachdecker	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9	Fabrik- u. g. Hilfsarb.	6	205	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Flößer	1	1500	4 Tage	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	30
11	Formier	5	105	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Glasarbeiter	5	125	59	2	2	—	—	6	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—
13	Glaser	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Gold- u. Silberarb.	2	14	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Hafenarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Handels-, Transport- u. Verkehrsarb.	2	26	3 1/6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17	Handschuhmacher	2	25	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Holzarbeiter (Verb.)	40	1146	127	4	7	—	—	19	—	—	—	19	19	—	—	—	—	190
19	Holzarb. (Hilfsarb.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20	Hutmacher	2	23	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	Konditoren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22	Kupfer Schmiede	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Lederarbeiter	4	135	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Lithogr. u. Steindr.	2	26	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25	Maler	1	48	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Maurer	29	4454	141	19	19	—	22	2	1	—	151	27	27	5	—	—	—	325
27	Metallarbeiter	26	1667	63 4/6	3	3	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28	Müller	1	2	2 Tage	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Porzellanarbeiter	2	111	33	1	2	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	Sattler u. Tapezierer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31	Schiffszimmerer	1	20	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Schmiede	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33	Schneider	1	11	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34	Schuhmacher	17	1465	43	4	10	—	9	2	8	—	—	3	19	—	—	—	—	154
35	Seelente	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	Steinarbeiter	12	935	?	3	3	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Steinsetzer	1	30	1/2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
38	Tabakarbeiter	10	171	27 2/6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
39	Textilarbeiter	7	556	36	3	5	—	4	3	3	—	—	3	16	—	—	—	—	160
40	Töpfer	4	80	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
41	Vergolder	1	43	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	Zimmerer	7	830	42 1/2	4	4	5	—	4	14	—	30	4	4	—	—	—	—	19
Zusammen					312	17140	{ 891 6 Tg. }	53	73	5	1	3	3	12	286	58	87	5	883

Tabelle V.

Organisation	Zahl der		Ehrentilgung	Drohung	Beleidigung	Nötigung	Verurteilung	Mißhandlung	Körperverletzung	Grober Mißbrauch	Andere Strafbestrafte
	Fälle	Personen									
Bäcker	16	22	1	—	—	2	1	—	—	2	16
Bauarbeiter	37	61	3	7	—	13	3	1	—	19	15
Bildhauer	1	333	3	2	—	—	—	—	—	—	—
Brauer	2	3	—	1	2	—	—	—	—	—	—
Dachdecker	2	3	—	1	—	2	—	—	—	—	—
Flößer	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Glasarbeiter	2	2	1	—	1	—	—	—	—	—	—
Holzarbeiter (Verband)	33	52	4	7	—	1	—	—	—	40	—
Malerei	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Maurer	121	121	6	8	8	22	3	2	1	56	15
Metallarbeiter	3	3	1	1	—	—	—	—	—	—	1
Porzellanarbeiter	2	3	2	1	—	—	—	—	—	—	—
Schuhmacher	9	31	1	3	7	—	—	—	—	20	—
Steinarbeiter	3	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—
Steinsetzer	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—
Tabakarbeiter	2	2	—	1	1	—	—	—	—	—	—
Textilarbeiter	6	21	2	—	—	3	—	—	—	14	2
Töpfer	22	22	—	3	—	—	—	—	—	19	—
Zimmerer	17	26	—	5	4	2	—	—	—	11	4
Zusammen	281	381	25	41	24	45	7	3	1	181	54

Tabelle VI.

Jahr	Streiks	Beteiligte Personen	Verurteilte Personen	Auf 1000 Beteiligte kommen Verurteilte
1892	73	3022	74	24,5
1893	116	9356	38	4,1
1894	131	7329	47	6,4
1895	204	14032	93	6,6
1896	483	128808	252	2,0
1897	578	63119	249	4,0
1898	631	48335	168	3,5
Summa	2216	174001	921	3,3

In allen Tabellen ist eine Trennung nach Berufen erfolgt, und ergibt sich hieraus, daß in 42 Gewerben Streiks zu verzeichnen waren, während nur in 18 Gewerben Streikvergehen vorkamen.

Daß in einzelnen Berufen eine besonders hohe Ziffer der Vergehen bei Streiks vorhanden ist, dürfte sowohl dem geringeren Bildungsgrade und der nicht ausreichenden gewerkschaftlichen Schulung der betreffenden Arbeiter, als auch zum Teil der provozierenden Haltung einzelner Unternehmer zuzuschreiben sein.

Die Tabelle II, Abwehr-Streiks, welche die Gesamtzahl der Streiks enthält, ergibt, daß von 48 335 an Streiks beteiligten Personen 168, oder von 1000 Beteiligten 3,5 sich ein Vergehen haben zu Schulden kommen lassen. Die Tabelle V, Angriff-Streiks enthaltend, weist auf, daß von 31 195 (Tabelle III) beteiligten Personen 95, oder von 1000 Beteiligten 3,04 wegen Vergehens bestraft wurden, während bei den Abwehr-Streiks von 17 140, Tabelle IV Beteiligten 73, oder von 1000 Beteiligten 4,26 eine Bestrafung erlitten. Die Art der Vergehen bei den Streiks zeigt (Tabelle V).

In dieser Tabelle ist die Zahl aller Personen vereinigt, welche wegen eines Vergehens oder groben Unfugs oder Übertretung von Polizeivorschriften bei Streiks Strafe erhielten. Die Anwendung des „groben Unfugparagraphen“ und die aus demselben erfolgte Bestrafung wegen groben Unfugs kann als eine Bestrafung wegen Streikvergehens nicht angesehen werden. Nach den von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammengestellten Streikstatistiken, nach den bis zum Jahre 1896 gehenden Angaben der Kriminalstatistik, sowie nach den Mitteilungen der Presse über Streikvergehen im Jahre 1897 und den darauf bezüglichen Angaben der Gewerkschaftsvorstände für 1898 ergibt sich die in Tabelle VI angeführte Zahl der Streikenden und derjenigen, welche sich Vergehen bei Streiks zu Schulden kommen ließen. Verfolgt man die gegebenen 6 Tabellen mit Aufmerksamkeit, so wird man zugestehen müssen, daß, wenn bei 2216 Streiks, an denen 274 001 Personen beteiligt waren, nur 921 Personen, 3,3 von je 1000 Personen, sich strafbar gemacht haben, diese Thatsache wohl in beredter Weise gegen den Erlaß eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen sprechen dürfte.

Aus allen diesen Thatsachen ergibt sich klar, daß weder aus der Anzahl der Ausstände, noch aus deren Anlaß, oder aus dem Verhalten der daran beteiligten Arbeiter, sich ein Anhalt dafür ergibt, auf eine Gesetzesänderung bedacht sein zu müssen.

Wenn man jedoch sich erinnert, daß der Herr Minister, Graf von Posadowski gegen Ende des Jahres 1897 das bekannte Rundschreiben erließ, das den Anstoß zu den darauf folgenden Vorlagen nach einem Schutzgesetz für die Arbeitswilligen gab, wenn man sich des ferneren ins Gedächtnis die Mitteilung des Herrn Grafen von Posadowski ruft, daß das qu. Rundschreiben seinen Ursprung einer Eingabe des bekannten Bundes der Maurer und Zimmerer Berlins, deren Vorsitzender der Landtagsabgeordnete Felsch ist, verdankt, dann kann man nicht mehr im Zweifel darüber sein, wem wir diese Bewegung verdanken, die nunmehr seit Jahr und Tag weite Kreise der Bevölkerung in Unruhe versetzt, Streitigkeiten und Kontroverse hervorgerufen hat.

Außerdem stehen wir wiederum vor der Thatfache, daß bei den Regierungen des deutschen Reiches die Großindustrie einen Einfluß genießt, der weit über deren Interessensphäre hinausreicht, wodurch die Interessen der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Industriellen, sowie des gesamten Arbeiterstandes leicht geschädigt werden können.

Daß die Regierung die Vertreter der Großindustrie in allen, deren Interessen berührenden Fragen jeder Zeit hören, ist gerecht und einleuchtend, daß aber die Vertreter dieser Kategorie von Arbeitgebern in einer so hochwichtigen Frage, die die allgemeinen Interessen der Gesamtindustrie berühren, allein das Vertrauen der Regierungs-Behörden besitzen sollen, das erscheint uns nicht dem bestehenden Gesetze der Gleichberechtigung aller Industriellen und Gewerbetreibenden entsprechend.

Da es sich bei den von den Großindustriellen der Stummischen Richtung gestellten Anträgen auf Schutz der Arbeitswilligen, ja nicht um gutachtliche Äußerung einer die Großindustrie berührenden Fachfrage handelt, sondern um den Erlass eines Spezialgesetzes, von dem alle Kategorien von Arbeitgebern und Arbeitern gleichmäßig betroffen werden würden, so hätten doch billigerweise auch die Vertreter dieser industriellen Kreise über die Notwendigkeit des Erlasses eines solchen Schutz-Gesetzes gehört werden müssen.

Eine solche Umfrage an alle Interessenten-Kreise erscheint umsomehr geboten, als die Regierung bis zum Jahre 1898 weder eine fortlaufende Statistik über die Ausstände, noch über deren Beteiligung und Dauer geführt hat, noch aber wohl Feststellungen der Behörden existieren, welche Folgen diese Ausstände gezeitigt und wieviel Personen sich zu Ausschreitungen haben hinreißen lassen

und dieserhalb mit Strafen belegt wurden. In dieser Beziehung sind wir lediglich auf die fortlaufenden Erhebungen der deutschen Gewerkschaften angewiesen, denen man ja naturgemäß nicht das Vertrauen entgegen zu bringen pflegt, dessen sich amtliche Erhebungen erfreuen.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Regierung Erhebungen über den Mißbrauch des Koalitionsrechtes lediglich in Arbeitgeber-Kreisen hat machen lassen, von denen das unbillige, durch nichts begründete Verlangen, nach einem Schutze der Arbeitswilligen ausgegangen ist. Würden diese Erhebungen auch auf die andern beteiligten industriellen Kreise, ohne Unterschied von Rang und Stellung, ausgedehnt worden sein, dann würden die Regierungen sehr bald die Erkenntnis erlangt haben, daß der Notschrei nach dem Schutze der Arbeitswilligen, nicht einem wirklichen Bedürfnis, sondern nur dem Verlangen entsprungen ist, eine Waffe gegen die Organisation der Arbeiter zu erlangen und dieselben des ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes zu berauben.

Ein aufmerksames Verfolgen der Verhandlungen des Kongresses der Arbeitgeber-Verbände am 5. September 1898 läßt die Ziele und Zwecke derselben im hellsten Lichte erscheinen.

Es wird behauptet, nur der Terrorismus der Arbeiter habe sie zur Abwehr geeinigt, und sie beschließen, die Bekämpfung desselben, mit den gleichen Mitteln und Waffen, die die Arbeiter gegen sie **verwerflicher**weise in Anwendung gebracht haben. Das nennt man den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Unter dem Schlagwort: „Wir wollen Herrn in unserm Hause sein“, sperren sie die den sozialdemokratischen Fachvereinen, die unter dem Schutze des § 152 G.-D. errichtet worden sind, zugehörigen Arbeiter aus ihren Werkstätten aus und mischen sich dadurch unbefugterweise in die Privatverhältnisse ihrer Arbeiter ein!

Und um diesen Terrorismus unter gesetzlichem Schutze ausüben zu können, verlangen sie ein Gesetz zum Schutze von Arbeitswilligen, die angeblich gezwungen werden, sich an Ausständen gegen ihren Willen zu beteiligen; sie entwerfen ein übertriebenes Bild von den Thränen der Frauen, die ihnen ihr Leid geklagt haben, daß ihre Männer daran gehindert werden zu arbeiten, aber sie gedenken nicht der ungezählten Tausende von Familienvätern, die sie wegen ihrer Zugehörigkeit zu den im deutschen Reiche gesetzlich erlaubten Organi-

sationen ausgesperrt haben, sie erzählen nichts von den Thränen der Frauen und Kinder, deren Ernährer ohne Verschulden erwerbslos geworden sind. Sollte ein Gesetz zum Schutze dieser Unglücklichen nicht nötiger, eine Unterdrückung der Maßregelungen dieser Kategorie von Arbeitgebern nicht heilsamer und gerechter erscheinen?

— Das Charakteristische an diesen Vorgängen ist, daß die Statistik der angeblich Arbeitswilligen, wie ihn sich die Arbeitgeber der Stummischen Richtung herbeisehnen, keinen Anhalt für die Notwendigkeit einer solchen Schutzmaßregel ergiebt. Dies ist auch wahrscheinlich der Grund, weshalb die Befürworter dieses neuen Schutzgesetzes es nicht für nötig erachtet haben, sich zur Begründung ihres Notschreies der Statistik zu bedienen.

Und wenn wir nun zum Schlusse der Beantwortung der ad 3 gestellten Frage gelangen, so kann dieselbe nur dahin ergehen:

„Der Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen ist nicht nötig, da nach keiner Richtung hin sich ein Bedürfnis hierfür ergeben hat, und die bestehenden Strafgesetze sich als vollständig ausreichend bewährt haben.“

Es muß dagegen als erwiesen erachtet werden, daß die bestehenden Mißbräuche des Koalitionsrechtes nicht von Arbeitern allein hervorgerufen, sondern vielfach von Arbeitgebern provoziert wurden, die sich nicht an die Gleichberechtigung der kontraktschließenden Teile gewöhnen wollten oder können.

Nicht selten sind die Fälle, daß Unternehmer nach Beilegung gehabter Differenzen mit ihren Arbeitern diejenigen entlassen, die als Vermittler für ihre Kollegen fungiert haben. Wenngleich den Unternehmern das Recht hierzu zur Seite steht, muß solche Handhabung dennoch als eine gefährliche Waffe bezeichnet werden, da es den Arbeiter seines Rechtes, Beschwerde zu führen, beraubt. Selbst wenn dem Arbeiter bei seiner Entlassung volle Entschädigung zu teil wird, ist dieselbe, vom politischen Standpunkte aus betrachtet, eine willkürliche, da sie dem Arbeiter das Mittel der Beschwerde nimmt, ihn erbittert und in das Lager der Unzufriedenen führt, den Sozialdemokraten in die Arme treibt.

Nicht durch Unterdrückungsmaßregeln kann man die Sozialdemokratie erfolgreich auf wirtschaftlichem Gebiete bekämpfen, sondern dadurch, daß man die Arbeitgeber nötigt, das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht bloß der Form, sondern auch dem Geiste nach zu achten. Und um deshalb

muß der Staat auch den Schein meiden, als ob er einseitig die Interessen der Unternehmer begünstige, womit dem sozialen Frieden besser gedient werden würde, als durch die engherzige Auffassung in jedem Arbeiter, der eine Verbesserung seiner Lage in gefeßlicher Weise anstrebt, einen gemeingefährlichen Umstürzler zu erblicken.

Zur Erreichung dieses Zweckes müßte aber auch

1. der § 153 G.-D. aufgehoben;
2. den Berufsvereinen der Arbeiter Korporationsrechte verliehen;
3. deren Verbindung untereinander erlaubt, und endlich
4. deren Versammlungen, zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingung nicht länger als politische behandelt werden.

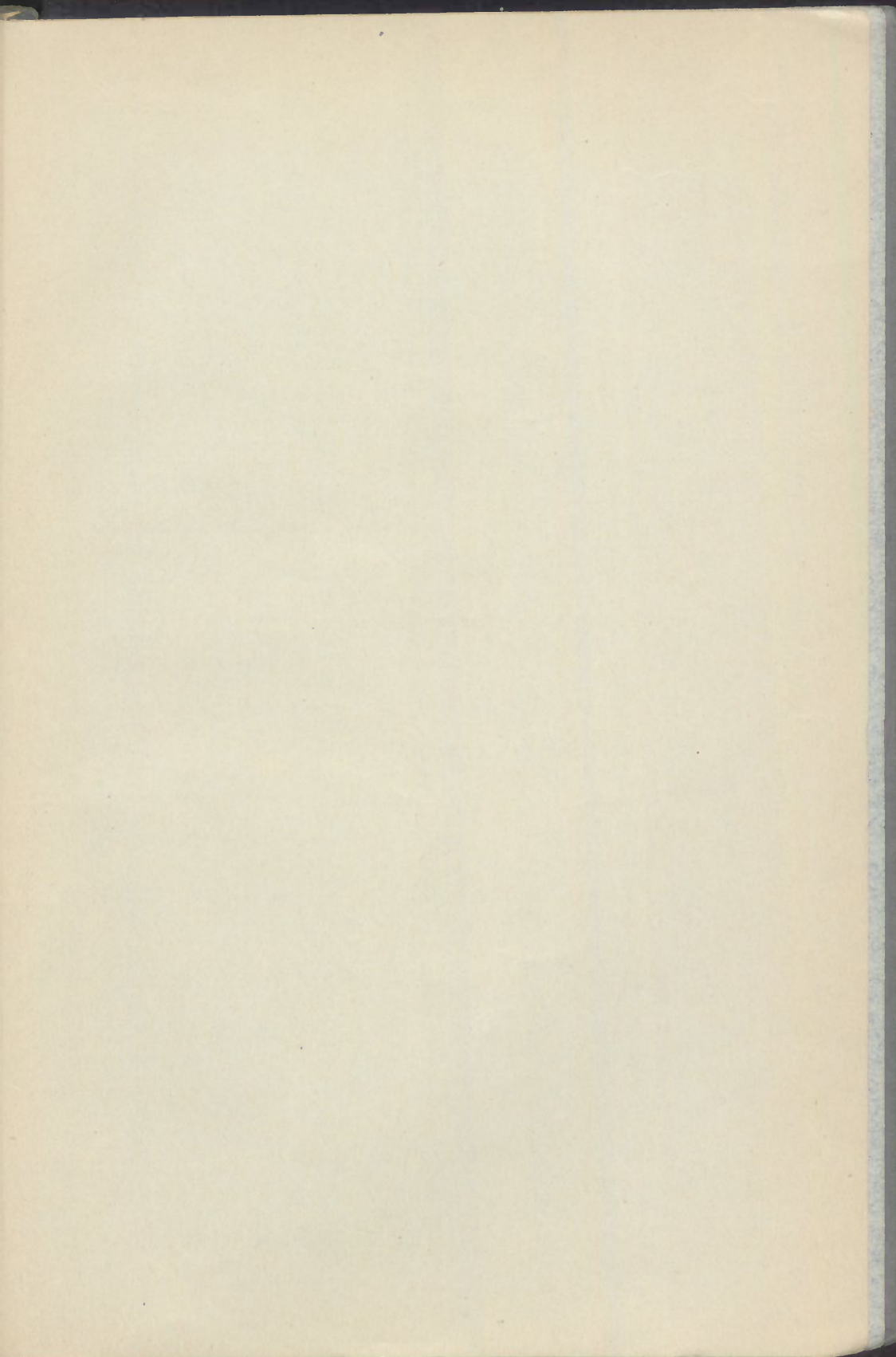
Des ferneren müßten laufende statistische Aufstellungen über den Stand des Arbeitsmarktes, der Vorgänge auf demselben, insbesondere der Ausstandsbewegungen, deren Veranlassung, Dauer und Folgen geführt werden. Und schließlich müßten aus Billigkeitsgründen und um der Gleichberechtigung willen, bei allen Beratungen über, im Interesse der Industrie, des Handels und Gewerbes zu treffende Neuerungen nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Vertreter der Arbeiter, die deren Vertrauen besitzen, gutachtlich gehört werden. Auf diese Weise wird man die Sozialdemokratie erfolgreicher bekämpfen, als durch Ausnahmegeetze!

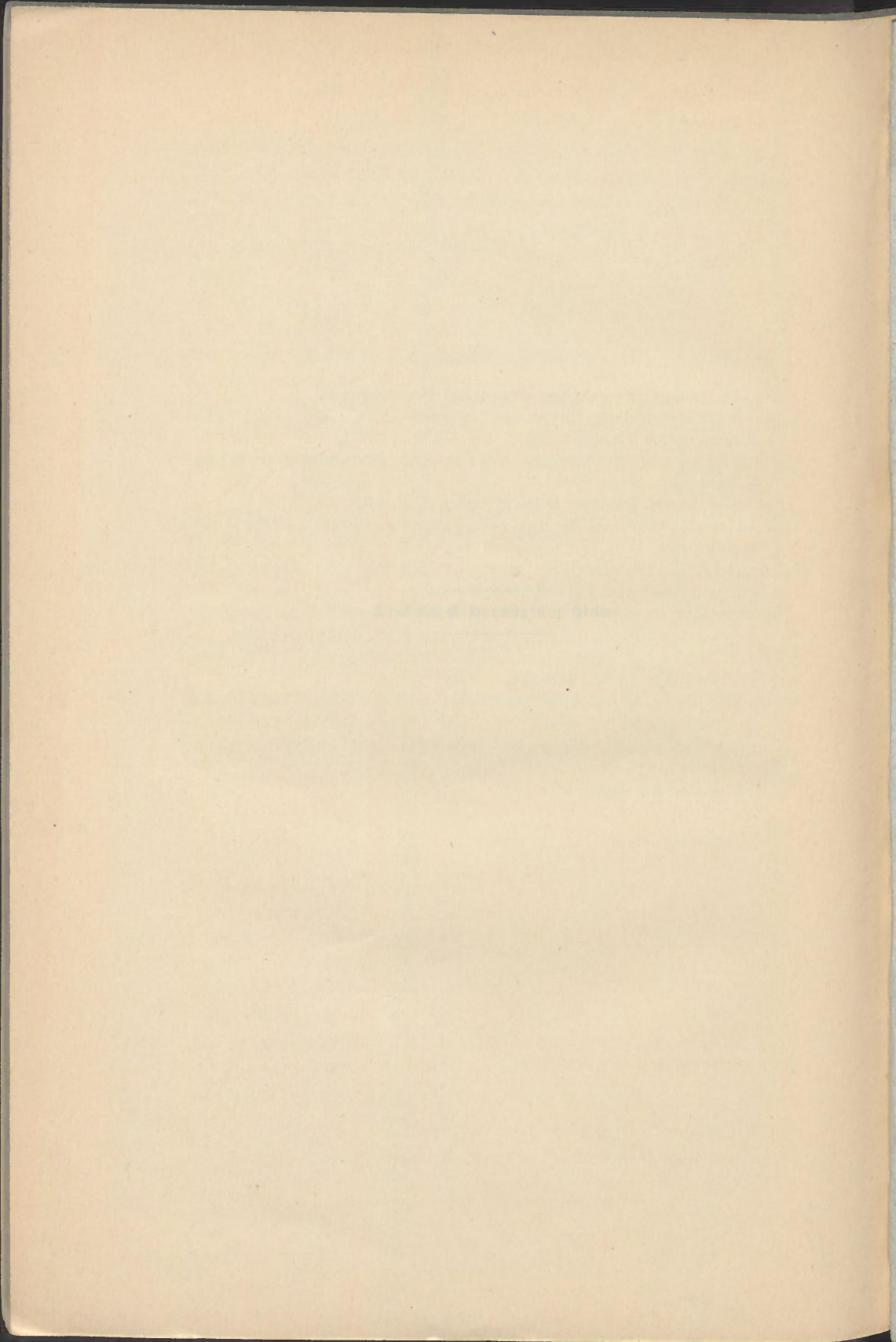
Benutzte Literatur:

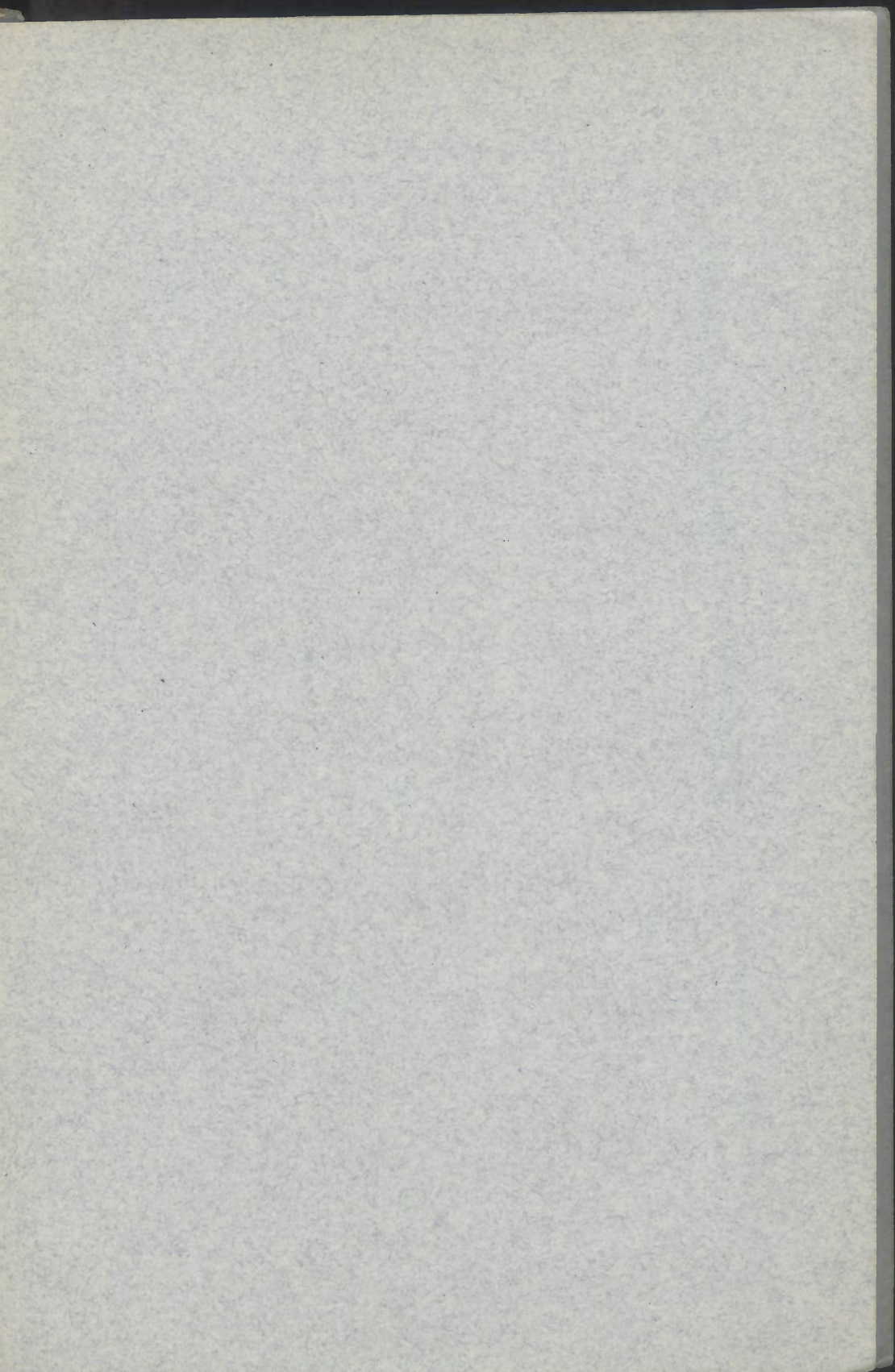
- „Ämtliche Berichte der Deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten“.
- „Die Arbeitsvermittlung in Preußen während des Jahres 1894“. Von Regierungsrat Georg Evers.
- „Bericht über die Verhandlungen der Arbeitsnachweis-Konferenz zu Leipzig 5. September 1898.“
- „Jahresbericht des Bundes der Industriellen 1897/98“.
- „Arbeitsmarkt“, von Dr. J. Jastrow=Charlottenburg-Berlin, S. S. Hermann Verlag, 1898.
- „Der Arbeitsmarkt“, dargestellt von Dr. Freiherrn von Reitzenstein. Herausgegeben von Dr. jur. Rich. Freund.
- „Übersicht über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der allgemeinen Arbeitsnachweise pro 1896“. Von Dr. jur. Rich. Freund-Berlin.
- „Geschäftsberichte des Zentral-Vereins für Arbeitsnachweis zu Berlin“, von Dr. jur. Rich. Freund-Berlin.
- „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“, von C. Legien, 1899.
- „Der Schutz der Arbeitswilligen“, von Prof. Luigi Brentano-Berlin, 1899.
- „Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen“, herausgegeben von Dr. Jastrow=Charlottenburg-Berlin, 1899.

1

urn:nbn:de:zbw-8326545744







In Ferd. Dümmers Verlagsbuchhandlung in Berlin erschien
ferner:

Angereimtes aus dem Frauenleben. Von Anna Bernau. 60 Pf.

Die Anfänge eines neuen sozialen Geistes. Von Prof. Dr. Wilhelm Foerster. 60 Pf.

Ethische Aufgaben in der sozialen Bewegung. Von Dr. Friedr. Wilh. Foerster
in Freiburg. 50 Pf.

Vorlesungen über soziale Ethik. Von Prof. Dr. Georg von Gizycki. Zweite
Auflage. 1,20 M.

Vom Baume der Erkenntnis. Fragmente zur Ethik und Psychologie aus der
Weltliteratur, gesammelt und herausgegeben von Dr. Paul von Gizycki.
I. Bd. Grundprobleme. 2. Aufl. 7,50 M., in feinem Liebhaberhalbfranz 10 M.

Das Weib. (Vom Baume der Erkenntnis II.) Fragmente zur Ethik und Psychologie
aus der Weltliteratur, gesammelt und herausgegeben von Dr. Paul von Gizycki
7,50 M., in feinem Liebhaberhalbfranz 10 M.

Die Bürgerpflicht der Frau. Von Lily von Gizycki. 30 Pf.

Die Stellung der Frau in der Gegenwart. Von Lily von Gizycki. 30 Pf.

Die Ergebnisse der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung.
Von Dr. Georg Heilmann. 4 M.

Entrückt in die Zukunft. Sozialpolitischer Roman von Theodor Hertzka. 3 M.,
eleg. geb. 4 M.

Die Probleme der menschlichen Wirtschaft. I. Band: Die Güter-
erzeugung. Von Theodor Hertzka. 6 M.

Emlohnobba. Roman oder Wirklichkeit? Bilder aus dem Schulleben. Von Dr. phil.
Hermann Vich, Lic. theol. Mit 22 Tafeln in Autotypie. 3 M.

Die Judenfrage ökonomisch und ethisch. Von Dr. Franz Lütgenau. 30 Pf.

Der Kampf um Arbeit. Eine Reform-Studie. Von Gustav Maier. 60 Pf.

Praktische Ethik für Schule und Haus. Ein Handbuch für die sittliche Belehrung
und Erziehung der Jugend. Mit Berücksichtigung des Strafgesetzes, der Staaten-
kunde, der Gesellschaftslehre und des Religionswesens. Von J. S. Müller.
1,50 M., geb. 1,80 M.

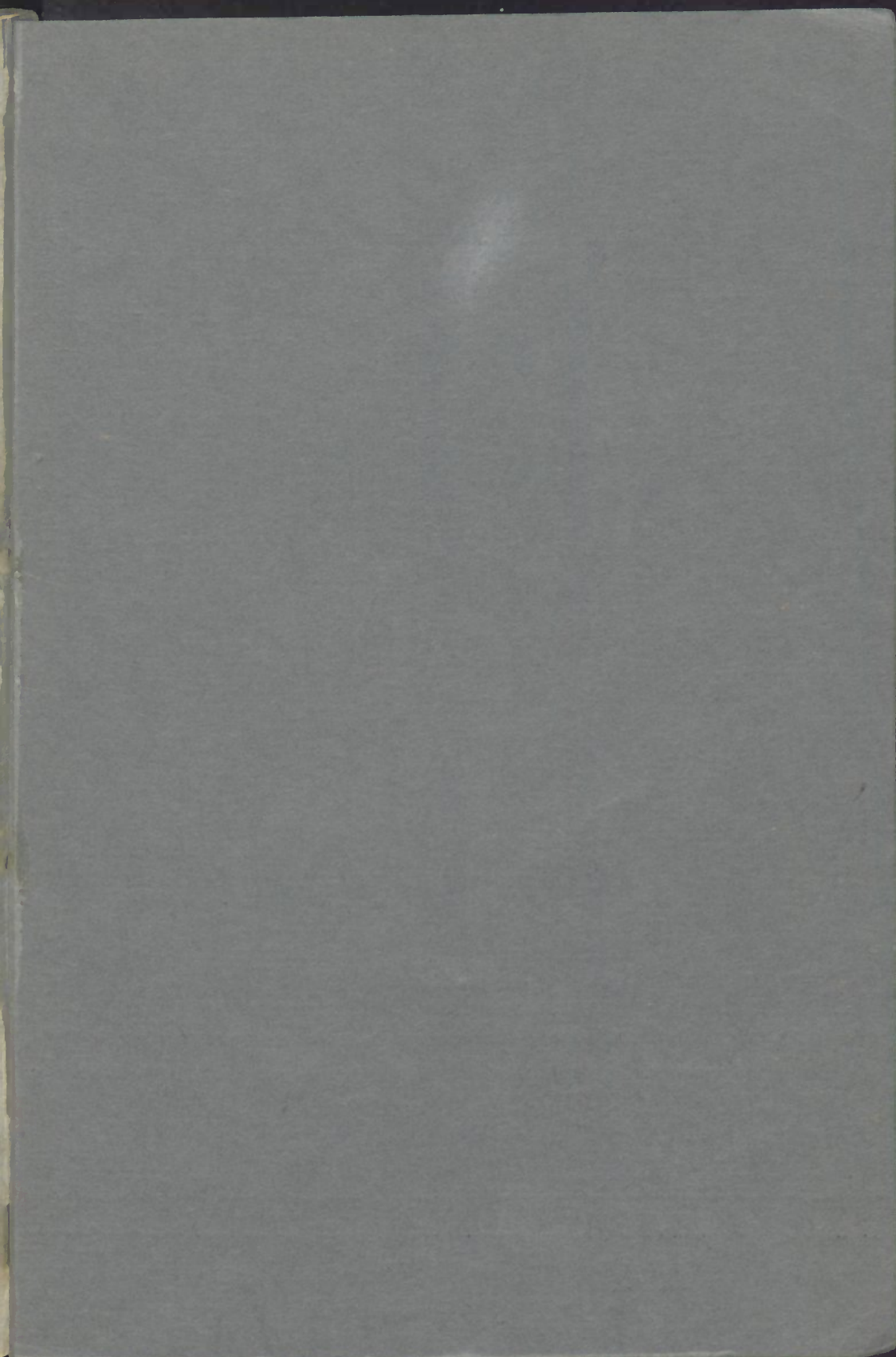
Erlöse Dich selbst! Gedanken über Religion und Moral von Hans Noeder. 4 M.,
geb. 5 M.

Von welchen Bedingungen ist eine wirksame Armenpflege abhängig? Von
Margaret Sewell. Autorisierte Übersetzung von Jeanette Schwerin. 20 Pf.

Ethik und Politik. Von Prof. Dr. F. Standinger. 2,40 M.

Kritische Grundlegung der Ethik als positiver Wissenschaft. Von
Dr. med. Wilhelm Stern, prakt. Arzt in Berlin. 7,20 M.

Druck von G. Bernstein in Berlin S.W. 12, Zimmerstraße 94.





206\$07963602